

1

## 2. Angenommene Anträge

## Satzungsändernder Antrag

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Unter § 5 Absatz 1 soll folgender Satz ersetzt werden

„Der Landesvorstand besteht aus dem/der Vorsitzenden und acht gleichberechtigten Stellvertreterinnen/ Stellvertretern.“

durch

„Der Landesvorstand besteht aus dem/der Vorsitzenden und acht oder zehn gleichberechtigten StellvertreterInnen. Die Anzahl der StellvertreterInnen legt die Landeskonferenz mit einfacher Mehrheit vor dem Wahlgang der Wahl der StellvertreterInnen fest.“

Diese Änderung tritt entgegen §9 Absatz 1 Schlussbestimmung am zweiten Konferenztag in Kraft.

### Begründung

Durch diese Satzungsänderung kann die Landeskonferenz mit einfacher Mehrheit entscheiden, ob acht oder zehn Plätze für StellvertreterInnen zur Verfügung stehen.

Damit besteht die Möglichkeit, in Jahren mit vielen Kandidatinnen und Kandidaten, diese in die Arbeit zu integrieren und mehr Leistung zu erbringen. Da die Aufgaben des Landesverbandes und somit des Landesvorstandes in den letzten Jahren auch in Anbetracht der insgesamt geringeren Aktivenzahl und durch den Wegfall der Bezirke zugenommen haben, könnte so die Arbeit besser verteilt und ggf. mehr Projekte in Angriff genommen werden.

In Jahren mit weniger Kandidatinnen und Kandidaten, könnte die Anzahl der Stellvertreterinnen und Stellvertretern reduziert werden, ohne erneut die Satzung zu verändern.

Dies bedeutet mehr Flexibilität und eine Stärkung der Landeskonferenz, die mehr Gestaltungsfreiheit bei der Anzahl der Landesvorstandsmitglieder erhält.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

## Arbeitsprogramm 2006/2007 - Wir wollen mehr

### A Wir wollen mehr - Kernforderungen für das nächste Jahr:

#### → Mehr Inhalte - mehr inhaltliche Diskussion

Wir Jusos sind eine **politischer Jugendverband**. Das muss sich in unserer täglichen Arbeit widerspiegeln - wohl wissend um den ständigen Konflikt zwischen inhaltlichen Angeboten und dem wichtigen geselligen Angebot für Jugendliche.

Nur wenn wir Jusos inhaltlich sprachfähig bleiben, sichern wir uns unsere Rolle, Position und Legitimation als **wichtiger (Jugend-)Richtungsverband für die Linke**. Nur auf Basis fundierter und recherchierter Positionen können wir der „Stachel“ in der Partei sein. Dieses Selbstverständnis, **Antrieb, IdeengeberIn und Richtungsverband** zu sein, müssen wir aktiv bewahren und vertiefen. In der jetzigen Situation der Großen Koalition, nach der Ära Schröder mit seiner Agenda 2010, ist es dringender notwendig, die Partei an ihre sozialdemokratischen Wurzeln zu erinnern.

Aus diesem Grund müssen wir es wieder schaffen, dass der Verband in sich diskursfähig und diskursfähiger wird. Neben der Beschäftigung mit tagesaktuellen Themen müssen wir wieder grundsätzliche Positionen bearbeiten. Dazu kann sowohl die Landesebene beitragen, als auch die Regionalverbände - Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften sind hierfür genauso der richtige Ort. An der Basis ist es erst möglich, eine große Anzahl von Mitgliedern zu erreichen und so mit vielen jungen kritischen Menschen zu diskutieren.

Jüngere (Neu-) Mitglieder müssen an die inhaltliche Arbeit herangeführt werden. Hier müssen wir zusammen einen schwierigen Balanceakt bewältigen. Auf der einen Seite dürfen wir junge Mitglieder nicht über- aber andererseits genauso wenig unterfordern. Sprachen wir früher noch von der „Juso-Schule“, die man in den Unterbezirken durchlaufen hat, hat sich heute diese Aufgabenstellung zu einem großen Teil hin zu den Regionalverbänden und zum Landesverband verschoben. Dieser Entwicklung müssen wir einerseits Rechnung tragen, andererseits entgegenwirken. Wir können mehr Basisseminare von Landesverbandsseite anbieten und müssen gleichzeitig die Unterbezirke wieder als Arbeitsfeld für inhaltliche Positionen stärken. Schaffen wir es nicht, den Verband auf inhaltlicher Höhe zu halten und an vielen Stellen verlorenes Potential wieder zu entwickeln, drohen die Jusos ihre Sprachrohrfunktion im Sinne der Doppelstrategie zu verlieren. Wie sollen wir in die Partei auf der einen und in die Gesellschaft mittels Verbänden auf der anderen Seite einwirken, wenn wir keine gefestigten, fundierten inhaltlichen Positionen vertreten können? Die Jusos würden zu einem baren Jugendverband der SPD werden, wie es mit den Jungen Teams in Wahlkampfzeiten schon geschehen ist.

42 Die Willensbildung in einer demokratischen Organisation wie den Jusos sollte von  
43 unten nach oben von statten gehen. Hier sollte wieder mehr Input aus den  
44 Unterbezirken kommen. Den Rahmen muss jedoch der Landesverband bieten.

45 **→ Mitbestimmung in Verband, Partei, Öffentlichkeit; Kritik als Teil  
46 der Lösung)**

47  
48 Inhalte diskutieren und Positionen entwickeln ist kein Selbstzweck. Wir beschäftigen  
49 uns mit Politik und bringen uns durch unsere Arbeit in Politik ein, um etwas zu  
50 verändern, um auf Gesellschaft Einfluss zu nehmen, um unsere Gesellschaft  
51 mitzugestalten und umzugestalten. Dabei orientieren wir uns am Ziel des  
52 demokratischen Sozialismus.

53 Mitbestimmung darf deshalb nicht bei der Mündigkeit aufhören, sondern sie muss  
54 gerade dort beginnen. Partizipation in unserem Verband muss heißen, dass jedes  
55 einzelne Mitglied die Positionen des Verbandes mitbestimmen kann. Dies kann nur  
56 durch partizipative Angebote und deren Wahrnehmung sowie durch eine transparente  
57 Arbeit geleistet werden. Zur Umsetzung dieses Ziels kann jede/r Einzelne im Verband  
58 beitragen und der Landesverband kann den Rahmen und die Möglichkeiten bieten und  
59 Anstöße geben, für mehr Mitbestimmung in der Partei und der Gesellschaft.

60 Parteiliche Diskurse müssen wieder mehr Raum für Mitbestimmung bieten. Dafür  
61 werden wir uns im nächsten Jahr einsetzen. Zur Organisation der Partei gehört, dass  
62 Politik nicht nur von oben nach unten vermittelt wird, sondern dass von unten nach  
63 oben Ideen weitergegeben werden, sie gehört und aufgenommen werden. Nur so  
64 können die gesellschaftlichen und konkreten politischen Ideen, auf denen eine Partei  
65 durch ihre Mitglieder aufbauen kann, realisiert werden. Die Chance auf Gehör und  
66 Umsetzung muss gegeben sein und ermöglicht werden, durch eine diskursfähige Partei  
67 und offene FunktionärInnen.

68 Mitbestimmung kann aber nicht nur über die politischen Eliten und durch den  
69 parteipolitischen Diskurs umgesetzt werden, sondern auch durch zivilgesellschaftliche  
70 Netzwerke und die Öffentlichkeit. Positionen sind umso schwächer, je weniger  
71 Menschen diese kennen und bereit sind, sie zu teilen und sich für die Realisierung  
72 einzusetzen. MitstreiterInnen in der Gesellschaft wie zivilgesellschaftliche  
73 Organisationen und unsere traditionellen BündnispartnerInnen aus der  
74 ArbeiterInnen(jugend)bewegung können uns bei einem Mehr an Mitbestimmung  
75 unterstützen, können mit uns Sprachrohr und gesellschaftlicher Druck von links auf  
76 die aktuelle Politik sein.

77

78 **→ Aktivität und Politisierung im Verband**

79

80 Politik in unserem Verband lebt von eurer Aktivität. Je mehr Aktivität und  
81 Möglichkeiten zu politischem Tun wir bieten, desto größer ist auch die Möglichkeit der  
82 Veränderung und Mitbestimmung. Mehr Inhalte, mehr Mitbestimmung und mehr  
83 Aktivität sind drei Seiten einer Sache - der Verwirklichung unserer Gesellschaftsidee.

84 Wir wollen weiterhin die Politik in unserem Verband offen und motivierend gestalten.

85 Wir wollen zu mehr inhaltlicher Aktivität und öffentlichwirksamen Aktionen

86 ermuntern und euch in den Unterbezirken und AGen in die Themen, Projekte und  
87 aktuellen Diskussionen einbinden, umgekehrt euch bei euren Ideen und Projekten  
88 unterstützen und eure Ideen für unsere Arbeit aufnehmen. Gemeinsam können wir  
89 weiterhin lebendiger Verband bleiben und lebendiger insbesondere nach außen  
90 werden.

91  
92 Bei dieser Zusammenarbeit haben wir im letzten Jahr gute Erfahrungen mit der neuen  
93 Form der Unterbezirksseminare, der „Gemischtgeschlechtlichen Teams“ gesammelt.  
94 Diese Form ist auf andere Themenbereiche übertragbar. Zum Beispiel für die  
95 internationale Politik, die nicht in allen Unterbezirken zum Thema wird, werden wir  
96 Seminare zum Nahostkonflikt und zum G8 Gipfel anbieten.

97  
98  
99 **B Eine ausschnittartige gesellschaftliche Analyse - Als**  
100 **Grundlage zur weiteren Diskussion und als Orientierung für**  
101 **unsere Arbeit**

102  
103 Die Veränderung der Gesellschaft wird entgegen der Behauptung der Verengung des  
104 Handlungsspielraums der politischen Akteure maßgeblich durch die Politik  
105 mitgestaltet. Selbst der Rückzug des Staates, also die aktive Begrenzung der  
106 staatlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten wird von der Politik selbst  
107 vorangetrieben.

108 So kann es nicht verwundern, dass man die politischen Akteure - wenn auch nicht  
109 allein - verantwortlich macht für die gesellschaftliche und wirtschaftliche  
110 Entwicklung, aber auf der anderen Seite mehr Mitbestimmung für die Gestaltung der  
111 Gesellschaft einfordert.

112  
113 *Trends in der Gesellschaft*

114  
115 Die gesellschaftliche Entwicklung ist geprägt durch eine Entsolidarisierung, steigenden  
116 Konkurrenzdruck, Prekarisierung und eine Entdemokratisierung der politischen  
117 Prozesse.

118  
119 *Entsolidarisierung und steigender Konkurrenzdruck*

120  
121 Angetrieben durch die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre, durch die  
122 Individualisierung von gesamtgesellschaftlichen Risiken, zeichnet sich eine allgemeine  
123 Entsolidarisierung ab.

124 Arbeitslosigkeit wird immer mehr als individuelles Risiko begriffen, deren finanziellen  
125 Auswirkungen spätestens mit ALG II zum Tragen kommen und ein selbstbestimmtes  
126 Leben sowie eine Weiterführung des bisherigen Lebensstandards nicht mehr möglich  
127 machen. Verlagerungen von Kosten auf den Einzelnen, zum Beispiel im Bereich der  
128 Gesundheit (Praxisgebühr, Bonus-Malus-Regelungen), unsolidarische  
129 Steuererleichterungen, die nicht bei der rot-grünen Regierung Halt machen, sondern

130 durch die Unternehmenssteuerreform mit Nettoentlastungen von mindestens 5 Mrd. €  
131 weitergeführt werden, verteilungspolitisch kontraproduktive Steuererhöhungen wie  
132 die Mehrwertsteuer, sind nur einige innen-wirtschaftliche Beispiele der vorherigen  
133 und jetzigen Regierung. Weiterer Belege für die Entsolidarisierung bzw. des  
134 Verlagerns von Verantwortung sind das fehlende einer entwicklungspolitischen  
135 Strategie vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte durch verknappende  
136 Ressourcen und der zunehmender Entkopplung der Entwicklungsländer von der  
137 weltwirtschaftlichen Periode des Aufschwungs- u.a. aufgrund einer finanziell und dem  
138 Interesse nach zunehmend bedeutungsloser Entwicklungspolitik - und die  
139 Antwortlosigkeit auf weltweite Migration. Die Debatten drehen sich hier vor allem um  
140 die ‚verwertbaren Migration‘ (Greencard, Zuwanderung noch für Fachkräfte usw.) und  
141 um Integrationsforderungen und fast gar nicht um die Bedürfnisse der Menschen und  
142 ihr Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben, in Deutschland und auch außerhalb.  
143 Entsolidarisierung macht sich aber auch da gesellschaftlich fest, wo Opfer zu  
144 Schuldigen werden, Sündenböcke für gesellschaftliche Fehlentwicklungen gesucht  
145 werden und so das vorhandene Potential an solidarischer Bereitschaft außerhalb von  
146 familiären und freundschaftlichen Bindungen füreinander zu sorgen und  
147 Verantwortung zu übernehmen ausgehöhlt wird.

148  
149 In Anbetracht knapper Ressourcen, einer mangelhaften Anzahl von Arbeitsplätzen,  
150 immer weniger staatlicher regulierter Verteilung, steigt der Konkurrenzdruck sowohl  
151 auf jeden einzelnen als auch auf die Volkswirtschaften bezogen. Damit wird  
152 Interessenpolitik Tür und Tor geöffnet, steht nicht mehr das Gemeinwohl, sondern der  
153 individuelle Erfolg, die Belohnung von Leistungsstreben und das Bestehen des  
154 Wettbewerbs im Vordergrund. Solidarität ist hier kontraproduktiv und gereicht  
155 anscheinend nur zum persönlichen Nachteil. Der Konkurrenzdruck ist damit nur  
156 Ursache und zugleich Ergebnis einer entsolidarisierten, in allen Bereichen immer  
157 marktwirtschaftlicher arbeitenden und denkenden Gesellschaft.

158 Solidarität gilt auch in der Sozialdemokratie in konkreter Politik formuliert oft negativ  
159 als Sozialromantik und lässt sich progressiv nur noch selten diskutieren. Eine andere  
160 politische Prioritätensetzung versteckt nur zu oft hinter Finanzierungszwängen - bzw.  
161 Finanzierungsproblemen und Alternativlosigkeit und erstickt somit jegliche Debatte  
162 im Kern. Davon ist nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Sozialdemokratie  
163 betroffen.

164

### 165 *Prekarisierung*

166  
167 Verteilungspolitik wird durch Steuererleichterungen für Unternehmen und  
168 Wohlhabende immer mehr zurückgedrängt. Staatliche Leistungen werden gekürzt und  
169 die Anspruchsberechtigung auf eine schmalere Basis gestellt, ArbeiterInnenrechte wie  
170 Kündigungsschutz werden beschnitten, Tarifbindungen schwinden, niedrig entlohnte  
171 Beschäftigung mit staatlicher Hilfe ausgebaut statt durch Mindestlöhne verhindert.  
172 Damit geraten immer mehr Menschen in eine Lebenssituation, in der ihr Ein- und  
173 Auskommen nicht mehr gesichert ist, eine Zukunftsperspektive nur für kurze Zeit

174 mehr oder weniger sicher ist und somit die eines Abrutschens in finanzielle  
175 Abhängigkeit von staatlichen Leistungen besteht.

176 Bereits heute arbeiten 6 Millionen Menschen für Niedriglöhne, davon 32% in  
177 Vollzeitbeschäftigung. Sogar tarifgebunden werden Löhne von 3€ gezahlt. In einer  
178 ‚Arbeitsgesellschaft‘ reicht somit Erwerbsarbeit nicht mehr aus, um ein  
179 selbstbestimmtes Leben zu führen. Sowohl präventiv als auch nachsorgend sind Staat  
180 und Politik momentan nicht in der Lage, prekäre Lebenssituationen zu verhindern.  
181 Durch Ein-Euro-Jobs, den Ausbau des Niedriglohnsektors (bei dem Wissen um eine  
182 internationale Arbeitsteilung, bei der Deutschland vor allem auf Branchen mit  
183 Hochqualifizierten setzen müsste, anachronistisch) und Senkung der staatlichen  
184 Leistungen unter dem Deckmantel des Anreize-Schaffens. Diese Politik hat sich auch  
185 mit der neuen Regierung unvermindert fortgesetzt, diesmal nicht mehr mit der SPD  
186 als Seniorpartnerin sondern als gleichberechtigte Partnerin neben der Union.

187 *Entdemokratisierung*

188  
189 Entdemokratisierung heißt nicht sinkende Wahlbeteiligung. Entdemokratisierung ist  
190 ein Prozess der demokratische Teilhabe durch verschiedene Gründe nicht mehr  
191 ermöglicht.

192 Demokratische Teilhabe und Mitbestimmung setzt zum einen materielle Teilhabe  
193 voraus, so wie es das Berliner Programm treffend formuliert „ Nur wer sich sozial  
194 ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen“. Dazu sind heute für viele die  
195 Voraussetzungen nicht mehr gegeben.

196 Ein weiterer Grund der Entdemokratisierung ist die Schließung des demokratischen  
197 Raumes. Mitbestimmung der Politik ist kaum noch gesellschaftlich möglich und  
198 erwünscht, als auch parteipolitisch selten organisiert. Dies sehen wir in der  
199 Gestaltung unserer eigenen Partei, in der Diskurs weder organisiert wird und wurde  
200 noch erwünscht scheint. Auch die rheinland-pfälzische SPD ist hier leider zu Gunsten  
201 einer harmonischen Partei keine Ausnahme. Kritik wird lediglich als Infragestellung  
202 des Machtanspruchs gedeutet und weniger als legitimes Recht der eigenen Meinung  
203 und auch des berechtigten Anspruch innerhalb einer demokratischen Partei seinen  
204 Ideen Ausdruck zu verleihen und sie in die politische Diskussion einfließen zu lassen.

205 Die Programmdiskussion der SPD wird hier inhaltlich und organisatorisch auch zur  
206 Nagelprobe. Inhaltlich insofern wie den oben genannten Trends, die durch die  
207 Regierungspolitik verschärft wurden, entgegen gewirkt werden soll. Die ist schwierig  
208 in Anbetracht dessen, dass die Programmdebatte auch dem Nachvollzug der  
209 Regierungspolitik dienen soll, was man schon am in den Leitthesen vorgestellten  
210 ‚neuen sozialen Element‘ des vorsorgenden Sozialstaates zu erkennen kann, der  
211 Aktivierung und der Prävention von Lebensrisiken über die Nachsorge stellt und damit  
212 Gefahr läuft, Risiken in letzter Konsequenz zu individualisieren. Organisatorisch-  
213 strukturell nicht nur hinsichtlich der Frage, ob Partei noch in der Lage ist  
214 programmatisch zu diskutieren und damit letztendlich, ob sie noch demokratiefähig  
215 ist. Sondern auch, ob Partei in ihrer Führungsebene gewillt ist, andere  
216 Politikverständnisse zuzulassen, diesen auch diskursiven und programmatischen Raum

217 gibt. Die Einlösung der Öffnung, die sowohl von Matthias Platzeck als auch Kurt Beck  
218 versprochen wurde, hier ist, aber nicht nur hier einzulösen.

219

### 220 *Jusos im Spannungsfeld*

221

222 Wir Jusos befinden uns im Spannungsfeld dieser gesellschaftlichen und politischen  
223 Entwicklungen. Einerseits sind viele von den Trends selbst betroffen, sei es materiell  
224 oder auch ideell. D.h. dass wir einerseits auch die Entscheidung zu treffen haben  
225 zwischen individuell marktangepasstem Verhalten und Denken oder solidarischer  
226 Lebensweise und der Forderung solidarischer Politikentwürfe, und dass wir  
227 andererseits aber auch mit dem Konkurrenzdruck und prekären Situationen in der  
228 Familie oder im Freundeskreis oder auch selbst umgehen müssen.

229 Der Wille, den Entwicklungen eine Alternative entgegenzustellen wird noch  
230 mehrheitlich getragen, wenn auch nicht unumstritten. Damit soll nicht der Eindruck  
231 erweckt werden, dass die Streitigkeit von Punkten uns Jusos etwas völlig neues wäre.  
232 Doch die Neuartigkeit der jetzigen Debatten ist sowohl, dass die Diskussionen  
233 grundlegender am Sozialstaatsverständnis rütteln als auch, dass eine tiefergehende  
234 Reflexion kaum noch Zeit, Raum und auch TeilnehmerInnen findet.

235 Die Diskursfähigkeit unseres Verbandes ist in den letzten Jahren kontinuierlich  
236 zurückgegangen. Dies ist Ergebnis eines sich durchsetzenden anderen  
237 Politikverständnisses, das auf unreflektiertere Mitglieder setzt und sich vor dem  
238 Hintergrund der allgemeinen Entdemokratisierung vollzieht, andererseits auch des  
239 Wandels des Verbandes in seiner Mitgliederstruktur, die sich vor allem am Alter der  
240 FunktionärInnen zeigt. Dabei ist jünger sein nicht gleichzusetzen mit unmündiger sein,  
241 sondern eher ein Ausdruck dessen, dass längjährige politische und Verbandserfahrung  
242 in der Funktionärsschicht fehlt, Wissen weniger tradiert wird und somit die  
243 Verbandsarbeit der jüngeren oder Neumitglieder weniger angeleitet und unterstützt  
244 wird. Darunter leiden auch die inhaltlichen Debatten, unsere Kritikfähigkeit und  
245 ‚Alternativenfindungsfunktion‘ zu den aktuellen Debatten.

246 Doch selbst wenn eine Positionierung der Jusos stattfindet, findet sie sowohl  
247 parteilich als auch gesellschaftlich kaum Gehör. In der Partei stehen wir Jusos vor  
248 dem Dilemma, einerseits die Regierungstätigkeit unterstützen zu wollen, andererseits  
249 auch an einigen Stellen berechnete Kritik zu haben, die keinesfalls die Gesamtpolitik  
250 in Frage stellt. Sowohl die Artikulation als auch das Verständnis der Kritik ist  
251 schwierig, von den Durchsetzungsmöglichkeiten ganz abgesehen. *Kritik als Teil der*  
252 *Lösung wird leider nicht angenommen. Das macht wirkliche Mitbestimmung, aber*  
253 *auch Motivation der eigenen Arbeit vor dem Hintergrund des Selbstverständnisses*  
254 *eines kritischen linken Jugendverbandes, der auch in die Gesellschaft wirkt und*  
255 *Kräfte zu integrieren sucht, die die SPD nicht mehr integrieren kann, umso*  
256 *schwieriger.*

257 Dabei scheint dieses Selbstverständnis auch kein selbstverständliches mehr zu sein,  
258 wird eher von FunktionärInnen forciert als von der Basis gefordert. So ist zumindest  
259 der Eindruck anhand von Verbandsbeobachtung und Feedback auf das eigene Handeln  
260 entstanden. Die Lebendigkeit unseres Verbandes ging im letzten Jahr zu Gunsten der



261 Wahlkämpfe außerhalb dieser zurück, die Beteiligung an inhaltlichen Debatten war  
262 geringer. Die Frage nach dem Warum, ob dieses in den Angeboten oder eher auf der  
263 Nachfrager also Mitgliederseite liegt ist bislang nicht geklärt.

264 Wenn wir uns jedoch nicht unserer Selbst vergewissern, für unser Selbstverständnis  
265 streiten und die Ansprüche an eine kritisch, linke inhaltliche Auseinandersetzung und  
266 Mitbestimmung aufrecht erhalten, verlieren wird, trotz aller Bemühungen, langfristig  
267 unsere Daseinsberechtigung.

268 Neue Versuche der inhaltlichen Angebote können hier helfen, die Fragen zu  
269 beantworten und gleichzeitig das Selbstverständnis selbstverständlich zu machen, die  
270 Jusos inhaltlicher zu positionieren und gleichzeitig (gesellschaftliche) Mitbestimmung  
271 zu verwirklichen.

272 Dabei soll auch die Öffentlichkeit nicht aus dem Blick geraten, die bisher von unserer  
273 Arbeit kaum Notiz nimmt, aber auch in Teilen nicht nehmen kann. Trotz der  
274 Feststellung einer PolitikerInnen- und Parteienverdrossenheit interessieren positive  
275 Beispiele engagierter Jugendlicher nicht, sind Meldungen über unsere Arbeit scheinbar  
276 zu uninteressant, ist unser Einfluss offensichtlich zu begrenzt oder passen wir einfach  
277 nicht in die Mainstreamwahrnehmung hinein. Auch hier sind einerseits neue Ideen  
278 gefragt, aber auch eine Aufwertung der Arbeit durch innerparteiliche Anerkennung,  
279 die nicht nur auf verbaler, sondern auch politischer Ebene erfolgen muss.

280

281

## 282 **C Inhaltliche Themen - Der Kern unserer Arbeit**

283

284 Inhaltliche Arbeit ist der Kern einer politischen Jugendorganisation. Gemeinsam  
285 wollen wir im nächsten Jahr vier Themen schwerpunktmäßig bearbeiten, wobei  
286 Diskussionen anhand anderer Themen sowohl in den Kommissionen als auch  
287 tagesaktuell geführt werden. Schwerpunktthemen heißt, dass wir hier sowohl  
288 Diskussionen anstoßen, Veranstaltungen und Materialien anbieten und weitergehende  
289 Positionen entwickeln wollen. Auch reagieren wir zum Beispiel mit dem Schwerpunkt  
290 Programmdebatte auf die innerparteilichen Diskussionen und mit dem Thema „G8-  
291 Gipfel“ auf eine zentrale Veranstaltung, die im nächsten Jahr in Deutschland  
292 stattfinden wird.

293

### 294 **Migration**

295

296 Migration bedeutet zu „wandern“, also den eigenen Lebensmittelpunkt zu verlegen.  
297 Das wird leider gerade dann für MigrantInnen ein Problem, wenn sie  
298 grenzüberschreitend migrieren wollen, denn die meisten Länder und auch  
299 Deutschland beschränken Zuwanderung. Eine besondere Form der Migration stellt die  
300 Flucht dar, der die Bundesregierung eine rigorose Abschiebepolitik entgegensetzt.

301 Wir als Jusos müssen äußerst kritisch mit Gesetzen umgehen, die die Freiheit zur  
302 Migration beschränken; gerade, weil wir als EU-BürgerInnen oftmals in der  
303 komfortablen Situation sind, kaum eingeschränkt in Industriestaaten emigrieren zu  
304 können. In der Frage nach Integrationswilligkeit und -fähigkeit müssen wir vehement

305 gegen jede fremdenfeindliche und rassistische Argumentation vorgehen. Wir dürfen  
306 nicht tolerieren, dass Asylsuchende hier durch die aktuelle Gesetzeslage wie  
307 Residenzpflicht, Drittstaaten- und Flughafenregelung in ihren Rechten eingeschränkt,  
308 kriminalisiert, verhaftet und abgeschoben werden.

309  
310 Wir als Jusos müssen eine Interessensvertretung für MigrantInnen sein. Diese Gruppe  
311 können wir ansprechen, indem wir Publikationen zum Thema in andere Sprachen  
312 übersetzen und sie so über ihre Rechte und Hilfsangebote informieren. Die  
313 Abschiebepolitik der Landesregierung werden wir kritisch hinterfragen und uns an den  
314 Protesten gegen die Abschiebknäste in Ingelheim und Zweibrücken beteiligen.  
315 Außerdem werden wir unsere antirassistische Jugendarbeit im NDC und der Antifa-  
316 Kommission fortsetzen.

317 Eine Schwerpunktsetzung auf das Thema Migration bedeutet für den Landesvorstand,  
318 besonders aufmerksam zu sein und sich in öffentliche Diskussionen beispielsweise mit  
319 Pressemitteilungen einzubringen. Um uns weiterzubilden, werden wir uns mit den  
320 Positionen unseres Verbandes und von BündnispartnerInnen zu diesem Thema  
321 auseinandersetzen und landespolitische Positionen entwickeln. Im Austausch mit  
322 Gruppen wie ProAsyl und der rheinland-pfälzischen Initiative für Integration (RIFI)  
323 wollen wir Veranstaltungen und Aktionen durchführen. Darüber hinaus werden wir  
324 weitere Aktionen entwickeln, um das Thema im Verband zu diskutieren und unsere  
325 Positionen in die Partei und Öffentlichkeit zu tragen.

326

## 327 **Energie und alles, was dazu gehört**

328

329 Energiepolitik wird in den nächsten Jahren rasant an Bedeutung gewinnen. Der Zugang  
330 zu Ressourcen wie Energie und sauberem Trinkwasser spielt schon heute in vielen  
331 Regionen der Erde eine zentrale Rolle und ist nicht selten Zündstoff für nationale und  
332 internationale Konflikte. Aus Sicht der Jusos ist es auch interessant, das Thema vor  
333 allem von seiner sozialpolitischen, aber auch aus einer friedenspolitischen und  
334 ökologischen Perspektive zu betrachten.

335 Die Daseinsfürsorge von öffentlicher Hand und der Zugang zu Energie zu fairen Preisen  
336 ist heute in unserer Gesellschaft bereits Thema. Mit Energiepolitik kann genauso  
337 Exklusion betrieben werden, wie mit einer marktradikalen „Sozialpolitik“, die diesen  
338 Namen nicht verdient. Für uns Jusos ist Frage von Marktorganisation und garantiertem  
339 Zugang zu Ressourcen für alle Bevölkerungsschichten und die einhergehenden  
340 Umverteilungsaspekte in der öffentlichen Versorgung von zentralem Interesse.

341 Einhergehend mit diesem Thema sind auch immer Aspekte der Ökologie. Die Frage  
342 nach einer sauberen, nachhaltigen Energiepolitik müssen wir Jusos stärker auf die  
343 Agenda unseres täglichen politischen Handelns setzen. In Sachen ökologischer  
344 Energiegewinnung fehlt es unserem Verband noch an inhaltlicher Schärfe und auch an  
345 Zielformulierungen. Unser Beschluss gegen den Einsatz von Atomenergie kann nicht  
346 das Ende des Diskurses, sondern nur sein Anfang sein. Der Beschluss muss mit Leben,  
347 genauer gesagt, mit ökologischen Alternativen gefüllt werden, um auch in Zukunft  
348 gegen die Lobby der AtomkraftbefürworterInnen diskursfähig zu sein.

349 Das wollen wir gemeinsam mit Euch erreichen. Dazu soll das Engagement des  
350 Landesvorstands zu energiepolitischen Themen und die Arbeit des AK Energie gestärkt  
351 werden. Hier wollen wir uns mit landespolitischen Zielen der ökologischen  
352 Energiegewinnung auseinandersetzen. Das wollen wir auch unmittelbar an Ort und  
353 Stelle mit Verantwortlichen tun. Energiepolitik kann darüber hinaus  
354 Anknüpfungspunkt internationaler Partnerschaften sein. Nicht zuletzt unsere  
355 GenossInnen der Saar-Loire-Lux Internationalen wären hier AnsprechpartnerInnen: Mit  
356 ihnen gemeinsam gilt es aufzustehen gegen neue und bestehende Atomprojekte in  
357 unserer Region, wie zum Beispiel das geplante Atom Mülllager in Bure und das AKW in  
358 Chattemom.

359

## 360 **G8 - Heiligendamm und noch viel mehr**

361

362 Hatte der G8-Gipfel der acht mächtigsten Industrienationen im Jahr 2006 noch in  
363 Sankt Petersburg stattgefunden, wird er 2007 in Mecklenburg-Vorpommern (in  
364 Heiligendamm) stattfinden. Wir Jusos Rheinland-Pfalz sehen die Institution G8 und  
365 ihre zahlreichen Verhandlungsrunden durchaus kritisch, sehen aber auch Chancen in  
366 den Gesprächen, wie beispielsweise in der Doha-Runde, deren öffentlich erklärtes  
367 Scheitern wir kritisch in diesem Jahr durch eine Pressemitteilung begleitet haben.  
368 Darin haben wir vor allem die Bedeutungen und Chance einer Zusammenarbeit in der  
369 Entwicklungshilfe hervorgehoben.

370 Wir möchten uns im folgenden Jahr zur Vorbereitung auf den G8-Gipfel gerne  
371 intensiver und kritisch mit den Strukturen, Akteuren, Handlungsrahmen und der  
372 tatsächlichen Politik der G8 auseinandersetzen (u.a. auch über die Landeskommission  
373 Internationales). Mit unseren russischen GenossInnen hatten wir während des im  
374 August 2006 stattgefundenen Russlands-Aufenthalts in St. Petersburg die Möglichkeit,  
375 mehr in Bezug auf den G8-Gipfel zu erfahren und Erfahrungen auszutauschen. Geplant  
376 ist, zur Zeit des Gipfels, im Juni, eventuell unsere GenossInnen aus Russland  
377 einzuladen zu uns zu kommen und dann gegebenenfalls selbst an Demonstrationen  
378 rund um den G8-Gipfel teilzunehmen. Entsprechende Kooperationsvereinbarungen  
379 finden sich auch im unterzeichneten „Manifest of Partnership“, das auch auf dieser  
380 Landeskonzferenz zur Abstimmung steht. Wir möchten euch ausdrücklich einladen am  
381 Prozess der Erarbeitung kritischer und differenzierter Positionen zu den G8  
382 mitzuwirken, euch gemeinsam mit uns insbesondere auch mit der deutschen Rolle zu  
383 beschäftigen, wenn es beispielweise um die Vorreiterrolle bei erneuerbaren Energien  
384 geht.

385

## 386 **Programmdebatte der SPD - Grundlagen unserer Politik mitbestimmen.**

387

388 Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Debatte um das neue SPD-  
389 Grundsatzprogramm sein, das auf dem ordentlichen Bundesparteitag im Herbst 2007  
390 beschlossen werden soll.

391

392 Das derzeitige Berliner Programm wurde bereits 1989 auf dem damaligen  
393 Bundesparteitag beschlossen. Seitdem fanden viele Ereignisse statt - der Fall der  
394 Berliner Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands, der Zerfall des Ostblocks und  
395 die Beendigung des Ost-West-Konfliktes, die Osterweiterung der Europäischen Union,  
396 um nur einige zu nennen. Dazu fand ein kontinuierlicher Wandel der  
397 Wirtschaft(spolitik) statt, der unsere Arbeitswelt und den Alltag nachhaltig verändert.

398  
399 In der 143-jährigen Geschichte der Sozialdemokratie gibt es eine lange Tradition der  
400 Grundsatzprogrammdebatte. So wurde mit dem Godesberger Programm von 1959 der  
401 Wandel von einer Klassen- zu einer Volkspartei vollzogen. Das Berliner Programm von  
402 1989 wiederum nahm wichtige neue Impulse der Neuen Sozialen Bewegungen auf.

403  
404 Mit der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm soll die Idee der sozialen  
405 Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert weiterentwickelt werden. Es soll Antworten auf  
406 die Europäisierung, die Globalisierung sowie den sozialen, technischen und  
407 demografischen Wandels gegeben werden.

408  
409 Die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden  
410 dabei den Rahmen, an dem sich die von der Programmdiskussion aufgestellten Ziele  
411 orientieren: Eine friedliche Weltordnung sowie eine faire Globalisierung, Wohlstand  
412 und Beschäftigung, Generationensolidarität in einer familienfreundlichen  
413 Gesellschaft, die soziale Teilhabe aller und nachhaltiger Fortschritt.

414  
415 Die „neue soziale Übereinkunft“ soll drei zentrale Elemente umfassen:

- 416 1. Das neue Europa politisch stärken und sozial zu gestalten.
- 417 2. Fairer Wettbewerb und Innovation- Die Soziale Marktwirtschaft erneuern.
- 418 3. Ein neues Leitbild- Der vorsorgende Sozialstaat.

419  
420 Unsere Aufgabe sehen wir darin, die Programmdebatte kritisch zu begleiten. Das heißt  
421 auch, die drei „sozialen Übereinkünfte“ auf ihre Implikationen und ihr  
422 Gerechtigkeitsverständnis, ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Sozialstaat zu  
423 hinterfragen. Den Entwurf, der Anfang 2007 von der Programmkommission vorgelegt  
424 wird, wollen wir innerverbandlich diskutieren und unsere Vorstellungen und Ideen  
425 auch in Form von Änderungsanträgen soweit möglich einbringen. Für uns Jusos ist  
426 klar, dass sich die Leitlinien des neuen Programms klar an den Grundsätzen der SPD  
427 „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ orientieren müssen. Das neue  
428 Grundsatzprogramm darf nicht dazu benutzt werden, um nachträglich das  
429 Regierungshandeln der Agenda 2010 zu legitimieren. Hier wollen wir uns kritisch in  
430 die Programmdiskussion einschalten, nicht zuletzt durch eigene Beiträge in der  
431 Programmentwicklung des Juso- Bundesverbandes.

432  
433 **Geschlechtergerechtigkeit - ein Querschnitt:**

434

435 Geschlechtergerechtigkeit umfasst nicht nur das Themenfeld der Frauenpolitik und ist  
436 damit mehr als ein Themenbereich für Frauen. Es geht vielmehr darum, Gerechtigkeit  
437 in der Gesellschaft herzustellen, das heißt gleiche Chancen, Möglichkeiten und  
438 Freiheiten unabhängig vom Geschlecht zu erreichen. Dass wir auf diesem Gebiet  
439 schon einiges erreicht haben, zeigt sich zum Beispiel daran, dass die  
440 Gemischtgeschlechtlichen Teams im Verband sehr gut angenommen wurden und  
441 werden.

442  
443 Dass beim Thema Geschlechtergerechtigkeit sowohl im Verband als auch in der  
444 Gesellschaft aber immer noch einiges im Argen liegt, zeigt zum Beispiel die Tatsache,  
445 dass Frauen in Führungspositionen bei gleicher Qualifikation immer noch  
446 unterrepräsentiert sind und Väter mit Kinderwagen auf dem Spielplatz noch immer  
447 die Ausnahme sind. Schaut man sich die Gesellschaft an, so sind es immer noch  
448 Frauen, die weniger verdienen und somit ihren Lebensabend mit weniger Geld als die  
449 Männer bestreiten müssen. Meistens sind es deshalb Frauen, die daheim bleiben und  
450 die Kinder erziehen.

451 Umso wichtiger ist es, endlich die geschlechtsspezifische Rollenverteilung aufbrechen  
452 und gleiche Behandlung sowie Chancen für beide Geschlechter zu fordern.  
453 Geschlechtergerechtigkeit bedeutet, jeder/m, ob Mann oder Frau, unabhängig von  
454 seiner/ihrer Geschlechterrolle die Möglichkeit zu geben, sein/ ihr Leben so zu  
455 gestalten, wie sie/er es für richtig erachtet und nicht wie es ihnen die Gesellschaft  
456 zuweist.

457 Was auch bedeutet, dass Frauen stärker in für sie „untypische“ Berufe auf dem  
458 Arbeitsmarkt eingebunden werden müssen. Um nur ein Beispiel zu nennen, wäre es  
459 wünschenswert, wenn man sich nicht über eine Busfahrerin wundern würde. Ebenso  
460 wünschenswert wäre es, wenn man sich nicht über einen Kindergärtner wundern  
461 würde. Daran müssen wir arbeiten.

462 Wir werden das Thema Geschlechtergerechtigkeit weiterhin im Verband diskutieren,  
463 über die (männeroffene) Frauenkommission, über die Seminare „Kein Juso ohne Sex“,  
464 aber auch durch Positionierungen und Aktionen, die unsere Forderungen deutlich  
465 machen. Dabei darf auch nicht vergessen werden, unseren Verband  
466 geschlechtergerecht zu machen!

467

468

## 469 **D Wie wir es umsetzen wollen.**

470

471 Eine der entscheidenden Herausforderungen für einen Landesvorstand ist die Frage,  
472 wie man einmal ausgearbeitete Positionen und Inhalte zielorientiert und konstruktiv  
473 verwendet und in den Verband hineinträgt, an die Lebensrealität junger Menschen  
474 „anpasst“ ohne sich gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen  
475 Tendenzen, denen wir kritisch gegenüberzustehen, „anzupassen“. Dabei ist  
476 insbesondere zu beachten, dass wir Jusos fast alle ehrenamtlich arbeiten und die  
477 Verbindlichkeiten und Verantwortlichkeiten deshalb schwieriger zu regeln sind. Nun  
478 kann es nicht darum gehen, die Freiwilligkeit und notwendige innere Motivation des

479 Ehrenamtes aufzubrechen. Die Rahmenbedingungen müssen vielmehr verbessert  
480 werden.

481

### 482 **Mehr Politik, mehr Argumente, mehr Identität**

483

484 Wir Jusos erleben in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren eine Entwicklung, die nicht  
485 ohne Beachtung und notwendige Konsequenzen bleiben darf: Die Erosion unserer  
486 Mitgliederzahlen- D.h. nicht, dass wir keine neuen Mitglieder gewinnen - wir haben  
487 insbesondere viele neue junge Mitglieder - allerdings fällt zunehmend eine ältere  
488 starke Generation weg. Die Herausforderungen werden damit offensichtlich: Wenn  
489 eine Generation fehlt, die mit ihrer Erfahrung jüngere Mitglieder an die Hand nehmen  
490 könnte und beim Erlernen wichtiger Grundlagen behilflich sein könnte, diese  
491 Generation selbst aber auch nicht mehr für Führungspositionen im Verband zur  
492 Verfügung steht, dann muss darunter langfristig der Grad der  
493 Politisierung/Ideologisierung im Verband leiden.

494 Die Herausforderung für den Verband in der Zukunft besteht nun darin, der drohenden  
495 Entpolitisierung des Verbandes durch andere Mittel entgegen zu wirken. Dazu hat der  
496 alte Landesvorstand beispielsweise bereits das Liederbuch neu auflegen lassen um ein  
497 Stück Identität im Bewusstsein zu halten.

498 Im kommenden Jahr möchten wir gerne im kommenden Jahr wieder einen Besuch des  
499 Karl-Marx-Hauses anbieten. Dem internationalistischen Anspruch unseres Verbandes,  
500 der in vielen der Liedtexte deutlich wird, möchten wir u.a. gerne wieder mit Euch auf  
501 dem Jubiläums IUSY-Festival 2007 in Berlin genüge tun. Wir erhoffen uns dadurch eine  
502 große Motivation für unsere internationale Arbeit hier in RLP.

503 Insgesamt wird sich der kommende Landesvorstand auch mit Möglichkeiten  
504 auseinandersetzen, wie wir jungen GenossInnen weitergehende methodische und  
505 (grundlegende) inhaltliche Angebote machen können, die dazu beitragen können,  
506 unsere Personaldichte zu vergrößern und gleichzeitig unseren Verband wieder  
507 attraktiver und aktiver zu gestalten. Wir möchten euch ausdrücklich einladen, Euch  
508 an diesem Prozess zu beteiligen, beispielsweise indem ihr Probleme, die vor Ort  
509 existieren, kommuniziert und weitergebt, mit dem Landesverband eine gemeinsam  
510 Lösungen erarbeitet oder Ideen in bereits vorhandene Lösungsansätze mit  
511 hineinfließen lasst.

512

### 513 **Mehr innerverbandliche Solidarität**

514

515 Eine besondere Bedeutung in der zukünftigen Entwicklung unseres Verbandes kommt  
516 der zwischenmenschlichen Beziehung zu. Nicht das damit das Rad neu erfunden wäre,  
517 allerdings ist die Bedeutung des „persönlichen Kontakts“, selbst angesichts Emails und  
518 anderer Möglichkeiten über das Internet, nach wie vor ungebrochen. Ein Verband  
519 zeigt sich nur dann lebendig und konstruktiv, wenn er vermag, dass was er sich täglich  
520 an inhaltlichen Positionen erarbeitet, dass das was an Aktionsvorschlägen und  
521 Konzepten im Verband kursiert, auch vielen bekannt zu machen und mit deren Hilfe  
522 auch in die Tat umzusetzen.

523  
524 Inhalte, Positionen und Ideen allgemein sind über den persönlichen Kontakt, direkter,  
525 schneller, unmittelbarer, und damit authentischer zu vermitteln. Das betrifft sowohl  
526 den Weg in die höheren Ebenen unseres Verbandes als auch den umgekehrten Weg.  
527 Seit einigen Jahren werden ganz konkret immer wieder Unterbezirke angesprochen,  
528 um Veranstaltungen mitzugestalten, teilzunehmen, Werbung zu machen und so den  
529 Verband lebendiger zu gestalten.

530 Es wird auch im kommenden Landesvorstand wieder AnsprechpartnerInnen für jeden  
531 UB geben. Wir können leider nicht überall sein, möchte aber einen unserer  
532 Schwerpunkte im kommenden Jahr u.a. auf die „Betreuung“ der UB'en legen. Mit  
533 „Betreuung“ ist nicht ein „top-down-modell“ gemeint, sondern ein Angebot an die  
534 Unterbezirke, sich in die Arbeit des Landesverbandes einzubringen, den  
535 Landesverband und Landesvorstand an den eigenen Aktionen teilhaben zu lassen und  
536 dadurch ebenso von Ideen anderer zu profitieren. Den hohen Anspruch, den wir an uns  
537 in Bezug auf Kommunikation im Verband und persönliche Kontakte stellen, bedeutet  
538 viel Arbeit, aber bedarf insbesondere auch der Mitarbeit aller. In Jahren, in denen wir  
539 nicht gerade von enormen Mitgliederzuwächsen gesegnet sind, sollten wir unseren  
540 Ideenreichtum im Verband bündeln.

541 Persönliche Kontakte sind insbesondere auch dann wichtig, wenn wir in den UB'en  
542 viele junge Mitglieder vorfinden, die viel frischen Wind in den Verband bringen, aber  
543 auch noch unserer Hilfe bedürfen, wenn es um elementare Grundlagen der  
544 Verbandsarbeit geht. Ihnen wollen wir eine besondere Stütze sein.

545

#### 546 **Mehr Seminare mit UB'en gemeinsam und mehr vor Ort**

547

548 Um den Verband lebendig zu halten, ist ein guter Draht zu den Unterbezirken, wie  
549 eben erwähnt, von großer Bedeutung. Ob es um die Planung von Veranstaltungen oder  
550 um inhaltliche Arbeit geht - dies kann nur in Teamwork mit den Gliederungen vor Ort  
551 gelingen!

552

553 Der Landesvorstand der Jusos Rheinland-Pfalz möchte sich in Zukunft deshalb für  
554 einen intensiveren Austausch zwischen Landes- und Unterbezirksebene einsetzen. Wir  
555 wollen keine Entscheidungen von oben herab, sondern gemeinsame Projekte  
556 erarbeiten und alle Mitglieder gezielt in die Verbandsarbeit mit einbeziehen.

557

558 Oftmals ist es allerdings vor allem für jüngere Genossinnen und Genossen schwierig,  
559 an Veranstaltungen des Landesverbandes teilzunehmen, da sie nicht mobil sind  
560 und/oder der Weg zum Veranstaltungsort zu weit wäre. Daher wird der künftige  
561 Landesvorstand sein Angebot von Seminaren zu unterschiedlichen inhaltlichen  
562 Schwerpunkten in und mit den Unterbezirken ausweiten. Dabei soll auch gezielt  
563 darauf geachtet werden Veranstaltungen des Landesvorstandes in  
564 „strukturschwachen“ Regionen stattfinden zu lassen, auch einmal außerhalb der  
565 üblichen Zentren. Seine Grenzen wird dieses Vorhaben aber in der natürlich auch

566 eingeschränkten Mobilität und zeitlichen Reglementierung des neuen  
567 Landesvorstandes haben.

568

#### 569 **Inhalten und Aktionen mehr verbinden**

570

571 Inhaltliche Arbeit ist oftmals mühsam, denn nach einer mehr oder weniger langen  
572 Inputphase, müssen am Ende viele verschiedene Meinungen unter einen Hut gebracht  
573 werden, um zu einem gemeinsamen Beschluss zu kommen. Diese notwendige  
574 Konsensfindung schreckt jedoch leider viele Mitglieder ab, denn sie kann unter  
575 Umständen sehr langwierig sein. Oft hört man auch den Vorwurf, „es käme nichts  
576 dabei rum“ und es würde nur geredet, aber nichts getan.

577

578 Um die wichtige inhaltliche Arbeit gerade auch für neue Mitglieder interessanter zu  
579 gestalten, will der Landesvorstand im kommenden Jahr Inhalte gezielter mit  
580 konkreten Aktionen verbinden. Dabei geht es vor allem darum Inhalte durch  
581 beispielsweise Reader zu einem aktuellen Thema den Unterbezirken zur Verfügung zu  
582 stellen auf der anderen Seite dann auch darum, diese Inhalte durch Aktionsvorschläge  
583 zu ergänzen. Dabei geben wir unseren Anspruch, dass Inhalte im Vordergrund stehen,  
584 nicht auf, sondern versuchen vielmehr Jugendliche und junge Erwachsene zuzugehen,  
585 also mit den Inhalten über konkrete Aktionen da hinzugehen, wo sich unsere  
586 Zielgruppe befindet. Diese Spagat hinzubekommen, sich einen gewissen inhaltlichen  
587 Anspruch zu wahren ohne deshalb die reelle Lebenswelt junger Menschen in RLP und  
588 Deutschland zu vernachlässigen, dass wird eine der zentralen Aufgabe der Jusos in  
589 den nächsten Jahren sein und dabei bedarf es, wie bei vielem der Kraftanstrengung  
590 aller Untergliederungen ebenso, wie der des zukünftigen Landesvorstandes.

591

592

593

594

#### 595 **Grundsätzliche und aktuelle Debatten mehr verbinden**

596

597 Bei der Betrachtung von aktuellen politischen Debatten ist es unabdingbar, sich  
598 immer wieder auf unsere grundsätzlichen Positionen zu beziehen. Wie sehen unsere  
599 Prüfsteine beispielsweise für eine Gesundheitsreform aus? Welche Grundwerte liegen  
600 unseren Beurteilungen und Lösungsansätzen zugrunde? Im Zuge der Programmdebatte  
601 der SPD gewinnt dieser Punkt an Bedeutung. Es ist deshalb auch eine  
602 Richtungsdebatte, die wir als Landesvorstand, insbesondere aber als Verband  
603 insgesamt immer wieder führen müssen. Diese Debatten an konkreten Beispielen  
604 festzumachen hilft insbesondere auch jungen Mitgliedern, weil abstrakte  
605 Konzeptionen realistischer werden. Auch hier gilt wieder: Eine Verlagerung ins Extrem  
606 wird nicht den erhofften Erfolg bringen. Sowohl grundsätzliche als auch aktuelle  
607 Debatten möchten wir mit Euch führen um Identität und Solidarität im Verband zu  
608 stiften!

609



## 610 Innerverbandliche Mitbestimmung - Transparenz

611  
612 Zur innerverbandlichen Mitbestimmung gehört Transparenz - Transparenz darüber,  
613 was diskutiert wird, aber auch, wie diskutiert wird und wie man sich einbringen kann.  
614 Zu einer engen inhaltlichen Kooperation aller Verbandsgliederungen und Mitglieder  
615 müssen passende Verfahren und Arbeitsweisen institutionalisiert werden. So sind  
616 Telefonkonferenzen mit den Unterbezirksvorsitzenden und -sprecherInnen ein viel  
617 versprechendes Mittel, um in kurzer Zeit Informationen und inhaltliche  
618 Einschätzungen auszutauschen. Diese Telefonkonferenzen sollen in Zukunft verstärkt  
619 genutzt werden.

620 Pressemitteilungen, Positionierungen und ähnliches können in enger Abstimmung mit  
621 FunktionärInnen des Verbandes an die Öffentlichkeit gegeben werden und verleihen  
622 der Stimme des Jusos Rheinland-Pfalz mehr Gewicht. Außerdem können die  
623 FunktionärInnen die Diskussionen weitertragen. Damit arbeiten wir auf verschiedenen  
624 Ebenen und mit verschiedenen Akteuren an der Umsetzung unserer Ziele.

625 Zu Mitbestimmung und Transparenz gehört selbstverständlich auch ein  
626 kontinuierlicher Informationsfluss. Diesen wollen wir über die schon existierenden  
627 Kommunikationsmittel aufrechterhalten und ausbauen. Mitbestimmung ist aber keine  
628 Einbahnstraße - sie muss genauso von den Untergliederungen eingefordert und ihre  
629 Instrumente genutzt werden. Die Abstimmungen über inhaltliche Veröffentlichungen  
630 wie Pressemitteilungen werden in der Regel über einen Verteiler, der die im  
631 Landesverband aktiven Mitglieder umfasst, bewerkstelligt. Hier wäre eine regere  
632 Diskussionsteilnahme wünschenswert.

633 Unser Informationsorgan, das neben dem Email-Newsletter die größte  
634 Verbreitungstiefe besitzt, ist der „Sozialistmuss“. Diese Verbandszeitung weiter zu  
635 führen und attraktiver zu machen, ist ein Ziel der Arbeit des nächsten  
636 Landesvorstandes. Auch und gerade, wenn es für einen zum größten Teil ehrenamtlich  
637 organisierten Jugendverband, wie es die Jusos Rheinland-Pfalz sind, unwahrscheinlich  
638 viele Ressourcen bindet, haben wir es erreicht, dass der „Sozialistmuss“ große  
639 Akzeptanz bei den Mitgliedern findet. Das liegt nicht zuletzt an der Qualität der  
640 Beiträge und der redaktionellen Arbeit. Daneben wollen wir Foren auf der Homepage  
641 etablieren, um so Diskussionen unabhängig von Gremien zu führen. Weiterhin wollen  
642 wir breit zu Veranstaltungen einladen und versuchen, möglichst viele in die aktive  
643 Arbeit einzubinden.

644 Wir wollen keine Landeskongresse wie Parteitage a la SPD abhalten. Wir wünschen  
645 uns einen partizipativen und diskursfähigen Verband. Die Landesebene wird zur  
646 Unterstützung der inhaltlichen Arbeit in den Regionalverbänden und Unterbezirken  
647 einen ReferentInnenpool und Unterbezirksseminare zur Verfügung stellen. Diese  
648 Angebote werden von den Untergliederungen kostenfrei abrufbar sein.

649 Der LA als das Austauschgremium der Unterbezirke kann durch inhaltliche  
650 Schwerpunktsetzung als solches aufgewertet werden. Neben den üblichen Aufgaben  
651 des Gremiums könnten in regelmäßigen Abständen Themen auf die Tagesordnung  
652 kommen, zu denen dann auch Beschlusspapiere verabschiedet werden. Die kritische  
653 Begleitung der Arbeit des Landesvorstands muss endlich wieder stattfinden. Das nutzt

654 sowohl dem Verband als auch dem Landesvorstand, weil er so Anregungen und  
655 Feedback erhält.

656 Transparenz und Mitbestimmung sind der erste Schritt hin zu mehr innerverbandlicher  
657 Demokratie. Hierarchien, die im Verband immer noch in weiten Teilen bestehen, kann  
658 durch Transparenz entgegen gewirkt werden. Wir Jusos wünschen uns eine  
659 demokratischere Gesellschaft, mit gutem Beispiel wollen wir innerhalb des Verbandes  
660 vorangehen.

661

## 662 **Netzwerke**

663

664 Netzwerke sind wichtig, um Positionen weiter zu tragen und Unterstützung für die  
665 eigenen Positionen zu gewinnen. Für uns sind sowohl innerparteiliche als auch  
666 außerparteiliche Netzwerke und Kontakte gemäß unserer Doppelstrategie von großer  
667 Bedeutung. Insbesondere zu anderen Jugendverbänden und gesellschaftlichen  
668 Akteuren mit ähnlichem politischen Verständnis und inhaltlicher Ausrichtung ist uns  
669 der regelmäßige Kontakt, die gemeinsame Aktion und Diskussion wichtig. Nur wenn  
670 wir unsere Positionen und Forderungen weitertragen und in die gesellschaftliche  
671 politische Diskussion über verschiedenste Wege und KooperationspartnerInnen  
672 einbringen können, haben wir die Möglichkeit, gehört zu werden und unsere Ziele  
673 umzusetzen. Netzwerke sind zwar zusätzliche Arbeit, aber ein elementarer  
674 Bestandteil der strategischen Ausrichtung unseres Verbandes. Auch die größere  
675 Öffentlichkeit, die wir über Pressearbeit und öffentliche Aktionen informieren und  
676 ansprechen, kann dabei im weiteren Sinn als Netzwerk und BündnispartnerIn  
677 angesehen werden.

678

## 679 **Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!**

680

681 Das Streben nach einem friedlichen Ausgleich und solidarischem Miteinander sowie die  
682 praktische Verwirklichung der Menschenrechte weltweit sind unter dem Schlagwort  
683 „Internationale Solidarität“ Kernstück unseres Selbstverständnisses und konkrete  
684 PartnerInnenschaften sind praktischer Ausdruck dieses Anspruchs.

685

686 Im Rahmen der „International Union of Youth“ (IUSY) kämpfen junge SozialistInnen  
687 seit 100 Jahren gemeinsam gegen alle Formen der Ausbeutung und Diskriminierung, in  
688 ihren Ländern wie in den internationalen Beziehungen. Im kommenden Jahr wollen  
689 wir das Jubiläum dieses Zusammenschlusses sowohl bei uns in Rheinland-Pfalz in einer  
690 Tagesveranstaltung, wie auch in Berlin zusammen mit GenossInnen aus aller Welt  
691 feiern.

692

693 Im vergangenen Sommer fand die lange vorbereitete Fahrt nach St. Petersburg mit  
694 einer Delegation von zehn GenossInnen statt. Wir hatten einen interessanten  
695 Austausch mit der Sozialdemokratischen Jugend dort und haben eine langfristige  
696 Partnerschaft im „Manifest of Partnership“ vereinbart. Eine für alle Interessierten  
697 offene Arbeitsgruppe wird die Fortsetzung des Projektes und kontinuierliche Kontakte

698 sicherstellen. Dabei wollen wir vor allem die inhaltliche Zusammenarbeit in den  
699 Bereichen Rechtsextremismus, Menschenrechte und Zivilgesellschaft sowie  
700 Internationale Beziehungen in den Vordergrund stellen.

701  
702 Das Willy Brand Zentrum in Jerusalem ist ein vorbildliches Projekt der internationalen  
703 Zusammenarbeit im Rahmen der IUSY. Der Nahostkonflikt ist ohne Frage eine der  
704 interessantesten und wichtigsten internationalen Fragen. Unserer Überzeugung  
705 zufolge ist er nur durch Graswurzelarbeit von der Basis nachhaltig beizulegen. Das  
706 trilaterale Projekt mit Israelis, PalästinenserInnen und Jusos bietet einen einmaligen  
707 Rahmen etwas, dazu beizutragen. Wir werden im Frühjahr 2007 eine Delegation nach  
708 Tel Aviv und Jerusalem senden, gemeinsam mit den dortigen GenossInnen an der  
709 Fortentwicklung dieses Projekts arbeiten und uns über unsere politische Arbeit  
710 austauschen. Ein Planspiel zum Thema Nahost soll dazu beitragen, dass der Konflikt in  
711 unserem Verband diskutiert wird und wir eigene Vorstellungen einer Lösung dieses  
712 Konfliktes gewinnen.

713  
714 **Innerparteiliche Bündnisse**  
715 Innerparteiliche Bündnisse sind wichtig, um MitstreiterInnen für unsere Positionen zu  
716 gewinnen. Neben den fest integrierten Bündnissen zu den Juso-SchülerInnen, den  
717 Juso-Hochschulgruppen und der Junior-SGK wollen wir der Kooperation mit den  
718 verschiedenen Arbeitsgemeinschaften der Partei größeren Raum widmen. Dazu  
719 gehören gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen aller Arbeitsgemeinschaften  
720 genauso wie gemeinsame Vorstandssitzungen und der Austausch und die gemeinsame  
721 Positionierung mit einzelnen Arbeitsgemeinschaften je nach Thema und inhaltlicher  
722 Überschneidung. In der Vergangenheit ist die Kooperation mit der AG60 plus ein  
723 wichtiger Baustein unserer Bündnisarbeit gewesen. Daran wollen wir festhalten.

724 Neben diesen eher strukturell orientierten Bündnissen wollen wir auch versuchen,  
725 MitstreiterInnen der Partei für unsere Positionen zu gewinnen, die keiner speziellen  
726 Organisationsform angehören. Dazu zählen Aktive aus den Ortsvereinen ebenso wie  
727 Unterbezirksvorsitzende, soweit wir für gemeinsame inhaltliche Überzeugungen  
728 kämpfen.

729  
730 **NDC**  
731 Netzwerkarbeit bedeutet für uns Jusos in RLP vor allem auch den Kampf gegen  
732 Rechtsextremismus gemeinsam mit unseren KooperationspartnerInnen im NDC  
733 voranzubringen. Im Vordergrund steht dabei allerdings, wie der Name des Netzwerkes  
734 schon sagt, der Einsatz für Demokratie und Zivilcourage, den wir auch weiterhin im  
735 nächsten Jahr durch ein von uns entsandtes Mitglied im TrägerInnenvorstandes des  
736 NDC fördern möchten.

737 Hatten wir im letzten Jahr Vorstandsarbeit versucht, zunächst einen regen  
738 Informationsfluss zu institutionalisieren, wird es im nächsten Vorstandsjahr unter  
739 anderem darum gehen, unsere Rolle als TrägerIn weitergehender zu interpretieren.  
740 Dabei geht es darum, wie wir es über den Informationsfluss und Austausch hinaus  
741 schaffen, uns stärker für die Interessen des NDC auf landespolitischer Ebene

742 einzusetzen und auf der anderen Seite aber auch Angebote des NDC für unseren  
743 Verband nutzen können.

744 Viele Jusos sind bereits ausgebildete TeamerInnen und ehrenamtlich für das NDC an  
745 Schulen tätig. Hier wird der zukünftige Landesvorstand weiterhin für das Netzwerk  
746 werben. Der zukünftige Landesvorstand wird sich vor allem in Fragen einer  
747 langfristigen Finanzierungslösung, aber auch insgesamt für politische Jugendarbeit  
748 stark machen. Eine langfristige Finanzierung von Projekten gegen Rechtsextremismus  
749 ist letztlich für eine kontinuierliche Arbeit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit,  
750 Vorurteile und Diskriminierung unabdingbar.

751

### 752 **rlp - raising left Project - Die Jugendlinke**

753 Seit einigen Jahren bemühen sich die Jusos um verstärkte Kooperationen mit linken  
754 Jugendverbänden. Nachdem 2002 erste Treffen stattfanden, wurde 2004 der  
755 Grundstein für ein langfristiges Bündnis gelegt. Im Oktober gründeten Jusos, Falken,  
756 DGB-Jugend, Grüne Jugend und JungdemokratInnen/ Junge Linke offiziell das raising  
757 left project-die Jugendlinke (rlp).

758 Auch in diesem Jahr fanden mehrere Treffen statt und die Naturfreundejugend kam  
759 als weitere Kooperationspartnerin hinzu. Einen Höhepunkt bildete der Aktionstag  
760 gegen Rechts, bei dem erstmals lokale Bündnisse an Ort und Stelle geschlossen  
761 wurden.

762 Für die Zukunft sind drei Aktionstage pro Jahr geplant, die jeweils dezentral durch die  
763 Juso-UBe und die lokalen Strukturen der KooperationspartnerInnen durchgeführt  
764 werden sollen. Folgende Veranstaltungen sind bereits in Planung:

765 Am 8. März ein Aktionstag zum Weltfrauentag, am letzten Schultag vor den  
766 Sommerferien der Aktionstag gegen Rechts und Anfang Oktober (zur Veröffentlichung  
767 der Zahlen des letzten Ausbildungsjahres) ein Aktionstag zur  
768 Ausbildungsplatzsituation. Darüber hinaus werden sich die Delegierten der Verbände  
769 auf Landesebene regelmäßig treffen und auf einer Klausurtagung ein Arbeitsprogramm  
770 entwickeln. Auf der Seite [www.jugendlinke.de](http://www.jugendlinke.de) wird über die Aktionstage berichtet  
771 und gemeinsame Positionen veröffentlicht.

772

### 773 **Gewerkschaften**

774 Über das NDC und das raising left project ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit  
775 der DGB-Jugend entstanden. Als Dachverband spielt die DGB-Jugend eine wesentliche  
776 Rolle, kann aber nicht den direkten Kontakt zwischen Jusos und  
777 Einzelgewerkschaftsjugenden ersetzen. Deshalb ist unser langfristiges Ziel, diese in  
778 rlp-die Jugendlinke einzubinden.

779 Um die Kommunikation mit den Einzelgewerkschaften zu erhöhen, sollen  
780 GenossInnen, die Mitglieder und/ oder FunktionärInnen in den Einzelgewerkschaften  
781 sind, möglichst deren Positionen in den Verband hineinragen und an Ort und Stelle  
782 Kooperationen fördern. Auf Landesebene werden regelmäßige Treffen mit der DGB-  
783 Jugend stattfinden und GenossInnen soweit möglich an den öffentlichen Teilen der  
784 Landesjugendausschüsse der Einzelgewerkschaften teilnehmen. Ziel ist, einen  
785 Verteiler von GewerkschaftsfunktionärInnen und -ehrenamtlichen sowie Jusos

786 (teilweise in Doppelfunktion) aufzubauen, um sich abzustimmen sowie um  
787 gemeinsame Pressemitteilungen herauszugeben und Aktionen zu planen.

788

#### 789 NGOs

790 Wir brauchen eine bessere Vernetzung mit uns politische nahestehenden  
791 zivilgesellschaftlichen Akteuren. Politische Veränderungen werden nicht nur in  
792 Institutionen, sondern vor allem in der engagierten Öffentlichkeit gemacht. Wir  
793 können von der Zusammenarbeit mit NGOs („Nongovernmental Organisations“, zum  
794 Beispiel Amnesty international, Greenpeace, aber auch klassisch die Gewerkschaften  
795 als auch ganz kleine, lokale Projekte wie zum Beispiel Agenda 21-Projekte, Umwelt-,  
796 Antifa- und Friedensgruppen) in vielfältiger Weise profitieren. Einerseits kann man  
797 zusammen für gemeinsame Anliegen mobilisieren, andererseits viel voneinander  
798 lernen, was Methoden angeht, aber auch inhaltlich. Die meist stark spezialisierten  
799 NGOs können uns wertvolle Informationen und Argumente in der politischen  
800 Auseinandersetzung liefern. Hier wollen wir themen- und veranstaltungsspezifisch  
801 engere Kontakte knüpfen und eine punktuelle gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit  
802 anstreben. Zum Austausch kann auch eine regelmäßige Teilnahme an den Foren von  
803 Pro Asyl im Rahmen des Themas Migration gehören.

804

#### 805 Öffentlichkeit

806 **Ausgangslage:** Uns und unsere Inhalte in den Medien zu platzieren ist eine  
807 Herausforderung. Der Grund: Wir sind ein Jugendverband unter vielen und offenbar  
808 **momentan wenig attraktiv für die Medien.** Auf diese Ausgangslage müssen wir bei  
809 der Konzeption unserer Öffentlichkeitsarbeit achten: Generell müssen wir mit  
810 verschiedenen Instrumenten das Interesse der Medien für uns wecken. Das schaffen  
811 wir nur, wenn wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf wenige „Highlights“  
812 unserer Arbeit lenken können. Sonst gehen wir - wie bisher meist - im so genannten  
813 großen „Medienrauschen“ schlicht unter.

814 Konkret heißt das zum einen: **Weniger ist mehr.** Zu viele unkoordinierte  
815 Veröffentlichungen verwirren, verpuffen und lenken von dem ab, was wir prioritär  
816 nach außen tragen wollen. Viele Pressemitteilungen zu den verschiedensten bundes-  
817 und landespolitischen Themen zu schreiben ist daher eher kontraproduktiv.

818 Stattdessen kommt es darauf an, **wenige Themen auszuwählen**, die im kommenden  
819 Jahr von uns „besetzt“ werden sollen. Dieses „Besetzen“ kann auf verschiedene Weise  
820 geschehen, wobei wir darauf achten müssen, die so genannten **Nachrichtenwerte** wie  
821 Aktualität, Relevanz und Personalisierung zu **bedienen**, nach denen die Medien  
822 Inhalte bewerten: Deshalb ist es wichtig, künftig die **Vermittlung inhaltlicher**  
823 **Positionen mit Aktionen zu verbinden.** Dazu jemand **Prominentes** einladen (zum  
824 Beispiel die/ den örtliche/n MdL oder MdB) und die örtliche Presse dazubitten. Auch  
825 Veranstaltungen und/oder Pressemitteilungen können **gemeinsam mit**  
826 **BündnispartnerInnen und Arbeitsgemeinschaften** publik gemacht werden. Zum  
827 Beispiel könnte man die Ergebnisse eines Kommissionswochenendes zumindest in die  
828 örtliche Presse bringen, indem uns z.B. auch die/ der örtliche MdB oder MdL besucht  
829 und wir dann gemeinsam eine Pressemitteilung herausgeben.

830 Wann wir welche Themen wie platzieren, müssen wir künftig schon weit im Voraus  
831 planen, denn: Nicht wir können die **Medienagenda** bestimmen, sondern wir müssen  
832 uns dranhängen und auf den Punkt mit attraktiven Angeboten an die Medien unsere  
833 Arbeit publizieren. Dazu ist es wichtig, die Tagesordnungen von Landtag und  
834 Bundestag und andere Anlässe im Blick zu halten, um dann zum richtigen Zeitpunkt an  
835 die Öffentlichkeit gehen zu können. Zu Beginn der Amtszeit sollte daher eine  
836 detaillierte Planung der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

837 Um es den Medien so einfach wie möglich zu machen, wäre es sinnvoll, einen  
838 **Pressebereich auf unserer Homepage** einzurichten, in dem gebündelt alle wichtigen  
839 Informationen für die Medien verfügbar sind. Dazu zählen Informationen über unseren  
840 Verband, Kontaktmöglichkeiten, AnsprechpartnerInnen, Profile des Vorstands,  
841 ausgewählte Artikel und Themen und gegebenenfalls ein Veranstaltungskalender.

842 Außerdem sollten wir **überlegen, welche Aspekte unserer Arbeit interessant sein**  
843 **könnten**: Das könnte zum Beispiel ein Hintergrundartikel oder eine Reportage zum  
844 Thema „Junge Leute engagieren sich politisch“ (mit aktuellem „Aufhänger“) sein.  
845 Auch die Initiierung einer innerparteilichen Diskussion zusammen mit anderen AGen,  
846 die wir publik machen, könnte für die Medien interessant sein.

847 **Expertinnen und Experten für relevante politische Themen** - daran haben Medien  
848 Interesse. Das heißt für uns: Wir müssen einen kleinen Pool von Leuten aufbauen, die  
849 ExpertInnen für ein bestimmtes Thema sind und die immer dann genannt werden und  
850 in Erscheinung treten, wenn es um dieses Thema geht. Dies kann man verknüpfen mit  
851 gut recherchierten Artikeln, möglichst mit Neuigkeitswert und alternativer  
852 Sichtweise.

853 Wünschenswert wäre es weiterhin, wenn vom Landesverband eine Person die  
854 **Kontaktpflege zu den Medien** und zu einzelnen RedakteurInnen übernehmen könnte,  
855 denn nur über längerfristige persönliche Kontakte kann unsere Öffentlichkeitsarbeit  
856 erfolgreich sein. Um zu überprüfen, ob sich diese Erfolge einstellen, müssen wir Wege  
857 finden, wie wir eine **Medienbeobachtung** organisieren können, um zu erfahren, wenn  
858 über uns berichtet wird.

859 **LeserInnenbriefe** sind ein Alternative, um in den Medien präsent zu sein. Diese  
860 könnten mit Hilfe der Musterpressemitteilungen für die Unterbezirke angeregt  
861 werden.

862 Generell gilt: Aus all diesen Möglichkeiten müssen wir die für uns wichtigsten  
863 Instrumente auswählen, denn wir haben nicht die personellen Kapazitäten, um das  
864 alles umzusetzen.

865  
866 *Die obigen Vorhaben beschreiben die Arbeit im nächsten Jahr. Dabei sind sie für uns*  
867 *nicht ein Maximalprogramm, sondern dass, was der Landesverband und der*  
868 *Landesvorstand im nächsten Jahr leisten will. Für weitere Initiativen, Anregungen*  
869 *etc. sind wir immer dankbar und werden sie wenn möglich auch aufgreifen.*

870

871 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

1  
2  
3 **Unsere neue Schule“: Bildung individuell, frühzeitig,**  
4 **selbstbestimmt, gemeinsam, gebührenfrei**  
5

6 Die Landeskonzferenz möge beschließen:  
7

8 Mit diesem Antrag wollen wir die **Vision eines idealen Bildungssystems** formulieren,  
9 wie wir es uns vorstellen. Wir denken das **Bildungswesen als zusammenhängendes**  
10 **System**, was in der öffentlichen Diskussion nur selten geschieht. Dabei konzentrieren  
11 wir uns auf den Bereich von der frühkindlichen Bildung bis zum Übergang zur  
12 Hochschule. Wir gehen aus von einem **emanzipatorischen ganzheitlichen**  
13 **Bildungsbegriff**. Bildung ist demnach als Wert an sich zu begreifen, als die  
14 Voraussetzung für Selbstreflexion, für das kritische Hinterfragen der herrschenden  
15 Verhältnisse und für die Verwirklichung individueller Bedürfnisse. Zugleich ist Bildung  
16 Voraussetzung für das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt.  
17

18 **Grundsätze**

19 Im Mittelpunkt unseres Bildungssystems steht die **individuelle Förderung** des Kindes,  
20 die das dreigliedrige Schulsystem nicht leisten kann. Die Talente und Interessen der/s  
21 Einzelnen müssen so früh wie möglich entdeckt, aktiviert und gefördert werden. So  
22 können die Kinder ihre Fähigkeiten entfalten - die entscheidende Voraussetzung, um  
23 später ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben führen zu können.

24 **Bildung muss von Anfang an stattfinden**: Sobald das Kind eine Bildungs- und  
25 Betreuungseinrichtung besucht, muss die individuelle Förderung einsetzen. Das Ziel  
26 ist, die frühen Lernpotentiale des Kindes zu nutzen und wirkliche Chancengleichheit  
27 am Beginn der Schullaufbahn und dauerhaft sicherzustellen. Nur so kann die  
28 herrschende **soziale Selektion** im Bildungssystem überwunden werden.  
29 Lebenschancen dürfen nicht mehr von der finanziellen Situation der Eltern abhängen.  
30 Deshalb muss es einen gesetzlichen Anspruch auf eine **gebührenfreie**  
31 **Ganztagsbetreuung und -bildung ab der neunten Lebenswoche** geben. Das  
32 ermöglicht es zudem den Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren, und es schafft  
33 zeitliche Freiräume für Entspannung und Freizeit.

34 Das Prinzip **„Alle lernen unter einem Dach“** soll gelten: Um soziale Kompetenzen zu  
35 fördern und die einzelnen Bildungseinrichtungen best möglich miteinander zu  
36 verzahnen, sollten von der Kinderkrippe an alle Einrichtungen an einem Ort  
37 angesiedelt sein. Dabei muss gleichzeitig gewährleistet sein, dass allen Kinder solche  
38 Bildungszentren **wohnortnah** zur Verfügung stehen.

39 Durch individuelle und möglichst frühe Bildung und Betreuung, gezielte  
40 Sprachförderung sowohl der deutschen als auch der jeweiligen anderen Muttersprache  
41 und viele andere Instrumente werden **Kinder mit Migrationshintergrund** intensiv  
42 gefördert.  
43

44

45

## 46 **Struktur**

47 Das ideale Bildungssystem gliedert sich in **drei Phasen: die frühkindliche Erziehung,**  
48 **die Schulbildung und die Berufsbildung** (siehe Tabelle im Anhang). Ab der neunten  
49 Lebenswoche gibt es ein gebührenfreies Betreuungsangebot für alle Kinder. Für alle  
50 Kinder besteht ab dem vollendeten dritten Lebensjahr die Verpflichtung zum  
51 halbtäglichen Besuch eines Kindergartens, um sprachliche Defizite zu beheben, sowie  
52 die Prägung durch das Elternhaus durch andere soziale Erfahrungen zu ergänzen.  
53 Darüber hinaus ist der Gesetzgeber angehalten sicherzustellen, dass ein mindestens  
54 10-stündiges Ganztagsangebot in den Kindergärten vorgehalten wird und ausreichend  
55 SozialpädagogInnen zur Unterstützung der Erziehungsarbeit zur Verfügung stehen. Das  
56 Ziel: Wirkliche Chancengleichheit beim Start in die Schule, die höher wiegt als der  
57 Eingriff in die Erziehungsfreiheit der Eltern, der bei der Schulpflicht kaum in Frage  
58 gestellt wird. Der Kindergarten soll auf die Schule vorbereiten, beispielsweise durch  
59 eine Kooperation mit Gemeinschaftsschulen. Deshalb soll die Erzieher/-  
60 innenausbildung im beruflichen Bildungssystem gleichwertig als Fachhochschulstudium  
61 anerkannt werden.

62 Die **verpflichtende Ganztags- und Gemeinschaftsschule** reicht von der ersten bis zur  
63 zehnten Klasse, damit alle SchülerInnen gleich gut gefördert werden. Das  
64 **Einschulungsalter** liegt bei sechs Jahren, in seltenen Ausnahmefällen auch darüber  
65 oder ein Jahr darunter, je nach Entwicklungsstand des Kindes. Am Ende steht der  
66 **Gemeinschaftsschulabschluss**, der für eine **Berufsausbildung** qualifiziert. Diese  
67 dauert drei Jahre und muss im dualen System absolviert werden. Die  
68 Fachhochschulreife bzw. die fachgebundene Hochschulreife kann durch Belegen von  
69 Zusatzkursen während der Berufsausbildung oder in einer einjährigen Vollzeitform  
70 erreicht werden. Wer die Fachhochschulreife bzw. die fachgebundene Hochschulreife  
71 besitzt und einen einjährigen studienvorbereitenden Kurs besucht, erlangt die  
72 allgemeine Hochschulreife. Diese Hochschulzugangsberechtigung erwerben auch  
73 Jugendliche, die zwei Jahre länger die Gemeinschaftsschule erfolgreich besuchen.  
74 **Geistig beeinträchtigte Kinder** werden in speziellen Förderklassen unterrichtet, wenn  
75 sie in den „Regelklassen“ nicht gefördert werden können.

76

## 77 **Inhalte**

78 Ziel ist es, dass die Kinder ein **breites Basiswissen und grundlegende soziale**  
79 **Kompetenzen, Inhalte, Fertigkeiten und Schlüsselqualifikationen** erlangen. Im  
80 Kindergarten sollen sozialer Umgang, Sprachförderung inklusive der Muttersprache,  
81 mathematische und naturwissenschaftliche Grundlagen und ästhetische Erziehung  
82 spielerisch erlernt werden.

83 Neben **Deutsch, Mathematik und Sport**, die durchgängig unterrichtet werden, kann  
84 man jederzeit **Kunst, Musik und Darstellendes Spiel** wählen. Von der ersten bis zur  
85 sechsten Klasse wird **Sachkunde** erteilt. Ab der 7. Klasse werden die Themenbereiche  
86 **Erdkunde, Geschichte, Gesellschaftkunde** im gemeinschaftskundlichen Bereich und  
87 **Physik, Chemie und Biologie** im naturwissenschaftlichen Bereich unterrichtet. Der



88 **Unterricht weiterer Sprachen** beginnt in der 3. Klasse, eine weitere Sprache setzt in  
89 der 5. Klasse ein. Bis zum Ende der 10. Klassen sind **mindestens zwei moderne**  
90 **weitere Sprachen** zu erlernen. Der Themenbereich Religion und Ethik beginnt in der  
91 ersten Klasse. Hierbei können die Eltern (bis Klasse 6) bzw. die SchülerInnen (ab  
92 Klasse 7) zwischen der Vermittlung von Themen entweder spezifischer Religionen und  
93 Konfessionen (z.B. evangelische, jüdische, katholische und muslimische Religion) oder  
94 ab der 1. Klasse Religionen/Kulturen/Werte (RKW) und ab der 7. Klasse Ethik/soziale  
95 Kompetenzen/Philosophie wählen. Durchgängig werden **Computerkenntnisse**  
96 vermittelt, ab der 9. Klasse wird fakultativ das Fach **Informatik** angeboten. Andere  
97 **Arbeitstechniken** wie Teamarbeit, Selbstorganisation und Medienkompetenz werden  
98 integriert vermittelt. Außerdem gibt es ein breites Angebot an zusätzlichen **Kursen**  
99 **und Arbeitsgemeinschaften** wie beispielsweise Theater, Literatur, weitere Sprachen  
100 wie Türkisch, Spanisch, Italienisch und andere aber auch Kochen und Heimwerken, um  
101 die über den Unterrichtsstoff hinausgehenden Interessen und Talente zu fördern.

102  
103 **Pädagogik**  
104 Zusätzlich zu den bisherigen Schulnoten werden schriftliche Beurteilungen verfasst,  
105 die Verhalten und Leistungsentwicklung der SchülerInnen angemessen widerspiegeln.  
106 Jeweils zum Halbjahr erhalten die SchülerInnen einen **Bericht** über ihre Leistungen,  
107 über ihren Leistungsstand, ihre Entwicklungsziele mit gezielten Fördermaßnahmen,  
108 der gemeinsam mit dem LehrerInnenteam und den Eltern besprochen wird. Das  
109 **Sitzenbleiben** wird abgeschafft. Die freiwillige Wiederholung einer Klassenstufe bleibt  
110 aber weiterhin möglich. Für den Gemeinschaftsschulabschluss nach der 10. bzw. 12.  
111 Klasse müssen die SchülerInnen die geforderten Kompetenzen und Fertigkeiten erlernt  
112 haben, die in den **Abschlussbeurteilungen** detailliert aufzuführen sind. Für junge  
113 Menschen, deren Defizite so groß sind, dass sie im schulischen Rahmen nicht behoben  
114 werden können, wird **gebührenfreier Förderunterricht** angeboten.

115 Die Lerninhalte werden als **Module** konzipiert. Für jedes Fach gibt es ein **Basismodul**,  
116 das für alle SchülerInnen verpflichtend ist, und ein **Leistungs-** (zur Vertiefung) und ein  
117 **Fördermodul** (zur Förderung). Aus diesen beiden Modulen wählt die/der SchülerIn ein  
118 Modul aus, je nach Leistungsstand und Interesse. Innerhalb der Module hat die  
119 Lehrperson Auswahl- und Ergänzungsmöglichkeiten, um eigene Impulse in den  
120 Unterricht einbringen zu können. **Zusatzqualifikationen** wie Rhetorik oder den  
121 Umgang mit Medien erlernen die jungen Menschen im Rahmen des Basismoduls. Die  
122 Vorteile des Modulkonzepts: Die SchülerInnen können ihre Talente und Neigungen  
123 durch mehr Wahlmöglichkeiten entwickeln. Fächerübergreifender und  
124 praxisorientierter Unterricht ist möglich. Thematische Zusammenhänge können  
125 erarbeitet und mit methodischen Kompetenzen kombiniert werden.

126  
127 Eine **Schule zum Wohlfühlen**, in der sich die SchülerInnen **selbst verwirklichen**  
128 können, **selbst Verantwortung für ihre eigenen Lernprozesse** übernehmen und dabei  
129 **von den LehrerInnen best möglich gefördert** werden - das muss Pädagogik leisten.  
130 Die Instrumente, um dies zu erreichen: Die **Klassengröße** beträgt 15 bis 20  
131 SchülerInnen, wodurch eine effektive Förderung erst möglich wird. SchülerInnen, die

132 schneller lernen, helfen ihren schwächeren MitschülerInnen, wovon beide profitieren.  
133 Die zusätzliche Zeit am Nachmittag wird für **innovative pädagogische Konzepte im**  
134 **gesamten Unterricht**, mehr Freiraum für die SchülerInnen bei der Auswahl der  
135 Lerninhalte und Methoden und ein vielfältiges Angebot an zusätzlichen Kursen und  
136 Arbeitsgemeinschaften genutzt, an dem sich örtliche Vereine sozialpädagogisch  
137 begleitet beteiligen. Eine Mischung verschiedenster Methoden und Themen  
138 gewährleistet unter anderem ein geschlechtergerechtes Lernen. Der starre 45-  
139 Minuten-Takt wird durch eine **flexible Zeiteinteilung** ersetzt, um thematische  
140 Zusammenhänge vermitteln zu können und Raum für selbstständiges Arbeiten zu  
141 geben. In einer solchen Rhythmisierung wechseln sich Phasen der kognitiven Arbeit  
142 mit Phasen kreativen Schaffens ab.

143 **Fächerübergreifend und praxisnah** ist der Unterricht zu gestalten. Das bedeutet,  
144 dass die LehrerInnen immer, wenn es möglich ist, die Lehrinhalte mit der **Lebenswelt**  
145 **der SchülerInnen** verbinden, um einen höheren Lernerfolg zu erreichen.  
146 Geschlechtergerechtigkeit spielt hierbei als Querschnittsthema eine wichtige Rolle.  
147 Dies kann unter anderem durch Exkursionen, andere außerschulische Aktivitäten und  
148 den Einsatz verschiedener Methoden und Medien erreicht werden. Dabei sollen die  
149 SchülerInnen zugleich dazu befähigt werden, **Medien** effizient zu nutzen und damit  
150 kritisch umzugehen. Berufspraktika, ein verpflichtendes betreutes Praktikum im  
151 sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich und eine Kooperation mit speziell  
152 geschulten Mitarbeitern der Arbeitsagentur sollen frühzeitig und nachhaltig **auf den**  
153 **Beruf vorbereiten** und soziale Kompetenzen vermitteln.

154 Damit all diese Instrumente wirken, müssen die **SchülerInnen weit reichende**  
155 **Mitbestimmungsrechte** erhalten. Mittels Fragebögen und im gemeinsamen Gespräch  
156 mit den LehrerInnen bewerten die SchülerInnen den Unterricht und gestalten ihn so  
157 aktiv mit. Mit einer gemeinsam erarbeiteten **Schulverfassung und Klassenregeln** wird  
158 erreicht, dass sich die SchülerInnen mit ihrer Schule identifizieren. Auf Klassenebene  
159 hat ein paritätisch mit SchülerInnen, SozialpädagogInnen/SozialarbeiterInnen und  
160 LehrerInnen besetzter **Klassenrat** umfassende Entscheidungskompetenzen. Ein  
161 **Schulrat**, in dem eine paritätische Besetzung zwischen SchülerInnen und  
162 pädagogischem Fachpersonal (LehrerInnen und  
163 SozialpädagogInnen/SozialarbeiterInnen), die alle gleichberechtigt agieren, bei  
164 beratendem Einbezug der Eltern herrscht, ist das entsprechende Gremium auf  
165 Schulebene, das über Budgets, Einstellung und Versetzung von LehrerInnen und  
166 Lerninhalte entscheidet.

167 **LehrerInnen** unterstützen sich gegenseitig in **Jahrgangsteams**, beispielsweise indem  
168 sie gemeinsam Materialien erarbeiten, sich Ratschläge geben und gemeinsame  
169 Aktivitäten planen. Diese Teams begleiten eine Klassenstufe zwischen drei und sechs  
170 Jahre lang. **Je eine Lehrerin und ein Lehrer** sollen immer zeitgleich eine Klasse  
171 unterrichten, um eine individuelle Förderung sicherzustellen. Um die LehrerInnen zu  
172 diesem anspruchsvollen Unterricht zu befähigen, finden **regelmäßig verpflichtende**  
173 **Fortbildungen** statt.

174 Wir fordern, die Zahl der **SozialpädagogInnen/SozialarbeiterInnen** an Schulen zu  
175 erhöhen. Schulsozialarbeit wird zunehmend wichtiger, weil gesellschaftliche

176 Veränderungsprozesse und ihr Niederschlag in der Lebenssituation der Kinder und  
177 Jugendlichen eine immer größere Rolle spielen.  
178 SozialpädagogInnen/SozialarbeiterInnen haben die Aufgabe, die schulische  
179 Sozialisation und die Stabilisierung der Schullaufbahn zu unterstützen, die  
180 Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und den Übergang von der Schule in den Beruf  
181 zu begleiten. Außerdem werden sie den im Wandel begriffenen familiären Alltag  
182 unterstützen, Methoden und Didaktiken für schwache SchülerInnen gezielt während  
183 des Unterrichts einbringen und die SchülerInnenkompetenzen verstärken.

184

#### 185 **Fazit**

186 Dieses Modell eines idealen Bildungssystems erfordert die **Aufwendung erheblicher**  
187 **finanzieller Mittel**: Mehr Personal, eine bessere Ausbildung der LehrerInnen, bauliche  
188 Maßnahmen und eine bessere Ausstattung machen Umschichtungen in den  
189 öffentlichen Haushalten zu Gunsten der Bildung unumgänglich. Die **Schulstruktur**  
190 **muss erheblich verändert** werden: von einer Grundschule, gefolgt von einem  
191 dreigliedrigen Schulsystem hin zu einer Gemeinschaftsschule von der ersten bis zur  
192 zehnten beziehungsweise zwölften Klasse. **Vor allem aber muss sich in den Köpfen**  
193 **aller Beteiligten etwas ändern**: Bei den LehrerInnen, deren Ausbildung so  
194 umgestaltet werden muss, dass sie die neue Bildungsphilosophie umsetzen können,  
195 genauso bei den SchülerInnen, die die Chancen des selbstbestimmten Lernens nutzen  
196 müssen, und den Eltern, die dies unterstützend zu begleiten haben. Das erfordert den  
197 Abschied von althergebrachten Gewohnheiten, viel Aufwand und Kraft und nicht  
198 zuletzt Mut, Neues zu wagen. **Es würde sich lohnen.**

199

200 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

	<b>Bildungsform</b>	<b>Alter</b>	<b>Laufzeit</b>	<b>Bemerkungen</b>
Frühkindliche Bildung	Kinderhort	Ab der 9. Woche		freiwillig ausreichende Plätze, kostenfrei!
	Kindergarten / -tagesstätte	ab 24 Monate		Kostenfrei; KiGa muss auf Schule vorbereiten in Absprache mit den GS-LehrerInnen verpflichtend
Übergangsphase				Eltern müssen mit den Erziehern regelmäßig Kontakt halten und 1/2 Jahr vor einer möglichen Einschulung ein Beratungsgespräch führen, das den Eltern hilft zu entscheiden, ob das Kind schultauglich ist oder nicht. verpflichtend
Weiterführende Bildung	Gemeinschaftsschule	5 - 6+ Jahre	10 Jahre	Ganztags; Körperlich benachteiligte Kinder werden, wenn möglich, in Regelklassen integriert. verpflichtend
	Abschluss I	15/16 Jahre		Förderklassen für Kinder mit speziellen pädagogischen Herausforderungen verpflichtend
	Abschluss II (Abitur)	17/18 Jahre		wahlweise weiterhin eingerichtet. Wird in eigenen Räumlichkeiten in Gemeinschaftsschule integriert.
Alternativ	Förderschule			Nach Abschluss Fachabitur, nach einjährigem Studienvorbereitungskurs Allgemeine Hochschulreife
	Berufsschule		2-3 Jahre	wahlweise
	Hochschule			Zulassung mit Abitur; bei Fachabitur nur im verwandten Fach freiwillig

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42

AdressatInnen: Landesregierung, Bildungsministerium Rheinland-Pfalz, SPD  
Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, Bundesregierung, Sabine Bätzing, SPD-  
Landesgruppe RLP

## **Rauchverbot an Schulen und Kindergärten**

**Die Landeskonzferenz möge beschließen:**

Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern die Landesregierung auf, durch gesetzliche Regelungen sicherzustellen, dass alle Schulen und Kindergärten in Rheinland-Pfalz rauchfrei sind. Wir Jusos fordern, das Rauchen an Schulen und Kindergärten ohne Ausnahme für SchülerInnen, LehrerInnen und ErzieherInnen zu verbieten, das heißt, dass unabhängig von der Sekundarstufe II in Schulen nicht geraucht werden darf. Gleichzeitig sind die Präventionsmaßnahmen auszuweiten und zu intensivieren, denn ein Verbot allein kann das Problem nicht lösen. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Kneipen, Restaurants, etc., und in Gegenwart von Kindern einzuführen.

### **Begründung:**

Folgende Argumente bezüglich der gesundheitlichen Belastung sprechen für ein Rauchverbot: Der Zigarettenkonsum stellt das bedeutendste einzelne Gesundheitsrisiko und die führende Ursache frühzeitiger Sterblichkeit dar. Zigaretten sind die einzigen frei verfügbaren Handelsprodukte, die bei einem Großteil derer, die sie bestimmungsgemäß verwenden, zu Abhängigkeit, schwerwiegenden Gesundheitsschäden und vorzeitigem Tod führen. Dies unterscheidet sie grundsätzlich von anderen Produkten, die durchaus auch Schaden anrichten können, wie beispielsweise Alkohol oder auch von Medikamenten.

Je früher Menschen mit dem Rauchen beginnen, umso ungünstiger ist deren Prognose hinsichtlich abhängigen Verhaltens und schwerwiegender körperlicher Folgeerkrankungen.

An den Schulen lernen Jugendliche von Jugendlichen und LehrerInnen das Rauchen. Rauchende LehrerInnen oder ErzieherInnen können zudem für ihre Schützlinge als falsche Vorbilder wirken. Kinder mit rauchenden Bezugspersonen in ihrer Umwelt haben ein signifikant höheres Risiko, später einmal selbst zu rauchen, als Kinder mit rauchfreier Umwelt.

Unstrittig ist, dass Rauchen die Gesundheit sowohl von Rauchern als auch von Nichtrauchern schädigt. In Deutschland ist es bisher nicht nachweisbar gelungen, mit aufklärerischen Mitteln den Konsum nachhaltig zu verringern.

In rheinland-pfälzischen Schulen ist deshalb das Rauchen für Schülerinnen und Schüler nach § 80 der ‚Übergreifenden Schulordnung‘ verboten“. Ausnahmen sind in der

43 Sekundarstufe II möglich. Aber: Für Lehrkräfte und ErzieherInnen gilt dieses  
44 Rauchverbot nicht.

45  
46 Diese Regelungen gehen nicht weit genug.  
47 Dies ist aus dem pädagogischen Auftrag der Schule ableitbar: Mit der Schulpflicht  
48 übernimmt der Staat die gesundheitliche Verantwortung in Schulen.

49  
50 Sogar Tabakkonzerne plädieren für ein Rauchverbot an Schulen. Mark Cobben, der  
51 Chef von British American Tobacco sagt beispielsweise: „Ich glaube, dass  
52 Rauchverbote, zum Beispiel in Krankenhäusern oder Schulen, sehr sinnvoll sein  
53 können. Dort hält man sich in der Regel nicht freiwillig auf. [...] Der bewusste  
54 Umgang mit Tabak sollte nur gut informierten Erwachsenen erlaubt sein. Deshalb  
55 sagen wir: Liebe Politiker, es ist an der Zeit, das Rauchen unter 18 gehört verboten.“

56  
57 Dem Einwand, dass ein Rauchverbot nichts nütze, weil sich die Raucherecken nach  
58 außerhalb der Schule verlagerten, kann wie folgt entgegnet werden:  
59 Umgehungsmöglichkeiten gibt es bei jeder Regelung; das lässt sich nicht vermeiden  
60 Das Ziel, die Schule zu einem rauchfreien Raum zu machen, lässt sich trotzdem  
61 erreichen. Wer sich freiwillig bei Regen oder Schnee vor die Tür stellt, zeigt damit  
62 zwar Durchhaltewillen, aber auch den anderen, wie stark seine Sucht ist und dass die  
63 Abhängigkeit beim Rauchen kein Märchen der Gesundheitsapostel ist.

## Bildungspolitische Leitlinien der Jusos Rheinland

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Für uns Jusos ist Bildung einer der wichtigsten Zukunftsfaktoren. Daher gilt es nach unserem Dafürhalten, diesem Bereich künftig größte Bedeutung beizumessen und entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten. Dabei geht es auch darum, alle Bereiche der Bildung aufzustocken, auszubauen und das Bildungsangebot zu erweitern, sowohl von den Bildungsinhalten als auch hinsichtlich der Adressaten von Bildung.

Wir sprechen uns grundsätzlich für die Beibehaltung der Landeshoheit im Bildungsbereich aus. Allerdings setzen wir uns für die Schaffung bundeseinheitlicher Mindeststandards ein um allen SchülerInnen ein hochwertiges Bildungsangebot zur Verfügung zu stellen und allen dieselben Bildungschancen zu eröffnen.

Durch alle Altersgruppen hindurch zieht sich die Notwendigkeit der Beschränkung der Klassen- und Gruppenmessenzahl. Um auch auf Problemfälle individuell und schnell reagieren zu können ist es sinnvoll, in Klassen oder Gruppen maximal 15-20 Personen aufzunehmen.

### Bildung von Anfang an - bereits ab den „Kinderschuh“

Unterstützung brauchen Eltern, insbesondere jüngere Eltern, bei der Kindererziehung und -pflege. Gerade bei vielen Jüngst-Eltern ist die Überforderung groß und ihnen muss geholfen werden. Dies kann beispielsweise in Form eines mobilen, aufsuchenden „Elterntrainings“ geschehen. Hierfür sind die in diesem Bereich bereits lange tätigen Familienberatungsstellen und -vereine, z.B. „Pro familia“, prädestiniert, diese freiwilligen Maßnahmen, unterstützt durch staatliche Förderung, anzubieten und durchzuführen.

Auch Integration beginnt bereits in frühen Jahren. Wichtig ist es selbstverständlich, auch insoweit die pädagogische Arbeit bereits in Kindergärten und -horten zu beginnen, dass dort die Qualität der deutschen Sprache gefördert wird. Daneben unterstützen wir, dass bereits Kleinkindern im Kindergarten oder -hort Fremdsprachen spielerisch beigebracht werden. Ebenso können bereits im Kindesalter Sprachfehler und -störungen erkannt und behoben werden. Zu all diesen Problemfeldern wären LogopädInnen die ideale Besetzung, weswegen wir uns für die Festanstellung einer solchen Kraft pro Einrichtung aussprechen.

Die räumliche, personelle und materielle Ausstattung von Kindergärten und Kindertagesstätten muss massiv verbessert werden. Insbesondere vor der neuen Aufgabe, auch Kinder ab dem 2. Lebensjahr aufnehmen zu müssen, ist es dringend

44 erforderlich, die personellen Ressourcen aufzustocken. Auch die räumlichen  
45 Erweiterungen, die nötig sind (z. B. Wickelräume, Ruhezone(n) usw.), müssen  
46 umgesetzt werden. Hierzu sind finanzielle Anstrengungen erforderlich.

47 Aber auch bereits für Kleinstkinder müssen Betreuungsangebote ausgebaut werden. Es  
48 soll eine Möglichkeit geschaffen werden bei jedem Einzelfall eine benötigte Betreuung  
49 anzubieten. Dies kann durch private zertifizierte Tagesbetreuung, Kindertagesstätten  
50 oder andere geeignete Angebote individuell geschehen. Vorhandene Strukturen, wie  
51 Kindertagesstätten sollten vorrangig genutzt werden. Die Finanzierung muss vom  
52 Staat übernommen werden.

53

54 Die Kindertagesstätten und Kindergärten sollen kostenfrei sein.

55

### 56 Allgemeinbildende Schulen

57 Das ursprünglich rheinland-pfälzische Ganztagschulsystem (ohne 12 Jahre zum  
58 Abitur!) ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir sehen den Erfolg dieses  
59 Konzeptes, welches von Eltern, SchülerInnen und Schulen gleichermaßen gerne  
60 angenommen wird. Allerdings darf man sich auf diesem Teilerfolg nicht ausruhen. Um  
61 sicherzustellen, dass alle Kinder und Jugendlichen den gleichen Grad an Bildung  
62 erhalten, sprechen wir uns dafür aus, die Ganztagschule für alle schulpflichtigen  
63 Kinder und Jugendlichen zur verpflichtenden Schulform zu erklären. Die  
64 Ganztagschule für die heimliche Einführung des Abiturs nach 12 Jahren zu  
65 missbrauchen, lehnen wir entschieden ab!

66

67 Wir fordern, dass alle Kinder sicher mit dem ÖPNV ihren Schulort erreichen.  
68 Besonders muss für die Grundschul Kinder zu ihrer eigenen Sicherheit gewährleistet  
69 sein, dass sie einen Sitzplatz im Schulbus erhalten. So lange die Schulgebäude, egal  
70 ob für Unterricht, Arbeitsgemeinschaften oder sonstige Aktivitäten, geöffnet sind,  
71 muss eine sichere Heimfahrt der Kinder gewährleistet sein.

72

73 Wir fordern Lernmittelfreiheit für alle SchülerInnen aller Schulen. Absprachen  
74 zwischen nahe liegenden Schulen bei der Wahl der Schulbücher wären  
75 wünschenswert.

76

77 Das Zentralabitur lehnen wir ab, da wir verhindern möchten, dass SchülerInnen ein  
78 Nachteil dadurch entsteht, dass ihnen nicht dieselben Lehrinhalte vermittelt wurden.  
79 Es sollen vielmehr die Inhalte abgefragt werden, die auch im Rahmen des Unterrichts  
80 vermittelt worden sind.

81

82 Wir Jusos setzen uns für die Auflösung des diskriminierenden dreigliedrigen  
83 Schulsystems der allgemein bildenden Schulen und stattdessen für eine Form des  
84 längeren gemeinsamen Lernens ein. Wir halten es für sinnvoll, auch im Anschluss an  
85 die Grundschule gemeinsames Lernen bis zum ersten allgemein qualifizierenden  
86 Schulabschluss (vergleichbar zum jetzigen Hauptschulabschluss) aufrechtzuerhalten.  
87 Bis zu diesem Zeitpunkt sollen alle SchülerInnen, ggf. auch durch gesonderten



88 Förderunterricht, über dasselbe Sprachniveau verfügen können. Danach können sich  
89 die SchülerInnen zu einer weitergehenden Schulbildung entscheiden, die in die  
90 Abschlüssen der Sekundarstufen I (vgl. Realschulabschluss) und II (vgl. Abitur) münden  
91 können.

92  
93 Natürlich soll eine Ausbildung nach allen Schulabschlüssen möglich sein und auch für  
94 alle Suchenden eine ausreichende Wahlmöglichkeit bei ihrer Ausbildungsplatzsuche  
95 bestehen. Das Ausbildungsplatzangebot soll 112,5 Prozent der Nachfrage betragen,  
96 wie dies laut dem Bundesverfassungsgericht dem Grundgesetz entsprechend wäre.  
97 Deshalb fordern wir die Ausbildungsplatzumlage.

98  
99 Deshalb fordern wir die Integration nicht nur der körperlich, sondern aller  
100 behinderten Menschen in den allgemeinen Schulalltag. Deshalb gehören diese  
101 Menschen in die Mitte unserer Gesellschaft, also alle „unter ein Dach“. Die  
102 behinderungsbedingten Nachteile sollen durch konzentrierten, gezielten  
103 Förderunterricht ausgeglichen werden.

104  
105 Berufsbildende Schulen  
106 Uns Jusos ist es wichtig, dass auch die berufsbildenden Schulen neben der fachlichen  
107 Ausbildung ihren allgemein bildenden Charakter behalten. Forderungen nach einer  
108 reinen Vermittlung von Fachwissen erteilen wir eine Absage.

109  
110 Wir fordern die Wiedereinführung der Wiederholungsmöglichkeit eines  
111 Berufsfachschuljahres, um somit den Abschluss der Sekundarstufe I nachholen zu  
112 können. Bei Umbildung des Schulsystems muss über die Beibehaltung oder  
113 Neukonzeption des Wesens der Berufsfachschulen diskutiert werden.

114  
115 Nach Abschluss einer Berufsausbildung muss es allen AbsolventInnen ermöglicht  
116 werden, ohne Einschränkungen in der entsprechenden Fachrichtung ein Studium  
117 aufzunehmen.

118  
119 Zur Vermeidung und Vorbeugung von sozialen Problemen an Schulen halten wir es für  
120 geboten, pro Schule in angemessener Anzahl SchulsozialpädagogInnen zur  
121 Unterstützung einzustellen.

122  
123 Hochschulen  
124 Auch die Hochschulpolitik soll Bundesangelegenheit sein. Der Bund trägt daher auch  
125 Verantwortung für die verbesserte finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Bildung  
126 ist die nahezu einzige Ressource in Deutschland und ist damit Bundesaufgabe.

127  
128 Wir Jusos sind für die Gebührenfreiheit des Studiums für die Studierenden, egal  
129 welchen Alters. Ebenso fordern wir die Abschaffung sämtlicher ähnlicher Modelle, so  
130 auch das Studienkontenmodell in Rheinland-Pfalz.

131

132 Wir bleiben weiterhin bei unserer Forderung nach einem elternunabhängigen BaFöG.

133  
134 Freiheit der Bildung bedeutet auch, dass es jedem Studienwilligen ermöglicht werden  
135 muss, studieren zu können und das zu studieren, was gewünscht ist. Hierfür hat der  
136 Bund die entsprechenden strukturellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen.  
137 Wir fordern also entgegen dem bisherigen Trend die Ausweitung der Kapazitäten an  
138 Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen. Alle möglichen  
139 Zulassungsbeschränkungen erledigen sich damit für die Zukunft von selbst.

140  
141 Darüber hinaus fordern wir eine stärkere Demokratisierung der politischen Strukturen  
142 an Hochschulen. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, dass den Studierenden  
143 gleiches Gewicht wie den Vertretern der Professorenschaft und der Angestellten in  
144 den Hochschulgremien zukommt.

145  
146 Erwachsenenbildung  
147 Auf kommunaler Ebene soll dafür gesorgt werden, dass Volkshochschulen  
148 flächendeckend mit geringen Teilnehmergebühren werben können. Wir stehen zum  
149 Grundsatz des lebenslangen Lernens und fordern daher Anreize, dass auch im Bereich  
150 der Erwachsenenbildung mehr Angebote vorgehalten werden und vor allem Anreize zu  
151 schaffen, dass von dem jeder/m Arbeitnehmer/in zustehenden Urlaubsanspruch für  
152 Weiterbildung Gebrauch gemacht wird.

153 Die Fortbildung von Fachkräften im erzieherischen oder pädagogischen Bereich soll  
154 künftig mindestens fünf Tage im Jahr betragen, der Unterrichtsverlauf soll aber  
155 hierdurch nicht leiden dürfen.

156 Für Personen mit Sprachdefiziten müssen qualifizierte und überprüfbare Sprachkurse  
157 sowohl in deutscher und in Muttersprache angeboten werden. Grundlage für das  
158 Erlernen der deutschen Sprache ist die Sicherheit in der eigenen Muttersprache.

159  
160 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

AdressatInnen: Landesregierung, Bildungsministerium Rheinland-Pfalz, SPD  
Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

## **Mehr politische Bildung in deutschen Schulen**

**Die Landeskonferenz möge beschließen:**

Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern die Landesregierung auf, mehr Transparenz des deutschen Staates durch gezielte Vermittlung politischer Bildung in allen weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz ab der fünften Klasse zu schaffen.

### **Begründung:**

In einer Demokratie ist es wichtig, dass ein Staat transparent ist, d.h., dass jeder Bürger die Entscheidungsprozesse der Regierung nachvollziehen kann und jeder z.B. weiß, wie ein Gesetz entsteht.

Wo soll dieses Wissen vermittelt werden, wenn nicht in der Schule. Zwar werden solche Inhalte bisher schon vermittelt, aber anscheinend nicht genügend.

So weisen sehr viele Deutsche einen Mangel an Wissen über politische Entscheidungsprozesse auf.

Auch ist es im Hinblick auf ein immer mehr zusammenwachsendes Europa wichtig, die europäischen Institutionen und deren Funktion zu kennen und zu verstehen. Dieses Wissen wird in der Schule nicht genügend vermittelt und so kommt es häufig aufgrund von Unwissenheit zur Ablehnung.

Deshalb fordern wir mehr politische Bildung in Schulen.

Dies sollte zum einen durch eine Erhöhung der Stundenzahl im Fach Sozialkunde geschehen, was man durch eine frühere Einführung des Faches (z.B. fünfte Klasse) realisieren kann. Zum anderen sollte der Sozialkundeunterricht neu gestaltet werden, indem man nicht rein auf die Vermittlung der Theorie aus ist, sondern die Schüler unsere Demokratie z.B. durch „Rollenspiele“ erleben lässt.

Dem Schüler muss seine Rolle als Bürger in einem demokratischen Staat klar werden und er muss darauf vorbereitet werden für die Gesellschaft Verantwortung übernehmen zu können.

**Jeder sollte wissen, was er entscheidet, wenn er einen Wahlzettel ausfüllt und einwirft**

## Nein zu G8 - Ja zu mehr Zeit für Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Zunächst ist einmal die Frage zu klären was G8 eigentlich ist und was die BefürworterInnen damit erreichen wollen. G8 bedeutet, die Schulzeit auf dem Gymnasium auf acht Jahre zu verkürzen, die SchülerInnen also in der zwölften Klassen zum Abitur zu führen. Laut Konzept für das verkürzte Gymnasium liegen diesem folgende Punkte zugrunde:

- Geschlossene Konzeption von der 5. bis zur 12. Jahrgangsstufe
- Stärkung der gymnasialen Allgemeinbildung durch Konzentration auf Grundwissen und wichtige Kernkompetenzen und Verstärkung der Nachhaltigkeit
- begabungsgerechte Förderung der Schülerinnen und Schüler sowie Intensivierung des Unterrichts mit dem Ziel der Nachhaltigkeit des Erlernten
- mehr Gestaltungsfreiheit für die einzelne Schule in der Stundentafel
- Verstärkung moderner unterrichtsmethodischer und -didaktischer Ansätze in den Lehrplänen
- Verbesserung der Vorbereitung auf Studium und Beruf
- engere Zusammenarbeit mit Eltern, Wirtschaft, Hochschule

Diese Punkte sollen vorallem durch Unterricht am Nachmittag und ein höheres Lernniveau erzielt werden.

Fraglich ist aber, warum diese Ziele nicht auch in einem „klassischen“ Gymnasium mit neun Jahren erreichen kann. **Mit der Verkürzung der Schulzeit haben diese Ziele aber auch gar nichts gemein - im Gegenteil bräuchte man mehr, als weniger Zeit um sie zu erreichen.**

Die Einführung von G8 hat aber in den ersten Bundesländern, zu großen Problemen geführt. Die Schwierigkeit hierbei, Schüler welche von der G9 Stufe in die G8 Stufe wechseln müssen, können den Stoff nicht mehr aufholen und ein weiteres Sitzen bleiben oft nur mit privater Nachhilfe abfangen. Denn in der G8 Klasse fangen Schüler zum Beispiel mit der zweiten Fremdsprache viel früher an als in der vergleichbaren G9 Stufe. Gerade der Wechsel von anderen Schulen hin zum Gymnasium wird schwieriger, weil die Lehrpläne sich sehr stark unterscheiden. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems wird entgegen aller entgegengesetzter bildungspolitischer Forderungen enger. Da der Stoff hauptsächlich nur im Bereich der Unter- und Mittelstufe zeitlich komprimiert wird, sind Schüler die von einer anderen Schulform auf ein Gymnasium wechseln zusätzlich benachteiligt. In der gymnasialen Oberstufe wird das Curriculum nicht geändert, da es sonst zu Problemen mit der bundesweiten Anerkennung des jeweiligen Abiturs kommt. Gerade in Rheinland-Pfalz kommt es durch die gemeinsame Orientierungsstufe an Realschulen und Gymnasien in den

45 Klassen fünf und sechs zu einer noch stärkeren Komprimierung des Lernstoffes in der  
46 Mittelstufe.

47  
48 Aufgrund weniger Freizeit kann man z.B. in Bayern bereits, seit der Einführung von  
49 G8, einen Rückgang der Vereinsmitgliedschaften feststellen.

50 Was die Angst bestätigt das Wahlunterricht und Freizeitgestaltung durch intensiveres  
51 Lernen auf der Strecke bleiben, da diese Aktivitäten nicht immer in der zusätzlichen  
52 Unterrichtszeit integriert werden. Berichten von landesweiten Elternverbänden  
53 zufolge ist die Zeit- und Arbeitsbelastung für die einzelnen Schüler seit G 8 enorm  
54 angestiegen. Dieser Druck lässt sich bei Betrachten der Lehrpläne erklären. In dem  
55 Fach Englisch geht der Lehrplan z. B. davon aus, dass in der Grundschule 200 Wörter  
56 als Grundwissen vermittelt werden. Aber auch andere Fächer haben an Umfang stark  
57 zugenommen.

58  
59 Wir Jusos befürchten, dass die persönliche Entwicklung von Jugendlichen auf der  
60 Strecke bleiben wird, da für diese im neuen Schulalltag viel zu wenig Platz und  
61 Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden. Freiheit der Schule in der Gestaltung des  
62 zusätzlichen Angebotes, die erst durch das Konzept der Ganztagschule gewonnen  
63 wurde oder werden kann, geht mit der Einführung von G8 wiederum verloren.

64  
65 Wir sehen die Gefahr, dass G8 eine Spaltung der Gesellschaft schon im kleinen fördert  
66 und die vergleichbar hohe Selektivität des deutschen Bildungssystems verstärkt. Denn  
67 für Haupt- oder RealschülerInnen wird es mit jeder Änderung schwieriger, den Sprung  
68 auf ein Gymnasium zu schaffen. Das würde bedeuten, dass eine Entscheidung in der  
69 vierten Klasse den Entwicklungsweg von jedemR einzelnen SchülerIn festlegt und  
70 dieseR nur mit einem enormen Maß an Leistung die Entscheidung ändern könnte.

71 Gerade der Bildungsabschluss ist bisher schon in einem großen Masse von der sozialen  
72 Herkunft, vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Mit G8 wird einer sozialen Selektion  
73 weiterer Vorschub geleistet. Auch besteht die Gefahr das Kinder, welchen das Lernen  
74 nicht so leicht fällt wie anderen, auf der Strecke bleiben und weniger Chancen haben.

75  
76 Daher sprechen wir uns explizit gegen ein Gymnasium mit nur acht Schuljahren aus.

77  
78 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

1  
2  
3 AdressatInnen: Bildungsministerium Rheinland-Pfalz, SPD Landtagsfraktion Rheinland-  
4 Pfalz

## 6 **Lernmittelfreiheit verwirklichen!**

7  
8 **Die Landeskonzferenz möge beschließen:**

9  
10 Die Jusos Rheinland-Pfalz begrüßen die von der Landesregierung vorgenommene  
11 Aufstockung der Mittel für Lernmittelgutscheine um 50 Prozent. Gerade in Anbetracht  
12 der Zunahme prekärer Situationen von Familien, sei es durch Arbeitslosigkeit oder zu  
13 geringe Löhne, ist deren Unterstützung unabdingbar, um Chancengleichheit im  
14 Bildungssystem zu gewährleisten.

15  
16 Jedoch reicht die heutige Lernmittelfreiheit nicht aus. Eltern mit einem Kind  
17 bekommen lediglich dann Lernmittelgutscheine, wenn ihr Einkommen 1790 Euro  
18 im Monat nicht überschreitet. Diese Einkommensgrenze ist sehr gering und deckt nicht  
19 den Bedarf an Lernmittelgutscheinen. ALG II-EmpfängerInnen bekommen nach Hartz  
20 IV keine Sonderzuweisungen mehr für Lernmittel, wie es vorher das  
21 Bundessozialhilfegesetz vorsah. Allerdings erhalten sie Lernmittelgutscheine, die  
22 jedoch oft zur Deckung der Kosten von Schulbüchern nicht ausreichen.

23  
24 Eine völlige Lernmittelfreiheit würde aus unserer Sicht dazu beitragen, dass alle  
25 Kinder die gleichen Bildungschancen erhalten. **Deshalb fordern wir, dass das in der**  
26 **Vergangenheit bereits ein Jahr lang praktizierte Modell der Ausleihe von**  
27 **Schulbüchern, die im Besitz der Schule sind, an die Schülerinnen und Schüler**  
28 **wieder eingeführt wird.** Hier kann für alle Kinder garantiert werden, dass sie  
29 unabhängig vom Einkommen der Eltern die benötigten Schulmaterialien zur Verfügung  
30 haben.

31 Darüber hinaus ist es notwendig, ein Modell zu entwickeln, dass dies ebenso für  
32 Arbeitsmaterialien wie Arbeitshefte und für gebräuchliche Schulutensilien wie Hefte  
33 und Stifte gilt.

34  
35 **Sollte die Umsetzung zum nächsten Schuljahr nicht möglich sein, fordern wir als**  
36 **Übergangslösung für das Schuljahr 2007/2008, die Einkommensgrenzen für**  
37 **Lernmittelfreiheit auf 35.000 Euro jährlich anzuheben - für den Fall, dass der/die**  
38 **SchülerIn bei ihren Eltern lebt. Entsprechend, d.h. mit 5000 Euro pro Kind, sollen die**  
39 **anderen Einkommensgrenzen angepasst werden. Außerdem fordern wir, dass**  
40 **sichergestellt wird, dass ALG II-EmpfängerInnen bzw.-Bedarfsgemeinschaften alle**  
41 **erforderlichen Lernmittel gezahlt bekommen. Dies sollte durch das Stellen von**  
42 **Schulbüchern und die Erstattung der Kosten für Nachhilfe und sonstige Unterrichts-**  
43 **und Lernmaterialien (Stifte, Hefte, usw.) auf Rechnungsvorlage gewährleistet**  
44 **werden.**

45 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

46

47

48 **Bisherige Regelung mit Lernmittelgutscheinen:**

Einkommensgrenzen (Kindergeld wird für ... Kinder bezogen)	Schüler lebt in gemeinsamen Haushalt und die Eltern haben das gemeinsame Sorgerecht	Schüler lebt nur bei einem Elternteil
1 Kind	21.480 €	18.410 €
2 Kinder	24.550 €	21.480 €
3 Kinder	27.620 €	24.550 €
4 Kinder	30.690 €	27.620 Euro
Ab 5 Kinder	Je 3070 € addieren	Je 3070 € addieren

49

50 Ausnahmen:

51 Den Schülerinnen und Schülern der Förderschulen und des

52 Berufsvorbereitungsjahres in Vollzeitform werden bisher schon alle Schulbücher und

53 aus pädagogischen Gründen notwendige sonstige Lernmittel ausgeliehen.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43

AdressatInnen: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesgruppe im Bundestag, SPD-Landesvorstand

## **Familienpolitik ist mehr als Politik für Mutter, Vater, Kind...**

**Die Landeskonferenz möge beschließen:**

Um Ansprüche an eine solidarische, gerechte Familienpolitik zu stellen, ist es wichtig zu wissen, was man genau unter Familie versteht oder was wir darunter verstehen wollen.

Die herkömmliche - auch von der Bundesregierung benutzte - Definition geht davon aus, dass „Familie da ist, wo Kinder sind“. Diese Definition reduziert Familienpolitik auf eine Politik, die nur dort eingreift, wo Kinder sind, eher also Kinderpolitik ist, die die Betreuenden zusätzlich unterstützt.

Wir Jusos fassen den **Familienbegriff** weiter und folgen der Definition der AWO: „Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“

Der Begriff ist damit nicht mehr auf Familie als Lebensform mit Kindern beschränkt, sondern umfasst einerseits auch Beziehungen, die nicht auf Verwandtschaft oder Ehe beruhen, und andererseits meint er alle Lebensstadien, also auch zum Beispiel Konstellationen, in denen Eltern oder ein nahe stehender älterer Mensch von jemandem betreut und/ oder gepflegt wird.

Aus diesem veränderten Verständnis von Familie leiten sich weitergehende Einzelforderungen ab, die über die Forderung nach einer Zeit-, Transfer- und Infrastrukturpolitik für Eltern und Kinder - die wir selbstverständlich weiterhin vehement verfolgen - hinaus geht.

Wir setzen uns dafür ein, dass keine Lebensform bevorzugt und zugleich keine benachteiligt wird. Allen Menschen ist das gleiche Recht für die von ihnen gewählte Lebensform zuzugestehen, solange nicht unmittelbare Rechte anderer wie das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung gefährdet werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass keine Unterstützung gewährt wird; nur darf sich diese nicht an der Lebensform orientieren, sondern an den berechtigten Bedürfnissen der Menschen und Familienmitglieder.

### **Rechtliche Diskriminierung beenden.**

Das heißt für uns, dass die Forderung, das Ehegattensplitting, das einseitig die Ehe als Lebensform - unabhängig von ihrer Ausgestaltung - unterstützt, abzuschaffen, endlich politisch eingelöst werden muss.



44 Auch müssen alle weiteren rechtlichen und institutionellen Diskriminierungen beendet  
45 werden.

46 Dazu zählt für uns auch eine Ausdehnung des Adoptionsrechts auf homosexuelle  
47 Paare. Dies widerspricht unserer Meinung nach nicht dem Gebot des Adoptionsrechts,  
48 dem Wohle des Kindes zu dienen und dafür Sorge zu tragen, dass „zwischen dem  
49 Annehmenden und dem Kind ein Eltern-Kind-Verhältnis entsteht“ (§1741 BGB).  
50 Unserer Meinung nach ist es vorrangig zu prüfen, ob diesem Grundsatz des  
51 Kindeswohls Rechnung getragen werden kann, durch die emotionale und materielle  
52 Umgebung, die seine neue Familie bieten kann.

53

#### 54 Infrastrukturpolitik - familiengerecht gestalten

55

56 Infrastrukturleistungen sind, da sie allen in gleichem Maße zu Gute kommen,  
57 einzelnen finanziellen Leistungen, die unter bestimmten Bedingungen gezahlt  
58 werden, vorzuziehen. Dieser Wandel kann sich jedoch sowohl aufgrund der  
59 institutionellen Gegebenheiten als auch in Anbetracht der mangelnden finanziellen  
60 Ausstattung vieler Familien nur langfristig und in Zusammenhang mit der Einlösung  
61 weiterer politischer Forderungen (siehe Transfer und Zeitpolitik) vollziehen.

62

63 Zu den wichtigen Infrastrukturleistungen, die staatlich organisiert und auch teilweise  
64 finanziert werden müssen, gehören für uns unter anderem:

65

66 • **Kinderbetreuung ab null Jahren gebührenfrei.** Diese Möglichkeit muss allen  
67 Eltern und auch Kindern zur Verfügung gestellt werden. Damit unterstützen wir  
68 nicht nur individuelle Lebensentwürfe und die Vereinbarkeit von Elternschaft  
69 und Beruf, sondern die Entwicklung der Kinder in einer pädagogischen  
70 Umgebung mit zahlreichen sozialen Kontakten zu Gleichaltrigen. Die  
71 Kostenfreiheit ist unabdingbar, um Elternschaft unabhängig von der materiellen  
72 Absicherung zu gewährleisten.

73

74 • **Ambulante, teilstationäre und stationäre Betreuung Älterer und**  
75 **Pflegebedürftiger.** In den letzten Jahren ist insbesondere die teilstationäre  
76 und ambulante Betreuung ausgebaut worden. Auch Modelle zur kurzfristigen  
77 Pflege werden bereits erprobt. Hier gilt es anzusetzen und die Pflege- und  
78 Betreuungsmöglichkeiten für Ältere und Pflegebedürftige weiter auszubauen.  
79 Eine bedarfsgerechte Betreuung wie zum Beispiel stundenweise, um die Familie  
80 zu entlasten und zu unterstützen, muss hier ebenso gebührenfrei möglich sein  
81 wie in der Kinderbetreuung.

82

83 • **Barrierefreies Leben** umfasst viele Bereiche des alltäglichen Lebens. Für uns  
84 bezieht sich der Umbau der Infrastruktur vor allem auf öffentliche - nicht nur  
85 staatliche oder kommunale - Einrichtungen, Geschäfte, öffentlichen  
86 Personenverkehr, Straßen (zum Beispiel abgesenkte Bürgersteige) und  
87 Wohnungen. Barrierefreiheit ist damit nicht nur eine Unterstützung für

88 Menschen mit körperlichen Gebrechen, sondern auch für Eltern mit  
89 Kinderwagen. Jegliche Freizeitgestaltung, ob Kino oder Schwimmbadbesuch,  
90 muss für alle möglich sein. Finanzielle Barrieren wie hohe Eintrittspreise  
91 müssen sozialverträglich durch Staffelungen und Ermäßigungen gestaltet  
92 werden.

93  
94 • Der **Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)** ist nötig, um  
95 Mobilität für alle Bevölkerungsschichten und insbesondere Ältere und Junge zu  
96 gewährleisten. Dies gilt auch für den ländlichen Raum.

### 97 Transferpolitik - materielle Basis für alle sichern

98

100 Ohne finanzielle Basis ist keine Familie überlebensfähig. Deshalb fordern wir:

101

102 • **Hohes Einkommen durch Erwerbsarbeit sichern.** Dazu ist es notwendig, dass  
103 jedeR die Möglichkeit hat, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Aufgrund der  
104 hohen Arbeitslosigkeit ist es daher notwendig, neue Impulse in der  
105 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu setzen, durch Arbeitszeitverkürzung  
106 und einen Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors.

107 Die Jusos Rheinland-Pfalz setzen sich für die Einführung eines gesetzlichen  
108 Mindestnettolohns ein. Dabei unterstützen wir die Forderung des Deutschen  
109 Gewerkschaftsbundes nach einer Festschreibung eines Mindeststundenlohns von  
110 7,50 Euro für alle Branchen.

111 • **Erhöhung sozialstaatlicher Transfers.** Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld II  
112 und Sozialhilfe sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz  
113 reichen nicht aus, um den täglichen Bedarf von Familien zu decken. Deshalb ist  
114 eine Erhöhung notwendig; ein Verstoß gegen das Lohnabstandsgesetz wäre  
115 dies, wie jüngste Studien des WSI zeigen, nicht.

116 • **Kindergeld in einem sozial gerechten Rahmenkonzept langfristig zugunsten**  
117 **Infrastrukturinvestitionen abbauen.** Das Kindergeld wird für alle Kinder in  
118 gleicher Höhe ausgezahlt, obwohl es aufgrund ihrer finanziellen Situation für  
119 viele Eltern und Kinder kaum nötig ist. Einer kurzfristigen Abschaffung steht  
120 jedoch entgegen, dass auf der anderen Seite ohne Kindergeld für viele Familien  
121 ein ausreichendes Haushaltseinkommen nicht gesichert ist. Langfristig ist  
122 jedoch in einem Rahmenkonzept, dass eine Schlechterstellung finanziell  
123 schwacher Familien vermeidet, das Kindergeld sukzessive abzubauen. Eine  
124 solche Schlechterstellung ließe sich zum Beispiel durch Kinderzuschläge bei der  
125 Sozialhilfe und ALG II, aber auch durch ergänzende Transfers im Rahmen der  
126 Einkommensteuer, wenn das Haushaltseinkommen unter einer bestimmten  
127 Grenze liegt, verhindern.

128 Die beschlossene Kindergeldstreichung ab dem 25. Lebensjahr lehnen wir ab,  
129 da weder das BAföG noch andere finanzielle Rahmenbedingungen wie  
130 Sozialtransfers angepasst wurden und dafür sorgen, dass Studium und  
131 Ausbildung trotz des Wegfalls des Kindergeldes ausreichend gesichert sind.

132 • **Die Elterngeldregelung muss korrigiert werden.** Mit der Verabschiedung der  
133 neuen Regelungen zum Elterngeld ist zum einen durchgesetzt worden, dass  
134 jedes Elternteil mindestens zwei Monate Elternzeit nehmen muss, damit die  
135 vollen Leistungen ausgezahlt werden. Dies ist zu begrüßen, wenn auch die  
136 Regelung 12Monate/2Monate nicht wirklich auf Teilung der Erziehungsarbeit  
137 abzielt.

138 Die Lohnersatzfunktion des Elterngeldes, das 67 Prozent des in den zwölf  
139 Kalendermonaten vor dem Monat der Geburt des Kindes durchschnittlich  
140 erzielten monatlichen Einkommens aus Erwerbstätigkeit beträgt, ist ebenfalls  
141 zu begrüßen und stellt so sicher, dass Erziehungszeiten sich finanziell weniger  
142 dramatisch auswirken und Anreize zur Elternzeit gesetzt werden.  
143 Allerdings stehen sich Menschen mit geringem Einkommen beziehungsweise  
144 TransferleistungsempfängerInnen schlechter als mit der  
145 Elterngeldregelung, die ihnen bis zum 24. Lebensmonat monatlich bis zu  
146 300 Euro beziehungsweise bis zum zwölften Lebensmonat monatlich bis zu 450  
147 Euro garantierte. Jetzt erhalten Eltern maximal 300 Euro für 14 Monate. Wir  
148 fordern, das Elterngeld auf 520 Euro im Sockelbetrag anzuheben, um die  
149 Schlechterstellung gegenüber dem Elterngeld zu beseitigen.

150 • **Elternschaft erleichtern und nicht erschweren.** Menschen werden meist im  
151 Alter zwischen 20 und 40 Jahren Eltern. In dieser Phase, in die gegebenenfalls  
152 der Kauf eines Eigenheims und viele Anschaffungen fallen, benötigen junge  
153 Menschen finanzielle Ressourcen. Sowohl in der Tarifpolitik als auch in den  
154 öffentlichen Regelungen für Angestellte und Beamte ist das Erwerbseinkommen  
155 nach Dienstjahren und Lebensalter gestaffelt. Dies führt dazu, dass junge  
156 Menschen gerade beim Berufseinstieg wenig verdienen, später ein höheres  
157 Einkommen haben. Zwischen den finanziellen Bedarfen und den  
158 Einkommensstrukturen besteht jedoch nach unserer Ansicht eine  
159 Passungslücke. Deshalb kritisieren wir jegliche Änderung, die Einkommen von  
160 Berufseinsteigern zu reduzieren. Dazu gehört auch das rheinland-pfälzische  
161 Vorhaben, „bei Beamten und Richtern die Bezahlung der künftigen  
162 Berufsanfängern abzusenken.“ Wir fordern die Landesregierung im Sinne einer  
163 vernünftigen Elternpolitik auf, diese Vorhaben zu überdenken. Zudem sprechen  
164 wir uns dafür aus, dass die Tarifparteien den Aspekt des Bedarfs und der  
165 Einkommensstaffelung unter dem Blickwinkel der Elternfreundlichkeit prüfen,  
166 Einstiegsgehälter insbesondere erhöhen ohne jedoch die berechtigten  
167 Ansprüche Älterer zu vernachlässigen.

168

### 169 Zeitpolitik - Mehr Zeit für sich und die Familie

170

171 Familie bedeutet nach unserer Definition, Verantwortung übernehmen, Sorge tragen  
172 und Zuwendung schenken. Dafür bedarf es nicht nur der finanziellen und  
173 infrastrukturellen Rahmenbedingungen, sondern auch eines entsprechenden  
174 Zeitbudgets.

175

- 176 • **Flexible familiengerechte Arbeitszeiten.** Die Arbeitszeit von Erwerbstätigen  
177 ist oft sehr flexibel gestaltet, jedoch einseitig zu Gunsten der  
178 ArbeitgeberInnen. Überstunden, Arbeit von zu Hause und am Wochenende über  
179 die Normalarbeitszeit hinaus sind keine Seltenheit. Dagegen setzt Zeitpolitik  
180 bei den Beschäftigten an und ermöglicht zeitlich fließende flexible Modelle der  
181 Wochenarbeitszeit. Dabei müssen auch Möglichkeiten über die eines Halbtags-  
182 oder Fulltimejobs gegeben sein. Job-Sharing, Homearbeit im Rahmen der  
183 Wochenarbeitszeit oder Zeitkonten bieten hier Möglichkeiten.  
184 Elternfreundliche Regelungen zur Tagesarbeitszeit setzen da ein, wo die  
185 Arbeitszeit ab Verlassen des Hauses zählt und so Wege zur Arbeit, zur  
186 Kindertagesstätte oder Schule mit berücksichtigt werden.
- 187 • Im Lebensverlauf gibt es je nach familiärer und Lebenssituation Zeiten, in  
188 denen mehr Arbeit möglich, weniger Arbeit nötig ist. Dazu müssen Regelungen  
189 gefunden werden, wie Lebensarbeitszeit flexibel gestaltet werden kann. Eine  
190 vorher genau zu planende Auszeit stellen Sabbaticals dar, bei denen über  
191 mehrere Jahre Arbeitszeit oder Gehalt „gesammelt“ wird, um dann eine  
192 längere Zeit mit Bezahlung die Arbeitszeit ruhen zu lassen. Diese Möglichkeit  
193 ist für alle Branchen sicherzustellen. Darüber hinaus sind weitere Modelle in  
194 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu erörtern und modellhaft zu  
195 erproben.
- 196 • **Pflegezeit wie Elternzeit.** Elternzeit und ihre Notwendigkeit sind in unserer  
197 Gesellschaft anerkannt. Sind jedoch aus dem Kindesalter erwachsene  
198 Familienangehörige zu pflegen, so gibt es außer unbezahltem Urlaub wenige  
199 Möglichkeiten, neben der Erwerbstätigkeit beziehungsweise mit gesichertem  
200 Einkommen die Pflege zu Hause oder im familiären Umfeld zu gewährleisten.  
201 Insbesondere Frauen leiden darunter und bleiben zu Hause, um für die  
202 Familienmitglieder zu sorgen. Hier ist sicherzustellen, dass als Pendant zur  
203 Elternzeit eine Pflegezeit eingeführt wird, während dieser auch Pflegegeld mit  
204 Lohnersatzfunktion gezahlt wird.

205  
206 Familienpolitik in einem so weit gefassten Sinne steckt noch in den Kinderschuhen  
207 und wird kaum diskutiert. Für uns ist es wichtig, die geforderten Ansätze und Impulse  
208 in einer neuen Familienpolitik zu diskutieren, weiterzudenken, zu ergänzen und  
209 politisch umzusetzen.

210 Denn nur eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder bei der Umsetzung ihrer  
211 Lebensentwürfe unterstützt, ist eine solidarische Gesellschaft.

212

213 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

## **Wir sind die Zukunft und die Gegenwart!**

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Die Anerkennung der Partizipation junger Menschen im Gemeinwesen ist in den vergangenen 20 Jahren in Wissenschaft und Praxis stark gestiegen.

Für uns umfasst Partizipation, dass Kinder und Jugendliche nicht nur „gehört“ werden, sondern sich wirklich an Entscheidungsprozessen beteiligen können. Es geht darum, jungen Menschen in ihrem Zugehörigkeitsgefühl, ihrem Selbstbewusstsein und in der Befähigung zu selbstsicheren Beteiligung zu stärken.

Kinder und Jugendliche wären durchaus bereit und gewillt, unter besseren Rahmenbedingungen sich stärker am öffentlichen Leben zu beteiligen. Hierbei sind vor allem nachhaltige Bildungschancen, Qualifizierung in Planungsprozessen und soziale Integration wichtige Argumente für die Beteiligung junger Menschen.

Das Verständnis von Demokratie und Teilhabe hat sich in den letzten Jahrzehnten nachhaltig verändert. Spielerisches Einüben oder vorbehaltene Formen politischer Beteiligungen wie zum Beispiel Wahlen reichen nicht aus, um Grundlagen für eine politisch aktive Gesellschaft zu legen. Vielmehr ist es vor allem Aufgabe der BildungsträgerInnen und Kommunen, Kinder und Jugendliche in die Gestaltung ihrer Aufgaben *aktiv* einzubeziehen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, durch ihr Mitwirken etwas zu bewegen.

Trotz der enormen Fortschritte bei den Rechten für Kinder und der Jugendpartizipation nutzen Kommunen zum Beispiel Jugendparlamente zum Teil als strategisches Mittel zur Zurschaustellung ihrer Kinder- und Jugendfreundlichkeit. Doch Jugendliche lassen sich nicht gerne instrumentalisieren und wenden sich unter anderem deshalb von diesen Beteiligungsformen ab.

Gerade die Motivation junger Menschen und den daraus entstehenden frischen Wind braucht eine alternde Gesellschaft und Politik. Das bedeutet, dass unsere Gesellschaft mit jedem enttäuschten Jugendlichen/ Kind einen großen Verlust in Kauf nimmt, den man mit einfachen Mitteln verhindern könnte.

**Durch die Einbeziehung benachteiligter Kinder und Jugendlicher in Entscheidungsprozesse ist es möglich, deren Kompetenzen und Anerkennung in der Gesellschaft zu stärken.**

**Wir Jusos möchten eine breite Plattform an Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen zu schaffen.** Hier sind vor allem die Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke beim Aufbau solcher Plattformen zu unterstützen. Diese Unterstützung

45 sollte jedoch nicht nur aus der Zugabe von finanziellen Mitteln bestehen. Viel  
46 wichtiger ist es, Netzwerke aufzubauen, in denen man sich austauschen und nach Rat  
47 und Hilfe suchen kann. Denn nicht überall mangelt es an Möglichkeiten der  
48 Beteiligung.

49 Es passiert immer wieder, dass Jugendliche und Kinder in ihren Aktionen und in ihrer  
50 Beteiligung im Stich gelassen werden und sich aus Frustration zurückziehen. Genau  
51 das ist es, was wir verhindern müssen. Ziehen sich die Jugendlichen und Kinder  
52 enttäuscht und resigniert zurück, wird es schwer, diese wieder für Demokratie und  
53 die Beteiligung zu begeistern. Einer der Gründe für Frustration: Ihre Ideen und  
54 Vorschläge scheitern an bürokratischen Hindernissen oder die Projekte werden  
55 wegen finanzieller Gründe nicht unmittelbar umgesetzt.

56  
57 Da wollen wir ansetzen:  
58 Kinder und Jugendliche brauchen Freiraum für Kreativität, Strukturen für ihr  
59 Engagement, Unterstützung, die nicht bevormundet, Schulungen, die sie zu  
60 politischen Engagement befähigen, die nötigen finanziellen Mittel und nicht zuletzt  
61 ehrliche Anerkennung, Akzeptanz und Ermutigung.

62  
63 Die schwierigste aber zugleich wichtigste Aufgabe ist es, in der Gesellschaft wirkliche  
64 Partizipation, d.h. echte Mitbestimmung und Gestaltung, zu verwirklichen, den wir  
65 meinen. Dafür müssen die Jugendlichen, die sich beteiligen wollen, unterstützt durch  
66 uns Jusos streiten. **Nur reale Erfahrungen der Beteiligung und Mitwirkung bilden**  
67 **eine verlässliche Grundlage für den Aufbau demokratischer Orientierungen und**  
68 **Kompetenzen und sichern daher die Voraussetzung dafür, dass Kinder und**  
69 **Jugendliche als aktive BürgerInnen agieren können.**

70  
71 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41

**Die Landeskonzferenz möge beschließen:**

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert im Rahmen der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Erwachsenenstrafvollzug und Jugendstrafvollzug durch die Länder den Gedanken des „Wegsperrrens“ nicht als Hauptziel zu begreifen.

Für den Bereich des Erwachsenenstrafvollzug soll der Gedanke der Resozialisierung mit den weiteren vom Bundesverfassungsgericht herausgearbeiteten Strafzielen im Einklang gebracht werden.

Der Jugendstrafvollzug muss dagegen unter der Idee der Förderung des jungen Menschen geführt werden. Eine eventuelle Überprüfung der Förderziele und -maßnahmen wird ebenfalls unterstützt.

**Begründung:**

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Mai 2006 ist dem Gesetzgeber die Pflicht auferlegt worden für den Jugendstrafvollzug eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Des Weiteren wurde durch die Föderalismusreform den Ländern die Gesetzgebungskompetenz für den Bereich des Strafvollzuges übertragen. Es liegt also an den Ländern entsprechende Regelungen für den Strafvollzug, also auch für den Jugendstrafvollzug, zu schaffen.

Einige Länder haben bereits erklärt, dass Sie im Falle des Jugendstrafvollzuges das Wegsperrrens als Hauptziel definieren möchten. Mit dem ursprünglichen Erziehungsgedanken hat das dann nichts mehr zu tun.

Für den Jugendstrafvollzug gibt es derzeit noch kein eigenes Gesetz. Es bestehen nur wenige gesetzliche Regelungen bezüglich des Jugendstrafvollzuges. Die einzigen eigenständigen Regeln sind §§ 85 II 91 f., 114 f Jugendgerichtsgesetz. Der § 91 JGG konstituiert den Erziehungsgedanken des Jugendstrafvollzuges. Danach soll der Jugendliche zu einem rechtschaffenen und verantwortungsbewussten Lebenswandel geführt werden. Dabei sollen vor allem nach § 91 II JGG Ordnung, Arbeit, Unterricht, Leibesübung und sinnvolle Beschäftigung in der freien Zeit Grundlagen der Erziehung sein<sup>1</sup>. Es ist äußerst fraglich, ob diese Zielvorstellungen noch mit der Werte- und Orientierungsbewegung, wie auch mit dem Lebensstil des 21. Jahrhunderts vereinbar ist. Es ist ohnehin sehr fraglich, ob Erziehung der richtige Begriff ist. Unter Erziehung versteht man regelmäßig einen Prozess der Einflussnahme der unmittelbaren Umwelt, so zum Beispiel Familie oder auch Schule. Dieser Prozess wird jedoch durch Strafe und Gefängnis eher gehindert. Aus diesem Grund wird empfohlen den Begriff der Erziehung durch die Förderung des jungen Menschen zu ersetzen.

Gerade die mangelnde Reife rechtfertigt den Jugendstrafvollzug. Es ist also Ziel den Jugendlichen „wieder auf die grade Bahn“ zu bringen. Da jedoch Erziehung eher

---

<sup>1</sup> Albrecht, HJ, Stellungnahme zur Verfassungswidrigkeit des Jugendstrafvollzuges, <http://www.dvjj.de/veranstaltungen.php.php?artikel=222>.

42 Aufgabe von Familie und persönlichem Umfeld ist, wäre hier der Begriff der Förderung  
43 deutlicher. Wichtig ist, dass der Mensch in seiner Entwicklung gefördert werden soll.  
44 In den bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschriften über den Jugendstrafvollzug gibt  
45 es -bis auf wenige Ausnahmen- keine Mitwirkungsrechte des Insassen an der  
46 Erziehung. Der Jugendliche wird somit zum Objekt der staatlichen Erziehung.  
47 Ungeachtet der Frage der Vereinbarkeit mit Art. 1 I GG, die ja für den gesamten  
48 Bereich des Strafvollzuges gilt, ist es äußerst fraglich, ob dies zu dem gewünschten  
49 pädagogischen Erfolg führen kann. Zwar ergibt sich aus § 1 I KJHG, dass jeder junge  
50 Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu seiner  
51 eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, jedoch darf das nicht  
52 als eine Pflicht des Erzogenwerdens verstanden werden. Dennoch hat ein Jugendlicher  
53 Recht auf eine Förderung -und das muss auch für den Jugendstrafvollzug gelten<sup>2</sup>.  
54 Eine Erziehungsstrafe würde dann gegen die Menschenwürde verstoßen, wenn „der  
55 mit der gesetzgeberische Idee vorgegebene Sinn und Zweck einer Norm auf Dauer  
56 schlechthin nicht in die Tat umgesetzt werden kann<sup>3</sup>“. Die neueren kriminologischen  
57 Erkenntnisse fallen hier eher negativ aus. Allerdings kann nicht davon ausgegangen  
58 werden, dass der Jugendstrafvollzug an sich erziehungsfeindlich ist. Es gibt jedoch  
59 einzelne Anstalten, in denen die Zustände verfassungswidrig sind oder deren  
60 Verfassungsmäßigkeit zumindest fraglich erscheint. Ein Insasse hat hier die  
61 Möglichkeit Verfassungsbeschwerde gemäß § 23 ff EGGCG einzulegen<sup>4</sup>.  
62 In § 93 II JGG ist der Gedanke des offenen Vollzug aus § 3 StVollZG normiert. Der  
63 Vollzug kann demnach gelockert und unter Umständen in freien Formen durchgeführt  
64 werden. Richtlinie ist auch hier der Erziehungsgedanke. Es kann aus pädagogischen  
65 Gründen gerade im Jugendstrafvollzug Sinn ergeben, den Vollzug frei zu gestalten.  
66 § 91 IV JGG enthält die nebensächliche, aber nicht unwichtige Bestimmung, dass  
67 Beamte des Jugendstrafvollzuges eine Ausbildung genossen haben müssen, die zur  
68 Erfüllung des Erziehungsgedanken geeignet ist. Gerade im Jugendstrafvollzug ist es  
69 wichtig, dass die Vollzugsbeamten die Fähigkeit besitzen sich mit dem Inhaftierten  
70 auseinander zusetzen.  
71 In der Rechtswissenschaft und insbesondere in der Politik wird immer wieder über  
72 eine Herabsetzung der Jugendstrafmündigkeit diskutiert. Eine Minderheit diskutiert  
73 jedoch auch über eine Ausdehnung des Jugendstrafvollzuges auf 24-Jährige. Kriterium  
74 ist hierfür vor allem die mangelnde Reife nach § 205 I Nr. 1 JGG. Diese ist dann  
75 anzunehmen, wenn der Heranwachsende nach einer Gesamtwürdigung der  
76 Persönlichkeit und der Umweltbedingungen dem Jugendlichen gleichzustellen ist.  
77 Insbesondere der spätere Eintritt ins Berufsleben, die veränderten  
78 Familienverhältnisse, die Wert und Orientierungslosigkeit, Migration- und  
79 Integrationsprobleme und gesellschaftliche Veränderungsprozesse lassen eine

---

<sup>2</sup> Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Jugendstrafvollzuges, I.

<sup>3</sup> OLG Schleswig NSTZ 1985, 475.

<sup>4</sup> Sonnen, Verfassungsmäßigkeit des derzeitigen Jugendstrafvollzugs, <http://www.dvjj.de/veranstaltungen.php.php?artikel=116>



80 Diskussion über die Ausweitung des Heranwachsendenalters mit dem  
81 Erwachsenenstrafvollzug als Regelbestimmung für gerechtfertigt erscheinen.  
82 Zusammenfassend kann man feststellen, dass Grundlage und Idee -und Grund- des  
83 Jugendstrafvollzug ist, dass man dem Jugendlichen und dem Heranwachsenden eine  
84 Reife unterstellt, die noch nicht der eines Erwachsenen entspricht. Gerade deswegen  
85 ist die Förderung eines Jugendlichen oder auch eines Heranwachsenden von zentraler  
86 Bedeutung.  
87 An diesen grundsätzlichen Normierungen muss auch in Zukunft festgehalten werden.  
88 Der Jugendstrafvollzug kann nur dann Sinn ergeben, wenn er in der Annahme  
89 vorgenommen wird, dass ein Jugendlicher durch den Vollzug in seiner Entwicklung zu  
90 einem eigenverantwortlichen, normtreuen Leben gefördert wird.  
91 Der Gedanke der Resozialisierung im Erwachsenen Strafvollzug wurde durch das  
92 Bundesverfassungsgericht mehrfach bestätigt und auch durch das alte StVollZG nach  
93 Maßgabe der Regeln gewährleistet. Grundsätzlich darf dieses Strafziel jedoch nicht  
94 alleine gesehen werden, sondern auch andere -general-präventive- Erwägungen  
95 können im Strafvollzug berücksichtigt werden. Diese sind dann allerdings in einen  
96 Ausgleich zu bringen. Die gesetzlichen Regelungen des StVollZG haben hierzu schon  
97 eine hinreichendes gesetzliches Fundament gegeben. An diesen grundsätzlichen  
98 Gedanken des StVollZG soll weiter festgehalten werden.  
99 Resozialisierung und Erziehung bzw. Förderung sind zentrale Leitprinzipien  
100 des Strafvollzuges. Sie müssen es auch bleiben.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30

**Die Landeskonferenz möge beschließen:**

Wir fordern die Bundesregierung auf, am Atomausstieg festzuhalten. Jeglichen Forderungen seitens der Kraftwerksbetreiber und aus den Reihen von Union und FDP nach Verlängerung der im Atomkonsens vereinbarten Restlaufzeit ist eine klare Absage zu erteilen. Bestrebungen, den Ausstieg aus der Kernspaltung gänzlich rückgängig zu machen oder auf unbestimmte Zeit auszusetzen, ist entschieden entgegenzutreten.

Der Störfall im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark (Betreiber: Vattenfall) im Juli 2006 hat deutlich gezeigt, dass sich die Kernspaltung nicht sicher beherrschen lässt. Durch eine Kette von - einzeln für sich betrachtet schon besorglichen - technischen Ausfällen wäre es in der Summe fast zu einer Kernschmelze gekommen. Ein Kurzschluss bei Wartungsarbeiten am Hochspannungsnetz außerhalb des Kraftwerks war die Ursache des Störfalls. Der durch das Versagen der kraftwerkseigenen Stromversorgung verursachte Ausfall der Anzeige- und Überwachungsinstrumente im Kontrollraum führte zu einem länger als 20 Minuten andauerndem Blindflug des Kraftwerks. Unvorstellbar, aber so geschehen: Nur zwei der vier Notkühlsysteme liefen an. Spätere Simulationen zeigten, dass der auf die Aggregate und Batteriesysteme durchgeschlagene Stromstoß auch alle vier Notsysteme hätte lahmlegen können. Nur Glück und die richtigen Entscheidungen des Kraftwerkspersonals, dem es gelang, die übrigen Notkühlsysteme manuell zu starten, bewahrten Schweden und Europa vor einem weiteren Tschernobyl.

Gegen bekannte Gefahren kann man sich wappnen; aber das Unglück im Reaktor Forsmark zeigte uns überdeutlich, dass wir nicht alle kennen.

**Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

## Zukunftsgerechte Energiepolitik

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Das Thema „Energiepolitik“ ist kein rein technisches Politikfeld, wie es vielleicht einigen Menschen scheint. Wenn sich Energiesicherheit als die *„Funktionsfähigkeit grundlegender Strukturen und die Realisierbarkeit zentraler Werte einer Gesellschaft“* definieren lässt, dann muss sie ein zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung sein. Vor diesem Hintergrund ist die Sozialdemokratie gefordert, ein innovatives und ökologisches Leitbild einer sozial-demokratischen Energiepolitik zu definieren. Diese muss dabei sowohl praktikabel sein als auch auf den grundlegenden Werten der sozialen Demokratie beruhen. Den Jusos und der SPD in Rheinland Pfalz fehlen bisher ein zusammenhängendes Konzept und ausformulierte Anforderungen nicht nur an globale und bundespolitische, sondern auch an die rheinland-pfälzische Energiepolitik und an die innerverbandliche Behandlung des Themas. Diesem Defizit soll der folgende Antrag abhelfen.

Die Landeskonferenz der Jusos Rheinland-Pfalz möge folgende Forderungen und Positionierungen beschließen:

### **Erste Herausforderung : Energieversorgungssicherheit, Daseinsvorsorge**

Die steigende Strom-, Heizungs- und Benzinpreise führen uns die Bedeutung einer sicheren Energieversorgung jeden Tag deutlicher vor Augen. Gleichzeitig mehren sich die Warnungen in Wissenschaft und Medien vor sich zuspitzenden internationalen Konflikten um die geringer werdenden Öl- und Gasreserven. Die gegenwärtige Verknappung hat vielfältige Ursachen. Politisches Kalkül, internationale Konflikte, ungezügelter Handel mit Energieträgern wie auch faktisches Marktversagen auf der Basis einer Monopolisierung der Energieversorgung und Stromproduktion trägt zu den steigenden Kosten bei. Ein zukünftige Energiepolitik muss eine weitgehend unabhängige und dauerhaft stabile Versorgung zum Ziel haben.

### **Zweite Herausforderung: Risiken und Nebenwirkungen der Atomenergienutzung**

Stromerzeugung durch Atomkraft wirft nach wie vor zahlreiche ungelöste Probleme auf: Die wichtigsten sind die Untrennbarkeit von friedlicher und „ziviler Nutzung“ im Kreislauf spaltbarer Materialien, die Gefahr der Proliferation (also die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen, von Atomwaffentechnologie und Rohstoffen, aber auch „schmutzige Bomben“ z. B. aus bei der zivilen Nutzung anfallenden Abfällen), die extreme Umweltbelastung bei der Förderung und Aufbereitung des „fossilen“, also auch endlichen, Brennstoffs Uran, die unlösbare Entsorgungsfrage des gefährlichen und Jahrtausende unkontrollierbar strahlenden Mülls, die Risiken bei den Transporten quer durch Deutschland und Europa, sowie natürlich von Störfällen mit

44 uneingrenzbar Folgeschäden beim Betrieb der Atomanlagen und schließlich die  
45 Verwundbarkeit durch Terroranschläge auf eben diese Anlagen. Eine  
46 verantwortungsbewusste Energiepolitik muss nicht nur den sofortigen deutschen,  
47 sondern den langfristigen internationalen Ausstieg aus der Atomenergie zum Ziel  
48 haben.

#### 49 **Dritte Herausforderung: Nebenwirkungen und Endlichkeit fossiler Energieträger**

50 Die Klimaveränderung mit zunehmenden extremen Klimaschwankungen,  
51 Trockenperioden und Überschwemmungskatastrophen machen immer deutlicher, dass  
52 CO<sub>2</sub>produzierende Nutzung fossiler Energieträger unverantwortbar und ein  
53 schnellstmöglicher Umbau hin zu sauberen, erneuerbaren Energien vonnöten ist. Eine  
54 zukünftige Energiepolitik muss daher ökologisch ausgerichtet und dem Prinzip der  
55 Nachhaltigkeit verpflichtet sein.

56

#### 57 **1. „Kein Krieg um Öl“, sondern eine friedliche und nachhaltige Strategie zur** 58 **Gewährleistung von Energieversorgungssicherheit**

59

#### 60 **Internationale Energiebeziehungen gerecht und demokratisch gestalten**

61

62 Eine Verringerung des Konfliktpotentials internationaler Energiebeziehungen kann nur  
63 durch den Dialog zwischen den beteiligten Staaten gewährleistet werden.  
64 Insbesondere die Kommunikation zwischen den ProduzentInnen und den  
65 KonsumentInnen energetischer Rohstoffe muss gestärkt werden. Jenseits der  
66 Reduzierung von Abhängigkeiten durch Diversifizierung und Vorratshaltung trägt  
67 insbesondere die Stabilisierung der internationalen Energiebeziehungen zu einer  
68 Steigerung der Energieversorgungssicherheit bei. Dazu gehört in erster Linie die  
69 Kommunikation zwischen den beteiligten Parteien, sowohl durch vielfältige informelle  
70 Beziehungen („ökonomische Entspannungspolitik“) als auch im Rahmen  
71 internationaler Organisationen. Bestehende Organisationen wie die Internationale  
72 Energie Agentur (IEA) oder die Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC)  
73 beziehen aber immer nur eine Seite internationaler Energiebeziehungen ein:  
74 KonsumentInnen oder ProduzentInnen. Eine echte Gewährleistung von  
75 Energiesicherheit lässt sich auf internationaler Ebene jedoch vor allem durch einen  
76 intensiven Dialog zwischen den ProduzentInnen und den KonsumentInnen sichern. Nur  
77 auf dieser Basis kann gewährleistet werden, dass das gemeinsame Interesse an einem  
78 stabilen Austausch energetischer Ressourcen den Vorrang vor  
79 Gewinnmaximierungsabsichten der beteiligten Gruppen erhält. Der von Seiten der EU  
80 durchgeführte Energiedialog mit der Russischen Föderation stellt vor diesem  
81 Hintergrund einen wichtigen Beitrag dar. Dieser muss allerdings einerseits auf  
82 zusätzliche EnergielieferantInnen erweitert, andererseits um wirkungsvolle Regeln  
83 und entsprechende Sanktionsmechanismen vertieft werden. Die Vorratshaltung von  
84 Energieträgern ist auszubauen und somit der öffentlichen Hand die Möglichkeit zu  
85 bieten, bei sinkendem Angebot ausgleichend auf die Preisentwicklung reagieren zu  
86 können. Damit können Krisen in der Energieversorgung flexibel bewältigt und in ihren

87 Folgen reduziert werden. Die Potenz der EU ist im Sinne eines fairen und friedlichen  
88 Welthandels einzusetzen.

89  
90

## 91 Innerstaatliche Versorgungssicherheit als Frage der Daseinsvorsorge

92

93 Auf fast keinem anderen Markt in unserer Volkswirtschaft gibt es weniger Wettbewerb  
94 als auf dem Energiesektor. Die Kartelle und monopolistischen Organisationsformen  
95 bestehen hier fast schon seit Begründung dieser Technologie. Daran haben auch die  
96 diversen Reformen der letzten Bundesregierung, beispielsweise mit dem  
97 Energieeinspeisungsgesetz, nichts geändert.

98 Schuld daran ist die Beschaffenheit des Marktes, insbesondere der der Netzanbieter,  
99 der als fokalen Punkt ein natürliches Monopol aufweist.<sup>5</sup> Zwar besteht mehr oder  
100 weniger starker Wettbewerb zwischen den einzelnen Stromanbietern, diese sind aber  
101 für den Transport ihrer „Ware“ auf die Netzbetreiber angewiesen. Hier gibt es aber  
102 nur eine handvoll Firmen, die Stromnetze in Deutschland betreiben. Diese Firmen  
103 bilden ein verdecktes Kartell und haben den deutschen Markt unter sich aufgeteilt.  
104 Die einzelnen Firmen üben, in denen ihnen „zugeteilten“ Regionen der  
105 Bundesrepublik, eine monopolistische Stellung aus und diktieren letztlich auch den  
106 EndverbraucherInnen ihre Preise. Dies können sie, da sie den Stromanbietern die  
107 Preise für die Durchleitung des Stromes nahezu beliebig diktieren können. Die  
108 Versuche von staatlicher Seite diesen oligopolistischen Markt zu regulieren sind  
109 bislang gescheitert. Es war, und wird wohl auch nicht möglich sein, durch  
110 Markteingriffe in die Preisstruktur, Wettbewerb zu simulieren, da hier  
111 Informationsdefizite der öffentlichen Hand vorliegen.

112

113 Darüber hinaus besteht bei den Netzbetreibern auch wenig Anreiz in neue  
114 Technologien, die zu mehr Versorgungssicherheit und zu weniger Energieverlust bei  
115 Durchleitung führen, zu investieren, da diese Investitionen ihre Renditeerwartung und  
116 somit ihre Monopolrenten schmälern. Folgen dieser nicht auf Nachhaltigkeit  
117 beruhenden Unternehmungspolitik ließen sich beim letzten großflächigen Stromausfall  
118 beobachten, als weite Teile von Rheinland-Pfalz und der angrenzenden Regionen  
119 stunden- und teilweise tagelang ohne Strom auskommen mussten. Hier ist Handeln  
120 von staatlicher Seite über die bloße Regulierung hinaus gefordert, z. B durch die  
121 Festsetzung eines Durchleitungspreises.

122

123 Ähnliche Strukturen eines natürlichen Monopols finden sich im Bereich der  
124 Wasserversorgung. BetreiberInnen eines Leitungssystems brauchen nicht um  
125 Konkurrenz besorgt zu sein. Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut, das höchste  
126 Qualität verlangt. Die örtlichen und regionalen Wasserversorger müssen daher im  
127 ausschließlichen Besitz der öffentlichen Hand sein. Die öffentliche Hand kann hier

---

<sup>5</sup> Ein natürliches Monopol liegt dann vor, wenn fallende Durchschnittskosten und zumindest konstante, oder auch fallende Grenzkosten vorliegen. Daneben sind die Fixkosten für den Einstieg in Konkurrenzmaßnahmen fast unüberwindlich hoch.

128 ihre Preisstruktur so festlegen, dass z.B. wassersparendes Verhalten honoriert wird.  
129 Kommunale TrägerInnen von Energie- wie von Wasserversorgung sollten sich hüten,  
130 diese Versorgungssysteme zu privatisieren, nur weil sie glauben, so ihre Haushalte  
131 kurzfristig zu sanieren. Die Entwicklung wird eine andere sein. Die Kosten für Wasser  
132 werden ebenso steigen wie jetzt schon die für die Energieversorgung mit Wärme und  
133 Elektrizität und die Versorgungssicherheit wird abnehmen. Am Ende, wenn die Firmen  
134 sich wieder vom Markt zurückziehen, sind die öffentlichen Gebietskörperschaften  
135 dann doch wieder in der finanziellen Verantwortung.

136 Dies zeigt eine Vielzahl von Negativbeispielen in anderen europäischen Ländern. So  
137 hatte sich eine Tochter des deutschen RWE Konzerns in die Wasserversorgung von  
138 London eingekauft mit der Folge, dass nach wenigen Jahren des „Wirtschaften“ ein  
139 Stadtteil von London, nach einem Defekt am Leitungssystem, wochenlang ohne  
140 Trinkwasser auskommen musste. Im Maßstab einer Stadt wie London bedeutete das  
141 über eine Millionen Menschen ohne Versorgung waren. Der Konzern sah es auch erst  
142 nach einigen Tagen ein, den Menschen eine Notversorgung durch Tankzüge  
143 bereitzustellen. Nach diesem Skandal, sah sich die Stadt, zu Recht, dazu gezwungen  
144 das Engagement von RWE auf dem Wassersektor zu unterbinden.

#### 145 146 **Dezentralisierung der Stromerzeugung und Abhängigkeit von Importen Reduzieren** 147

148 Deutschland und Rheinland-Pfalz weisen eine hohe Abhängigkeit von Energieimporten,  
149 sowohl von Strom, also auch von Gas und Öl auf. Dies schränkt politische  
150 Handlungsspielräume ein. Die notwendige Strategie zu mehr Unabhängigkeit umfasst  
151 kurzfristig die Diversifizierung, d. h. die Nutzung verschiedener Energiequellen und  
152 Exporteure auf der AnbieterInnenseite, kurz- und mittelfristig die Senkung des  
153 Energieverbrauchs zum Beispiel durch energiesparendes Bauen und Sanieren und die  
154 bewusst vorangetriebene Effizienzsteigerung im Energieverbrauch.  
155 Arbeitsplatzintensiv ist und somit sozial- und wirtschaftspolitisch wünschenswerte  
156 Effekte hat diese Energie-Effizienzsteigerungsstrategie außerdem. Diese muss von  
157 Landesregierung und Kommunen durch öffentliche Investitionen und Kampagnen  
158 gefördert werden. Investitionen in diesem Bereich kommen vor allem dem rheinland-  
159 pfälzischen Handwerk und Mittelstand im ländlichen Raum zu gute.

160  
161 Schließlich müssen wir uns mittel- und langfristig neue, eigener Energiequellen  
162 erschließen. Rheinland-Pfalz könnte sich die schwedische Strategie zum Vorbild  
163 nehmen, in zwanzig Jahren unabhängig vom Energieträger Erdöl zu werden.

164  
165 Im Zuge einer nachhaltigen Energiepolitik mit einer stärkeren Unabhängigkeit der  
166 EndverbraucherInnen von großen Energiekonzernen kann nur die Dezentralisierung  
167 und Kommunalisierung der Energieerzeugung das Ziel einer ökologischen vernünftigen  
168 Politik sein. Öffentliche Versorgungsstrukturen in kleinteiligen Räumen führen zu  
169 einer höheren Lieferstabilität. Bei Anbietern in öffentlichen Hand können sogar die  
170 Preise demokratisch bestimmt werden.

171

## 172 Daseinsvorsorge als sozialpolitische Aufgabe

173  
174 Es wird schnell deutlich welche Verantwortung im Bereich der Energiepolitik getragen  
175 wird. Zum einen muss Versorgungssicherheit für die Bevölkerung sichergestellt  
176 werden. Ein Versagen führt hier im harmlosesten Fall zu großen Unannehmlichkeiten  
177 für die Bevölkerung, aber kann hin bis zu Gefahr für die allgemeine Hygiene und für  
178 die Gesundheit reichen.

179 Zum anderen sind alle Bereiche der Volkswirtschaft auf eine sichere Versorgung mit  
180 Energie als Produktionsfaktor angewiesen. Mangelnde Versorgungssicherheit kann hier  
181 zu großen finanziellen Verlusten führen und Betriebe und somit auch Arbeitsplätze  
182 gefährden.

183 Energieversorgung in öffentlicher Hand ist zudem auch Instrument von Sozialpolitik.  
184 Die Öffentliche Hand unterliegt nicht dem betriebswirtschaftlichen  
185 Gewinnmaximierungskalkül und kann Energie zu fairen Preisen an die  
186 VerbraucherInnen, also BürgerInnen abgeben. So ist sichergestellt, dass niemand von  
187 der Energienutzung (Wasser- und Stromversorgung) ausgeschlossen wird, weil sie oder  
188 er schlicht die Preise nicht mehr zahlen kann. Ausschluss von Energie heißt schlicht  
189 soziale Ausgrenzung erster Ordnung, praktisch den Entzug einer Lebensgrundlage. Dies  
190 darf nicht passieren. Hier ist staatliches Handeln angesagt. Die öffentliche Hand darf  
191 ihren Gestaltungsanspruch und ihre Verantwortung nicht von sich weisen.

192 Es ist durchaus nicht gesagt, dass die kommunalen VersorgerInnen durch ihr Handeln  
193 keine Gewinne machen, oder machen dürfen. Lässt sich in einem Bereich der  
194 Versorgung ein Überschuss erwirtschaften, können andere Bereiche der öffentlichen  
195 Leistungen für die BürgerInnen im Gegenzug teilsubventioniert werden.

196

## 197 2. Wir haben dazugelernt: Raus aus der Atomspirale !

198

199 Die Stromproduktion in Kernreaktoren ist als internationales Problem zu begreifen und  
200 politisch zu bekämpfen. Die aktuelle Praxis des „Brennstoffkreislaufs“ birgt  
201 unbeherrschbare Gefahren und inakzeptable Risiken und muss daher sofort beendet  
202 werden. Die Trennbarkeit von ziviler und militärischer Nutzung der Technologie darf  
203 nicht länger wie im Atomwaffensperrvertrag angenommen werden. Wir brauchen  
204 daher neue internationale Verträge über regionale und globale atomare Abrüstung  
205 und Atomausstieg.

206

## 207 Unmöglichkeit einer rein „zivilen“ Nutzung der Kernenergie

208

209 Eine Trennung von „ziviler“ und militärischer Nutzung ist nur auf dem Papier, aber  
210 nicht in der Praxis möglich, da die benötigten Fachkenntnisse und Technik  
211 sogenannten „Dual use“- Charakter aufweisen. Die Grundidee des Sperrvertrags ist  
212 somit nicht glaubwürdig, wie sich gerade bei der Auseinandersetzung mit dem Iran  
213 wieder beispielhaft zeigt.

214 Im Atomwaffensperrvertrag von 1968 haben sich - neben fast allen anderen Staaten  
215 weltweit - auch Deutschland und der Iran verpflichtet, auf den Bau, die Bereithaltung

216 und Nutzung von Atomwaffen zu verzichten. Die Atommächte hatten sich gleichzeitig  
217 in diesem Vertrag zur schrittweisen Abrüstung verpflichtet. Diese zweite Seite des  
218 Vertrags wurde bisher weitgehend ignoriert. Aus dem Vertrag ergibt sich ein  
219 gleichberechtigtes Recht auch des Irans zur friedlichen Nutzung der  
220 Atomtechnologie. Angesichts der reichen Erdgas- und Erdölvorkommen des Landes  
221 stellt sich jedoch die Frage, warum er die vergleichsweise teure Energiequelle  
222 Kernkraft fördert. Dies ist wohl offensichtlich: Der Iran will ein Bedrohungspotential  
223 aufbauen, das den Staat unangreifbar, aus demselben Grund behauptet ja  
224 Nordkorea, über die Waffen bereits zu verfügen. Eine Abrüstung ist hier nur durch  
225 vertrauensbildende Diplomatie und einen Abbau des Bedrohungspotentials und damit  
226 der Motivation zur atomaren Aufrüstung aus einem nachvollziehbaren  
227 Sicherheitsbedürfnis heraus zu erreichen. Dasselbe gilt natürlich für Israel, das dem  
228 Atomwaffensperrvertrag nie beigetreten ist.

229  
230 Andererseits machen aber tatsächlich zu friedlichen Zwecken verwendete  
231 Atomanlagen, gerade in konfliktträchtigen Regionen, in Zeiten des globalen  
232 Terrorismus aber natürlich auch bei uns, die Standortländer extrem verwundbar.  
233 (Potentielle) AngreiferInnen auf diese Staaten brauchen sich keine Atomwaffen zu  
234 beschaffen, es reichen konventionelle Waffen - oder wie wir seit dem elften  
235 September 2001 nie vergessen werden, auch zivile Flugzeuge. Nach diesen  
236 Terroranschlägen inhaftierte Islamisten sagten aus, dass Mohammed Atta als  
237 alternative Ziele die Reaktorblöcke des Kraftwerks Indian Point am Hudson River  
238 anvisiert hatte. Einen solchen Angriff würde kein Kraftwerk überstehen, ebenso wie  
239 auch ein durch reinen Zufall, also ein normales Flugzeugunglück abgestürzte große  
240 Fracht- oder Passagiermaschine.

241  
242 **Wir fordern den technisch schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie**

243  
244 Der Stromverbrauch Deutschlands lag 2005 bei 611 Terrawattstunden (TWh), bei einer  
245 installierten Gesamtleistung von rund 129 Gigawatt (GW). Der Beitrag der  
246 Atomenergie zur Brutto-Stromerzeugung betrug im Jahr 2005 zirka 163 TWh, bei einer  
247 installierten Leistung von 21,7 GW. Mit 76,3 GW war am 3. Dezember 2003 nach  
248 Angaben des Verbandes der Netzbetreiber eine - wetterbedingt - außergewöhnliche  
249 Höchstlast zu verzeichnen. Eine Leistung von zirka 76 GW ist folglich bei heutigen  
250 Verbrauchszahlen zur Deckung des Strombedarfs ausreichend. Auch nach dem  
251 sofortigen Atomausstieg wäre die Stromversorgung bei der verbleibenden installierten  
252 Gesamtleistung von etwas mehr als 100 GW gesichert.

253 Der vorübergehende Einsatz einiger Reservekraftwerke im Grund- und  
254 Mittellastbereich (überwiegend Kohle und Gaskraftwerke) würde allerdings  
255 vorübergehend zu einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen führen. Diese kurzfristig  
256 steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen als Ergebnis einer Risikoabwägung für akzeptabel  
257 gehalten werden, denn die Emissionen können durch eine Reihe von Maßnahmen  
258 innerhalb weniger Jahre deutlich unter das heutige Niveau gesenkt werden.



259 Atomkraft ist die am höchsten subventionierte Energiequelle. Die Bundesregierungen  
260 haben seit 1960 mehr als 20 Mrd. Euro in die Atomforschung gesteckt. Der Strompreis  
261 stieg zur Markteinführung der Atomkraft (1970 bis 1985) um 5 Ct/kWh. Die  
262 Stromkonzerne legten 35 Mrd. Euro steuerfreie „Entsorgungs“-Rücklage an, die sie  
263 zum Aufkauf von Marktkonkurrenten missbrauchten. Die Entsorgungskosten sind nicht  
264 absehbar und werden vom Staat getragen. „Ökosteuer“ wird auf Uran nicht - im  
265 Gegensatz zu allen anderen Energieträgern - gezahlt. Der größte Marktvorteil  
266 gegenüber anderen Stromerzeugern aber steht im Atomgesetz: Atomkraftwerke sind  
267 von einer angemessenen Haftpflichtversicherung befreit. Wir fordern daher die  
268 Bundesregierung auf, sich gegen jegliche Subventionierung und staatlicher oder  
269 europäischer Förderung von Atomenergie einzusetzen, das heißt auch, den  
270 EurAtomvertrag aus der Europäischen Verfassung zu lösen.

271  
272 Die Atomenergienutzung muss in Deutschland beendet werden, aber auch darüber  
273 hinaus. Die tödliche Strahlenbelastung bei Störfällen, Reaktorkatastrophen und  
274 Terrorangriffen macht an keiner Grenze halt, wie wir spätestens seit Tschernobyl nie  
275 wieder verdrängen dürfen. In der europäischen Saar-Lor- Lux-RLP-Großregion muss ein  
276 gemeinsames Energiekonzept im hier skizzierten Sinne erarbeitet werden, ein  
277 Endlager in Bure werden wir gemeinsam mit örtlichen Initiativen und  
278 Widerstandsgruppen zu verhindern versuchen. Die Landesregierung sollte endlich zu  
279 diesem Thema Stellung beziehen.

280  
281 **3. Erneuerbare Energien müssen die Fossilen langfristig ganz ablösen**

282  
283 Die Verbrennung fossiler Rohstoffe stellt eine substantielle Gefährdung des  
284 ökologischen Gleichgewichts dar. Daher fordern die Jusos Rheinland-Pfalz die  
285 Bundesregierung auf, sich weiterhin in der internationalen Zusammenarbeit für eine  
286 schnelle und effiziente Entwicklung regenerativer Energien einzusetzen, damit sich  
287 diese in möglichst kurzer Zeit als wirtschaftliche Alternative zu Atomstrom und  
288 fossilen Energieträgern etablieren können. Letztendlich können alle bis hierher  
289 vorgestellten Ansätze nur vorübergehender Natur sein. Langfristig muss ein Umbau  
290 der Energieversorgung auf regenerative Energieträger angestrebt werden.

291  
292 Im Straßenverkehr sollte verstärkt auf sog. Bio-Ethanole (z.B. Raps-Öl) gesetzt  
293 werden. Die Zukunft gehört den „sauberen“ (d. h. mithilfe regenerativer Energien  
294 hergestellten) Kraftstoffen wie Wasserstoff oder Strom, welche den Antrieb von  
295 Fahrzeugen besorgen. Eine effiziente Mobilität und Logistik setzt zudem auf einen  
296 Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln.

297 Im Bereich der Stromversorgung müssen umweltverträgliche Energieformen, wie  
298 Biomasse, Wasser-, Solar- oder Windenergie, weiterhin und verstärkt gefördert  
299 werden um langfristig nicht nur die atomare sondern auch die fossile  
300 Energieversorgung durch saubere und nachhaltige EnergieträgerInnen zu ersetzen.

301

302 Wie lange die Vorräte letztlich noch ausgebeutet werden könnten, bis sie erschöpft  
303 sind, spielt eigentlich keine Rolle. Der Zeitpunkt, da Öl nicht mehr verwendet werden  
304 kann, liegt ohnehin früher als der seines Erschöpfungszeitpunktes. Hier werden  
305 Marktprozesse, genauer das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, ihr Übriges  
306 tun. Öl wird schlicht zu teuer werden, als das es noch in dem Umfang wie heute  
307 verbrannt werden könnte, selbst wenn es davon noch „reichliche“ Vorkommen geben  
308 sollte.

309  
310  
311  
312

### 313 **Rheinland-Pfalz: Land der Energiepioniere**

314

315 In Rheinland-Pfalz sind wir durch die intensiven Bemühungen der SPD Landesregierung  
316 auf keinem schlechten Weg. Wir wollen zum führenden Land im Bereich erneuerbarer  
317 Energien werden. Die Energiegewinnung aus Biomasse und Geothermie ist konsequent  
318 zu fördern. Mit dem Ziel die rheinland-pfälzischen Gemeinden bei der Wärme- und  
319 Stromversorgung zu Eigenversorgern zu machen gehen wir der Entwicklung voran.

320

321 Neben der Einführung erneuerbarer Energien zur Eigenversorgung gehören auch die  
322 Themen Einsparung und Energieeffizienz auf die Tagesordnung.

323

324 Neben der Umstellung der eigenen Versorgung ergeben sich hier auch große  
325 Möglichkeiten für den innovativen Mittelstand und das Handwerk. Nicht nur die  
326 praktische Umsetzung und die Produktion muss in Rheinland-Pfalz eine Heimat haben,  
327 auch Forschung und Ausbildung versprechen im Bereich Energie für die Zukunft  
328 gewaltige Wachstumschancen.

329

330 Die Akzeptanz neue Wege zu gehen zeigt sich am Beispiel der Gemeinde Weilerbach in  
331 der Westpfalz. Hier wurden erneuerbare Energien konsequent gefördert und für deren  
332 Akzeptanz geworben. In keiner Gemeinde gibt es einen höheren Anteil an  
333 Photovoltaikanlagen auf öffentlichen und privaten Gebäuden.

334

### 335 **Geothermie:**

336 Die Umstellung der Kleinfeueranlagen in Privathäusern, die den größten Anteil des  
337 CO<sub>2</sub> Ausstoßes ausmachen, auf Erdwärme muss ein Ziel der Energie- und  
338 Umweltpolitik werden. Was die Wärmepumpen in privaten Haushalten sind, können  
339 Geothermieanlagen für die dezentrale Stromerzeugung sein. Erdwärme steht uns  
340 kostenlos und so lange der Planet existiert, zur Verfügung. Es müssen weiter  
341 Bemühungen unternommen werden hier Versuchsanlagen an günstigen Orten im Land  
342 zu errichten.

343

344

345

346 **Biomasse:**

347 Ein weiterer Bereich der Dezentralisierung ist die Verwendung von Biomasse. Gerade  
348 im ländlichen Raum existiert hier großes, bislang ungenutztes Potential. Hier muss es  
349 eine kontinuierliche Förderung von LandwirtInnen und Kommunen, die ihre  
350 Energieversorgung daraufhin ausrichten wollen geben, solche Biogasanlagen zu  
351 schaffen. Zum einen geht es darum in Produktionen entstehende Biogaze (Klärgasse)  
352 zu nutzen, aber auch diese selbst zu erzeugen. Hierzu dienen z.B. Energiepflanzen,  
353 aber auch Holz. Landwirte können die Energiewirte der Zukunft sein. **Solar-,**

354 **Wasser- und Windkraft:**

355 Die Energiegewinnung aus den Trägern Sonne, Wasser und Wind ist im Einklang mit  
356 der Bevölkerung auszubauen. Gerade die Solarenergie kann landschaftsschonend und  
357 kleinteilig eingesetzt werden.

358 **Innovativer Mittelstand und Handwerk:**

359 Deutschland ist im Bereich der von erneuerbaren Energie Technologievorreiter. Dies  
360 bedeutet nicht zu letzt Marktführerschaft. Immer mehr Länder erkenne die  
361 Notwendigkeit der energiepolitischen Wende und kaufen Technologien bei heimischen  
362 Firmen ein. So werden Hochleistungswindgeneratoren heute in alle Welt verkauft - in  
363 den Häfen der Großen Seen in Kanada sind „Windwheels made in Germany“ das  
364 Produkt, das die größte Handelsmenge ausmacht.

365  
366 Die Nutzbarmachung erneuerbarer Energien ist ein Exportschlager, der in Deutschland  
367 Arbeitsplätze schafft. Die Entwicklung ist erst am Anfang. Diese Technologie wird ein  
368 Wachstumsmotor der Zukunft sein. In diesem Bereich die technologische  
369 VorreiterInnenposition zu halten, wäre Aufgabe einer auf Nachhaltigkeit  
370 ausgerichteten Politik, die viele Vorteile auf sich vereinen würde. Saubere, sichere  
371 Energie gepaart mit wettbewerbsfähigen Exportartikeln.

372  
373 Der Umbau der rheinland-pfälzischen Energieversorgung birgt große Chancen gerade  
374 für Handwerker und Mittelständler im Land. Vor allem im Bereich Biomasse und  
375 Geothermie müssen wir Zukunftsfelder besetzen. Es gilt hier gezielte  
376 Wirtschaftsförderung zu betreiben.

377  
378 **Forschung und Ausbildung:**

379 Rheinland-Pfalz muss zum führenden Standort für Forschung und Ausbildung im  
380 Bereich der erneuerbaren Energien werden. Gerade im Bereich Biomasse und  
381 Geothermie gibt es noch große Entwicklungspotentiale. Die Bildung von  
382 Forschungseinrichtungen kann zum Kern von Produktionsclustern für  
383 Energietechnologien werden. Neben der technischen Entwicklung gilt es Handwerker,  
384 Energieplaner und Energieingenieure auszubilden, die die neuen Technologien im  
385 Land planen und umsetzen.

386  
387 Rheinland-Pfalz soll daher als erstes Land eine Fachhochschule für erneuerbare  
388 Energien gründen und Ausbildungs- und Weiterbildungszentren für Handwerker und

- 389 Ingenieure einrichten. Diese kann an den Umweltcampus-Birkenfeld angegliedert sein  
390 und einen eigenen Standort in eine strukturschwachen Region des Landes bekommen.  
391  
392 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

1  
2  
3 **Friedensarbeit in einem geteilten Land -**  
4 **Bildungsreise der Jusos Rheinland-Pfalz nach Israel und**  
5 **Palästina**

6  
7 **Die Landeskonzferenz möge beschließen:**  
8

9 Der Landesverband der Jusos Rheinland-Pfalz führt 2007 eine Bildungsreise nach Israel  
10 und Palästina durch, um sich über die Friedensarbeit des Willy-Brandt-Zentrums in  
11 Ost-Jerusalem zu informieren und um den Kontakt mit den politischen  
12 PartnerInnenorganisationen in der Region, der israelischen Arbeiterpartei-Jugend und  
13 der palästinensischen Fatah-Jugend, aufzubauen.  
14

15 Hierzu werden Gelder aus dem LV-Projekttopf in Höhe von 1500,- Euro zur Verfügung  
16 gestellt.  
17

18 **Begründung:**  
19

20 Mit dem Ausbruch der zweiten Intifada im Dezember 2000 hat sich das Leben für die  
21 Menschen in Israel und Palästina zusehends verschlechtert: Während Israelis in  
22 ständiger Angst vor einem neuerlichen Sprengstoffattentat leben, kämpfen  
23 PalästinenserInnen mit täglichen Schikanen an den Checkpoints und zunehmender  
24 Armut. Die Fronten scheinen verhärtet, offizielle und direkte Kontakte zwischen der  
25 israelischen und der palästinensischen Seite sind immer schwieriger geworden.  
26

27 Einen wichtigen Beitrag zur Friedensarbeit im Krisenherd Naher Osten leistet das an  
28 der Grenze zwischen Ost- und West-Jerusalem gelegene „Willy-Brandt-Zentrum für  
29 Begegnung und Verständigung“. Das WBZ, 1996 auf Initiative der Jusos und ihrer  
30 damaligen Vorsitzenden Andrea Nahles gegründet und im Oktober 2003 eröffnet,  
31 veranstaltet regelmäßige Treffen zwischen israelischen, palästinensischen und  
32 deutschen jungen Menschen. Bei diesen Foren, Tagungen und Workshops werden  
33 Konflikte thematisiert, Lösungsmöglichkeiten diskutiert und so langfristig ein  
34 innergesellschaftlicher Friedensprozess angeregt.  
35

36  
37 Die Landeskommision Internationales wird sich bei ihren nächsten Treffen ausführlich  
38 mit der allgemeinen Lage im Nahen Osten und insbesondere mit den gegensätzlichen  
39 Positionen der israelischen und der palästinensischen Seite beschäftigen. Zudem ist  
40 ein Planspiel zum Thema Nahostkonflikt in der konkreten Erarbeitung. Eine wichtige  
41 Frage dabei wird sein, wie Friedensarbeit, auch von Juso-Seite, in diesem  
42 konfliktreichen Land aussehen kann.

43  
44 Dazu wollen wir den Dialog mit unseren politischen Partnerorganisationen im Nahen  
45 Osten, der israelischen Arbeiterpartei-Jugend und der palästinensischen Fatah-  
46 Jugend, suchen. Denn die Stärkung dieser innergesellschaftlichen Kräfte ist unserer  
47 Ansicht nach ein wichtiger Baustein für eine gerechte Lösung des Konfliktes.

48  
49 Die Durchführung der Nahostreise wird im März 2007 angestrebt. Der Finanzrahmen  
50 ergibt sich aus einer ersten Kosteneinschätzung, die Unterkunft, Anreise und Visa  
51 beinhaltet. Die restlichen Kosten werden durch bereits beantragte Bundes-KJP-Mittel  
52 und TeilnehmerInnenbeiträge gedeckt.

53  
54  
55 Die Landskommission Internationales sieht die Unterstützung unserer Partner in Israel  
56 und Palästina als eine wichtige Aufgabe internationaler Politik der Jusos an. Sie bittet  
57 deshalb, dem Antrag zuzustimmen

58  
59 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

1  
2  
3 *Manifest of Partnership*

4  
5 *Young Socialists Rhineland-Palatinate and the Social*  
6 *Democratic Union of Youth St. Petersburg*

7  
8 Die Landekonferenz möge beschließen:  
9

10 1. Introducing remarks  
11

12 We, the Young Socialists (Jusos) Rhineland-Palatinate and the Social Democratic  
13 Union of Youth (SDUY) ST. Petersburg, agreed on the establishment of a common  
14 partnership between our organisations based on the shared values and principles of  
15 social democracy.

16 We aim for a better understanding of each other and an improved cooperation in the  
17 promotion of democracy, social justice, non-discrimination and ecological  
18 sustainability.

19 We will create a network of mutual contacts on a variety of issues and levels,  
20 focussing on an annual meeting in one of our countries. To stabilise and focus our  
21 future cooperation, we agreed on several fields of concrete cooperation.

22 These fields are as follows:  
23

24 2. Internal structure, membership policies, communication  
25

26 Jusos and SDUY have different strengths and can contribute to the mutual  
27 development.

28 In this context, SDUY will provide the Jusos with their experience in street actions  
29 and political manifestations. They will introduce their methods of successful  
30 networking to the Jusos as well as teach them measures of fundraising for  
31 international actions.

32 Both organisations will exchange at least the main elements of their educational  
33 programmes. They will exchange ideas for actions and concrete programmes in  
34 English. The partners will aim for an English version of their homepages. Jusos will  
35 provide an English version of their working programme as soon as possible. They also  
36 will provide an English version of their campaign for gender equality  
37 (Gemischtgeschlechtliche Teams).

38  
39 3. Civil Society  
40

41 The improvement of the conditions for a viable civil society in Russia is one of the  
42 central aims of our partnership. In this context, we will include representatives from

43 German labour Unions in our future exchange programmes. These representatives  
44 shall provide their knowledge of active political work to young members of Labour  
45 Unions. The long-term strategic aim is to create conditions for active Russian Labour  
46 Unions.

47 Both organisations will activate their respective social democratic organisations  
48 within the framework of the partnership. On the side of the Jusos, this means the  
49 improvement of contacts to the FES and the activation of support from the side of the  
50 FES, especially the office in St. Petersburg, for the future partnership as far as  
51 possible. This will also include the support of the FES for concrete actions from the  
52 side of the SDUY.

53

#### 54 4. Educational Policy

55

56 This strategic orientation also influences our common position on educational policy.  
57 In this field, we commit ourselves to the long-term activation of the student's and  
58 pupils representations in St. Petersburg. The first step in this direction will be the  
59 inclusion of representatives of the student groups of Jusos into our future exchange  
60 programme. The long-term objective is the activation of the Russian Universities as a  
61 source of new members of the SDUY.

62

#### 63 5. Anti-fascist Engagement

64

65 The raise of fascist, nationalistic and right-wing-movements in general are a point of  
66 concern in Germany and Russia. The democratic principles of social democracy  
67 commit us to opposition against any racist, anti-democratic and xenophobic  
68 movements. Therefore, we will join our knowledge on the fight against right-wing  
69 radicalism and extremism. This includes the sharing of analysis and insight as well as  
70 the cooperation on specific actions and the preparation of campaigns.

71 These campaigns will include the preparation of an anti-fascist film Cinema Night  
72 until August 2007. This event will take place in Russia and Germany at the same time.  
73 For our future cooperation we aim for the organisation of an anti-fascist online  
74 conference.

75 The Jusos will establish a contact with the Network of Democracy and Courage (NDC).  
76 They will aim for the education of at least two members of SDUY (male/female) as  
77 teamers in the framework of the NDC. This form of cooperation could and should be  
78 enhanced in the long run to an formal exchange programme aiming for the exchange  
79 of experiences of anti-fascist knowledge between both parties.

80

#### 81 6. International Relations

82

83 In the field of international relations, we share the believe, that human rights, have  
84 to be the foundation of an international order. On the European level, the European  
85 Council in Strasbourg accomplishes a central importance to the guarantee of human  
86 rights. The Russian presidency of the council in 2007 will give the country the greatest



87 responsibility as a controller of human rights. Therefore we will carefully follow the  
88 performance of Russia during her presidency of the European Council. Jusos and SDUY  
89 will carry out a "Council of Europe Action Day" at the beginning of the Russian  
90 presidency. This action day will take place in Russia and Germany at the same time.  
91 The organisations will follow closely the performance of Russia as the president of the  
92 CoE.

93  
94 The Jusos will include the experience of the SDUY in their preparation for the G8  
95 Anti-summit in Germany. On an organisational level, Jusos will support the inclusion  
96 of the SDUY in the preparation of the Jusos Mecklenburg-Vorpommern by establishing  
97 contacts and urge for a formal invitation to the preparatory conference in  
98 October. On the substantial level, Jusos Rheinland-Palatinat will include the  
99 experience of SDUY in the work of the Regional Commission for International  
100 Relations. SDUY will provide the Jusos with the information necessary to carry out the  
101 "Court Game". The Jusos will forward this information as an action proposal for the  
102 local level units (Unterbezirke).

103  
104 International cooperation can be fostered by a common institutional framework. In  
105 this context SDUY and Jusos will support each other in the IUSY-framework.

#### 106 107 7. Communication

108  
109 SDUY and Jusos will meet each other at least one time every year, each year in the  
110 other country. The meeting will be organised for the second half of each year. In the  
111 first half of each year, SDUY and Jusos will contact each other in online-conferences.  
112 Each organisation will name a person who is responsible for the organisation of the  
113 national sides of these conferences.

114 SDUY and Jusos will define responsible persons for all the projects defined. These  
115 persons will keep each other informed on their respective topics. For the inter-group  
116 communication, an online-forum will be established.

117 The Jusos will enable the SDUY to publish articles in the Jusos newspaper "Sozial ist  
118 muss" that is published every four month.

#### 119 120 8. Final provision and conclusion

121 This paper will be valid after ratification by the conferences of both organisations.  
122 In carrying out the action proposals described above, we follow the general aim of  
123 improving the conditions for social democracy in our countries. Our long-term goal is  
124 the establishment of an active, politicized and sustainable social democratic  
125 movement far beyond the border of our parties.

126 We also follow the aim to improve the understanding of each other and of our  
127 countries.

128  
129 **Begründung erfolgt mündlich.**

## (Übersetzung von D 2)

1  
2  
3 Die Landeskonzferenz möge beschließen:  
4

### Manifest der Partnerschaft

5 Jusos Rheinland-Pfalz und die Vereinigung junger Sozialdemokraten Sankt Petersburg  
6  
7

#### 1. Einführende Bemerkungen

8  
9  
10 Wir, die JungsozialistInnen Rheinland-Pfalz (Jusos) und die Vereinigung junger  
11 Sozialdemokraten Sankt Petersburg (SDUY), haben uns auf eine gemeinsame  
12 Partnerschaft unserer Organisationen, basierend auf den gemeinsamen Werten und  
13 Prinzipien der sozialen Demokratie, geeinigt. Wir setzen uns für eine bessere  
14 Verständigung untereinander und eine tiefe Kooperation im Fördern von Demokratie,  
15 sozialer Gerechtigkeit, Antidiskriminierung und ökologischer Nachhaltigkeit ein.

16 Wir werden ein Netzwerk des regelmäßigen Kontakts über verschiedene Themen und  
17 auf verschiedenen Ebenen, das sich auf ein jährliches Treffen in einem unserer Länder  
18 fokussiert, gründen. Um unsere zukünftige Kooperation zu stabilisieren und  
19 konkretisieren, haben wir uns auf einige Felder konkreter Kooperation geeinigt.

20 Diese Felder sind folgende:  
21

#### 2. Interne Struktur, Mitgliederpolitik, Kommunikation

22  
23  
24 Jusos und SDUY haben unterschiedliche Stärken welche sie zur gemeinsamen  
25 Entwicklung beitragen können.

26 In diesem Zusammenhang wird die SDUY die Jusos mit ihrer Erfahrung mit  
27 Straßenaktionen und politischen Demonstrationen unterstützen. Sie werden die Jusos  
28 in ihre Methoden des erfolgreichen Netzwerkes einführen, wie auch beim  
29 „fundraising“ für internationale Maßnahmen beraten.

30 Beide Organisationen werden zunächst die Hauptelemente ihrer Bildungsprogramme  
31 austauschen. Sie werden Ideen für Aktionen und konkrete Programme in Englisch  
32 austauschen. Die Partner haben eine englische Version ihrer jeweiligen Homepage als  
33 Ziel. Die Jusos werden eine englische Version ihres Arbeitsprogramms so schnell wie  
34 möglich erarbeiten/beitragen. Sie werden ebenso eine englische Version des Konzepts  
35 ihrer „gemischgeschlechtlichen Teams“ erarbeiten.  
36

#### 3. Zivilgesellschaft

37  
38  
39 Die Entwicklung von Konditionen für eine lebendige Zivilgesellschaft in Russland ist  
40 eines der zentralen Ziele unserer Partnerschaft. In diesem Zusammenhang werden wir  
41 Repräsentanten deutscher Gewerkschaften in unsere zukünftigen  
42 Austauschprogramme miteinbeziehen. Diese Repräsentanten sollen ihr Wissen über  
43 aktive politische Arbeit jungen Mitgliedern von Gewerkschaften vermitteln. Das  
44 langfristige Ziel ist es Konditionen für aktive russische Gewerkschaften zu schaffen.

2. Angenommenen Anträge

45 Beide Organisationen werden ihre jeweiligen sozialdemokratischen Organisationen in  
46 die Strukturen der Partnerschaft miteinbinden. Auf der Seite der Jusos ist damit die  
47 Entwicklung von Kontakten zur FES und die schnellstmögliche Aktivierung von  
48 Unterstützung der zukünftigen Partnerschaft durch die FES, insbesondere durch das  
49 Büro in Sankt Petersburg, gemeint. Das beinhaltet auch die Unterstützung bei  
50 konkreten Aktionen der FES von Seiten der SDUY.

51

#### 52 4. Bildungspolitik

53

54 Diese strategische Orientierung beeinflusst ebenso unsere gemeinsame Position zur  
55 Bildungspolitik und zur Mitbestimmung von SchülerInnen und Studierenden. In diesem  
56 Bereich bekennen wir uns zu einem langfristig angelegten Engagement für Schüler-  
57 und Studierenden-Mitbestimmung in St. Petersburg. Der erste Schritt in diese Richtung  
58 wird die Einbeziehung von Mitgliedern der Juso-Hochschulgruppen in die russisch-  
59 deutsche Partnerschaft sein. Langfristig wollen wir uns dafür einsetzen, dass an  
60 russischen Universitäten Studentengruppen entstehen, auch als Quelle für neue  
61 Aktivisten für die SDUY.

62

#### 63 5. Antifaschistisches Engagement

64

65 Das Wiedererstarken von faschistischen, rassistischen und rechten Bewegungen und  
66 Parteien ist sowohl in Russland als auch in Deutschland zu beobachten. Unsere  
67 gemeinsamen sozialdemokratischen Überzeugungen sind für uns Antrieb, uns  
68 jedweden rassistischen, anti-demokratischen und fremdenfeindlichen Tendenzen  
69 entgegen zu stellen. Deswegen wollen wir uns im Kampf gegen Rechtsextremismus  
70 und Rechtsradikalismus vernetzen. Das beinhaltet sowohl die Beobachtung und  
71 Analyse des aktuellen Geschehens als auch die Kooperation bei speziellen Aktionen  
72 und die gemeinsame Vorbereitung einer Kampagne.

73 Bestandteil dieser Kampagne soll eine antifaschistische Film-Nacht im August 2007  
74 sein. Diese soll zeitgleich in Russland und Deutschland stattfinden. Zur weiteren  
75 Planung werden wir eine Online-Konferenz durchführen.

76 Die Jusos erklären sich bereit, den Kontakt zwischen SDUY und dem Netzwerk für  
77 Demokratie und Courage (NDC) herzustellen. Sie wollen sich dafür einsetzen, dass  
78 eine weibliche Teamerin und ein männlicher Teamer im Rahmen des NDC ausgebildet  
79 werden. Diese Kooperation soll in ein langfristiges Kooperationsprogramm zum  
80 Austausch antifaschistischer Aktivitäten und Diskussionen zwischen beiden Parteien  
81 eingebettet werden.

82

#### 83 6. Internationale Beziehungen

84

85 Im Bereich der Internationalen Beziehungen teilen wir die Überzeugung, dass  
86 Menschenrechte die Grundlage jeder internationalen Ordnung sein müssen. Auf  
87 europäischer Ebene kommt dem Europarat in Straßburg die zentrale Bedeutung für die  
88 Gewährleistung der Menschenrechte zu. Mit der Präsidentschaft des Rates übernimmt

89 Russland die größtmögliche Verantwortung für die Überwachung der Menschenrechte.  
90 Daher werden wir die Arbeit Russlands während seiner Ratspräsidentschaft sorgfältig  
91 verfolgen. Jusos und SDUY werden zur Präsidentschaft einen Aktionstag durchführen.  
92 Dieser Aktionstag wird gleichzeitig in Russland und Deutschland stattfinden. Beide  
93 Organisationen werden die Arbeit Russlands als Vorsitzender des Europarates genau  
94 verfolgen.

95  
96 Die Jusos werden die Erfahrungen der SDUY in die Vorbereitungen des G8-  
97 Gegengipfels in Deutschland einbeziehen. Auf organisatorischer Ebene werden die  
98 Jusos die Einbeziehung der SDUY in die Vorbereitungen der Jusos Mecklenburg-  
99 Vorpommern unterstützen, indem sie Kontakte herstellen und auf eine Einladung zur  
100 Vorbereitungskonferenz im Oktober drängen.

101 Auf inhaltlicher Ebene werden die Jusos Rheinland-Pfalz die Erfahrungen der SDUY in  
102 die Arbeit der Kommission Internationales einbeziehen. SDUY wird den Jusos die  
103 Informationen zur Verfügung stellen, die für die Durchführung des "Gerichtsspiels"  
104 notwendig sind. Dies Jusos werden diese Informationen als Aktionsvorschlag an die  
105 Unterbezirke weiterleiten.

106  
107 Internationale Kooperation kann durch einen gemeinsamen institutionellem Rahmen  
108 gestärkt werden. In diesem Zusammenhang werden sich Jusos und SDUY im Rahmen  
109 der IUSY gegenseitig unterstützen.

110  
111 7. Kommunikation

112  
113 Die SDUY und die Jusos wollen sich gegenseitig abwechselnd einmal im Jahr besuchen.  
114 Das Treffen wird je in der zweiten Jahreshälfte stattfinden. In der ersten Jahreshälfte  
115 wird der Kontakt vor allem über Online-Konferenzen gehalten. Jede Organisation wird  
116 einE VerantwortlicheN für diese Konferenzen benennen.

117 Auch für alle anderen Projekte werden sowohl die Jusos als auch die SDUY  
118 Verantwortliche benennen, deren Aufgabe es ist, die anderen über ihre Diskussionen  
119 und ihren Planungsstand zu informieren. Außerdem soll für die Kommunikation  
120 zwischen den einzelnen Gruppen ein Online-Forum eingerichtet werden.

121 Die Jusos wollen der SDUY die Möglichkeit gegeben, Artikel in der Verbandszeitung  
122 „Sozialistmuss“ regelmäßig zu veröffentlichen.

123  
124 8. Abschließende Bemerkungen

125  
126 Dieses Manifest wird nach Ratifizierung durch die Konferenzen beider beteiligten  
127 Organisationen wirksam.

128 Durch die oben genannten Aktionsvorschläge verfolgen wir das grundsätzliche Ziel, die  
129 Bedingungen für die soziale Demokratie in unseren Ländern zu verbessern. Unser  
130 langfristiges Ziel ist die Entwicklung einer aktiven, politischen und nachhaltigen  
131 sozialdemokratischen Bewegung jenseits der Parteigrenzen.

- 132 Wir verfolgen zudem das Ziel, das gegenseitige Verständnis untereinander und unserer  
133 jeweiligen Länder zu verbessern.

Finanzielle Unterstützung des Besuchs der SDUY in Rheinland-Pfalz

**Die Landeskonferenz möge beschließen:**

Für die Vorbereitung und Durchführung des Besuchs der Social Democratic Union of Youth St. Petersburg in Rheinland-Pfalz im Rahmen der beschlossenen Partnerschaft stellen die Jusos Rheinland-Pfalz aus dem LV-Projekttopf 1.500 € an Eigenmitteln zur Verfügung.

**Begründung:**

Die politische Situation in Russland ist bedenklich. Alle Entwicklungstendenzen gehen in Richtung eines autoritären Zentralismus, ausgeübt von einer kleinen Clique um Präsident Putin. Von Demokratie, gar von lupenreiner, kann gar keine Rede sein. Vor diesem Hintergrund haben sich die Jusos Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr dazu entschieden, im Rahmen einer Partnerschaft ihren Beitrag zu einer Stärkung der demokratischen Kräfte in Russland zu leisten. Hierzu hatte die Landeskonferenz 1.500 € für die Durchführung eines ersten Austauschbesuchs bereit gestellt.

Dieser Austausch ist nun durchgeführt wurden. Wir sind der Meinung: Erfolgreich. Jenseits der detaillierten Berichte, die mündlich vorgetragen werden und dem Partnerschaftsmanifest, das ebenfalls in Antragsform vorliegt, ist ein punkt zentral: Die St. Petersburger Sozialdemokratie ist eine aktive und lebendige Bewegung die ihren Kampf für ein demokratisches Russland mit großem Engagement und gegen viele Hindernisse führt. Dies geschieht durch eine intelligente Netzwerkarbeit mit systemoppositionellen Kräften der linken sowie der liberalen Demokratie. Dies geschieht aber auch und vordringlich durch das engagierte Streben nach einer Wiederbelebung einer gesamtrussischen Sozialdemokratie, die diesen Namen auch verdient.

Dieser Kampf verdient unsere Unterstützung. Diesen Kampf wollen wir unterstützen. Natürlich können wir keine Bäume ausreißen und die Russische Föderation über Nacht in eine pluralistische Demokratie verwandeln. Aber wir können unseren Genossinnen und Genossen durch Informationen, durch gemeinsame Projekte, durch das Eröffnen von Kontakten und den Zugang zur deutschen Öffentlichkeit in ihrem sozialdemokratischen Engagement unterstützen. Und auch wir können von unseren Partnern lernen. Die professionelle Öffentlichkeitsarbeit und die intelligenten und wirksamen Straßenaktionen der russischen Sozialdemokraten haben alle Teilnehmer des diesjährigen Austausches nachhaltig beeindruckt.

Nachhaltige Unterstützung braucht einen verlässlichen Rahmen. Diesen möchten wir mit einer institutionalisierten Partnerschaft bieten. Fester Bestandteil dieser Partnerschaft sollen die jährlichen persönlichen Treffen sein, die die Möglichkeit zu direktem Erfahrungsaustausch und zum Knüpfen auch persönlicher Kontakte bieten sollen. Diese Treffen sind zugleich als Veranstaltungen zur Bewertung der

45 durchgeführten Projekte und zur strategischen Neuorientierung gedacht. Sie bilden  
46 die zentrale „Clearing-Stelle“ der angestrebten Partnerschaft.

47 Diese Treffen sollen jeweils abwechselnd in St. Petersburg und in Rheinland-Pfalz  
48 stattfinden. Nachdem das letzter Treffen in Russland stattgefunden hat, sind nun die  
49 Jusos Rheinland-Pfalz mit der Organisation beauftragt. Dieses Treffen, soll in der  
50 zweiten Jahreshälfte stattfinden und auch die Möglichkeit zur Teilnahme am IUSY-  
51 Festival in Berlin bieten. Neben der Evaluation der durchgeführten Projekte wollen  
52 wir auch unsere inhaltlichen Diskussionen vertiefen und die Gelegenheit für Kontakte  
53 mit Politikern der Europa-, Bundes- und Landesebene sowie mit VertreterInnen  
54 zivilgesellschaftlicher Gruppen nutzen.

55 Als grober Kostenpunkt wurden für die Gesamtorganisation ca. 7.000 € veranschlagt.  
56 Davon wurden 4.000 € als KJP-Mittel des Bundes beantragt. Ein Teil der Differenz  
57 kann über Teilnehmerbeiträge finanziert werden. Der oben genannte Betrag von 1.500  
58 € muss jedoch durch eine Selbstbeteiligung des Landesverbandes gedeckt werden,  
59 möchte dieser nicht durch hohe finanzielle Hürden Interessierte abschrecken.

60 Die Landeskonferenz hat sich im letzten Jahr bereit erklärt, die Partnerschaft mit der  
61 SDUY zu unterstützen. Sie hat damit ein Bekenntnis zu unserem Grundwert der  
62 internationalen Solidarität abgelegt und in konkrete Schritte umgesetzt. Nun gilt es,  
63 diese gelebte Solidarität nachhaltig weiterzuführen. Wie gesagt: Wir können nicht die  
64 Welt und auch sicher nicht Russland über Nacht ändern. Was wir aber leisten können,  
65 das wollen wir leisten.

66

67 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

AdressatInnen:

SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesvorstand, SPD-Landtagsfraktion RLP, Landesgruppe der SPD RLP im Bundestag

## **Für Demokratie, gegen Rechtsextremismus! Langfristig und kontinuierlich.**

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Die Jusos Rheinland-Pfalz fordern den SPD-Landes- und Bundesvorstand, die SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz und die SPD-Bundestagfraktion dazu auf,

1. die bestehenden Finanzierungsstrukturen im Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu sichern,

2. diese Strukturen sowohl auf Landes-, auf Bundesebene, als auch auf europäischer Ebene auszubauen beziehungsweise sich dafür einzusetzen, insbesondere durch Aufstockung der finanziellen Mittel,

3. diese finanziellen Mittel nicht dadurch zu minimieren, indem Gelder für den Kampf gegen Linksextremismus abgezweigt werden,

4. eine langfristige und kontinuierliche Förderung von Projekten für Demokratie und gegen Rechtsextremismus möglich zu machen, sich aber auch darüber hinaus mit anderen Möglichkeiten auseinanderzusetzen, wie Handeln gegen Rechtsextremismus wirksamer und effektiver werden kann.

### **1. Die Rechten auf dem Vormarsch - Finanzierung von Projekten gegen Rechts auf dem Rückzug?**

#### ***Einzug in die Parlamente***

Mit dem Einzug der NDP in das Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern erreicht eine sich schon länger andeutende Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt: Die rechtsextreme Szene zeigt sich zunehmend professionalisiert und angepasst. Sie polarisiert nicht mehr nur in hohem Maße, sie weiß sich geschickt in die Köpfe der Mitte unserer Gesellschaft einzunisten.



39 Rechtsextreme Parteien sitzen mittlerweile in vier Landesparlamenten<sup>6</sup>, zahlreichen  
40 Bezirksparlamenten und kommunalen Parlamenten. Der so genannte „Kampf um den  
41 organisierten Willen“, der ursprünglich als vierte Säule der strategischen Ausrichtung  
42 der NPD gedacht war, scheint vielerorts leider erfolgreich. Die Absprachen der NPD  
43 mit der DVU 2004 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg, die  
44 zunächst geplante Bündelung der Kräfte in Rheinland-Pfalz mit der „Resolution von  
45 Remagen“ 2004, die dann glücklicherweise so nicht funktionierte (beide Parteien,  
46 sowohl Republikaner als auch NPD traten bei den Landtagswahlen 2006 letztlich mit  
47 eigenen Listen an), sind nur zwei Beispiele für koordiniertes Handeln und die  
48 strategische Bündelung der rechtsextremen Kräfte in Deutschland.

49

#### 50 *NPD, Kameradschaften und „no-go-areas“<sup>7</sup>*

51 Eine Bündelung und zunehmende Koordinierung der Kräfte findet auch zwischen NPD  
52 und den so genannten „freien Kameradschaften“ statt. Dies wird insbesondere dann  
53 deutlich, wenn man sich das Konzept der „National befreiten Zonen“<sup>8</sup> genauer  
54 anschaut. Die NPD bekennt sich mittlerweile offen zu diesen Zonen und leugnet die  
55 strategische Verbindung zu den Kameradschaften nicht. Diese fungieren zunehmend  
56 als verlängerter Arm der rechten Parteien, um den „Kampf um die Straße“<sup>9</sup> weiter  
57 voranzutreiben. So gibt es beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern so genannte  
58 „no-go-areas“, in denen Kameradschaften und NPD Kommunen verschiedene  
59 Dienstleistungen anbieten, wie Bierbänke und Partyzelte für Dorffeste zur Verfügung  
60 stellen, ohne dass dies von der Öffentlichkeit bewusst wahrgenommen  
61 beziehungsweise moniert wird.

62 Auch die Verbindung von Kameradschaften und NPD im Zusammenhang mit  
63 Übergriffen auf SPD-Wahlhelfer anlässlich der Landtagswahlen 2006 in Berlin sind  
64 nicht von der Hand zu weisen. Oft haben auch Führungskader der NPD eine  
65 Vergangenheit in Kameradschaften beziehungsweise sind früher schon als

---

<sup>6</sup> Stand Oktober 2006: Die NPD sitzt mit sechs Abgeordneten im Landesparlament von Mecklenburg Vorpommern (7,3% der Stimmen) und mit zwölf Abgeordneten im Landesparlament von Sachsen (9,2% der Stimmen, Wahl 2004). Die DVU mit sechs Abgeordneten im Landesparlament von Brandenburg (6,1% der Stimmen, Wahl 2004) und mit einem Abgeordneten in der Bremer Bürgerschaft (6,1%, 2004).

<sup>7</sup> Im Nazi-Jargon als so genannte „National befreite Zonen“ bezeichnet.

<sup>8</sup> Das Konzept der „national befreiten Zonen“ wurde wesentlich vom NHB (Nationalen Hochschulbund), der studentischen Organisation der JN (Jungnationale; Jugendorganisation der NPD), entwickelt. Der NHB begreift sich selbst als intellektuelle Elite- und Vordenker-Organisation der rechtsextremen Kräfte. Das Konzept der „National befreiten Zonen“ sieht vor, dass sich die rechtsextremistischen Kräfte, die sich in einem bestimmten Raum oder an einem bestimmten Ort/Kommune aufhalten, in das Alltagsleben beispielsweise der Gemeinde sowohl sozial als auch kulturell integrieren, um letztlich in der Gesellschaft nicht mehr aufzufallen, sogar zu einer wichtigen Säule derselben zu werden. Die Ausgrenzung von Personen mit Migrationshintergründen oder von Andersdenkenden, sprich also die Ausgrenzung von Menschen, die nicht dem nationalsozialistischen Weltbild entsprechen, kann, wenn diese Integration geschafft ist, umso unauffälliger und schneller erfolgen. Die „Drei-Säulen-Strategie“ der NPD spielt bei der Entwicklung hin zu diesen Zonen einen wichtige Rolle.

<sup>9</sup> Eine der drei Säulen („Kampf um die Parlamente“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Straße“)

66 rechtsextreme Aktivisten auffällig geworden. Eine eindeutige Trennung von Partei und  
67 Kameradschaft ist also nicht möglich. Sie ist sogar auch öffentlich von NPD-  
68 Funktionären nicht gewollt, wie ein Fernsehbeitrag der ARD über die Rechten in der  
69 Sächsischen Schweiz zeigt. Hier gibt ein Funktionär, unter anderem Mitglied eines  
70 Stadtparlamentes, zu, Mitglieder einer mittlerweile verbotenen Kameradschaft zum  
71 „Schutz“ einer Veranstaltung der NPD eingesetzt zu haben<sup>10</sup>.

72  
73 *Unsichere Zukunft für Finanzierung von Projekten gegen Rechtsextremismus*  
74 Während die rechtsextremistische Szene sich mehr und mehr professionalisiert,  
75 stocken die Bemühungen um eine Sicherstellung langfristiger  
76 Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte gegen Rechtsextremismus und für Toleranz  
77 und Demokratie immer wieder. So laufen Programme wie Civitas, Entimon und Xenos  
78 Ende des Jahres aus. Erst die Wahlergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg-  
79 Vorpommern (7,3 % der Stimmen für die NPD) lassen die Bemühungen wieder verstärkt  
80 in die öffentliche Wahrnehmung gelangen.

81 Bei Projekten für Demokratie bzw. gegen Rechtsextremismus, die sich aus den  
82 benannten Töpfen finanzieren und die bereits Teile ihrer Strukturen institutionalisiert  
83 haben (beispielsweise eine Geschäftsführung hauptamtlich eingestellt haben) , fällt es  
84 angesichts einer nur kurzfristigen Finanzierungssicherheit schwer, kontinuierlich  
85 gegen Rechts zu arbeiten. Ein Großteil der Arbeitsstunden der Geschäftsführungen  
86 beschränken sich oft darauf ihr eigenes Fortbestehen zu sichern, indem sie immer  
87 wieder jedes Jahr versuchen müssen, neue Finanzierungsmöglichkeiten aufzutun. Ein  
88 langfristiges und kontinuierliches Arbeiten ist so nicht möglich.

89 Die CDU dräng, wie immer darauf, den Kampf gegen den Extremismus generell zu  
90 führen, d.h. für die CDU konkret Gelder vom Rechtsextremismus-Topf in einen neuen  
91 Topf für den Kampf gegen Linksextremismus zu geben.

92 Wir Jusos lehnen diese Art der Verharmlosung von Rechtsextremismus ab und fordern  
93 die SPD-Bundestagfraktion auf, auch in Zukunft zu verhindern, dass solche Versuche  
94 fruchtbaren Boden finden!

## 95 96 **2. Das Netzwerk für Demokratie und Courage- Beispiel für ein** 97 **erfolgreiches Projekt**

98  
99 Bei Sicherstellung und Institutionalisierung von finanziellen Strukturen würden  
100 zahlreiche Organisationen, Projekte und Netzwerke profitieren, die bereits gute  
101 Arbeit, mit den leider zu geringen Mitteln, leisten.

102 Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist hier ein besonderes Projekt und  
103 weist bereits einen hohen Vernetzungs- und Organisationsgrad auf. Deshalb  
104 unterstützen wir Jusos in Rheinland-Pfalz das Netzwerk ausdrücklich, werden uns  
105 weiterhin als TrägerIn aktiv an der zukünftigen Gestaltung beteiligen und fordern die  
106 SPD- Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, alles für den Erhalt und die  
107 Stärkung des Netzwerkes mögliche zu tun!

---

<sup>10</sup> noch einfügen: Quelle Film "sächsische Schweiz"

108

109 ***Demokratie und Courage stärken um Rechtsextremismus zu schwächen!***

110 Die Besonderheit des NDC liegt auf der positiven Definition des Projektes.  
111 AdressatInnen der politischen Bildungsarbeit des Netzwerks sind nicht etwa  
112 überzeugte rechtsextreme Ideologen sondern DemokratInnen oder Unsichere. Sie gilt  
113 es zu stärken, um dem nationalsozialistischem und menschenfeindlichem Weltbild  
114 keine Chance zu geben!

115

116 ***Ausgangslage***

117 Ein Großteil der Zeit verbringen junge Menschen in der Schule oder im Betrieb. So  
118 sind Schulen und Betriebe im Besonderen, aber auch LehrerInnen und AusbilderInnen  
119 als KooperationspartnerInnen und Verbündete zu gewinnen, um effektive Maßnahmen  
120 gegen Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung zu ergreifen. Das Ziel des Projektes  
121 ist es, gemeinsam außerschulische Jugend- und Bildungsarbeit anzubieten, die  
122 schwerpunktmäßig arbeitsmarktbezogene Themen mit antirassistischer und  
123 demokratischer Arbeit verbindet. Ausgehend von den Prinzipien einer  
124 antirassistischen Bildungsarbeit in Schulen, Betrieben und Ausbildungsstätten, will das  
125 Projekt eine tolerante und offene Kultur fördern, die sich gegen Vorurteile, Rassismus  
126 und Fremdenfeindlichkeit stellt und das Demokratieverständnis der Jugendlichen  
127 stärkt.

128

129 ***Ehrenamtliche TeamerInnen leben Courage vor***

130 Seit der Gründung des Netzwerks in Rheinland-Pfalz im Jahr 2002 sind über 140  
131 TeamerInnen ausgebildet worden. Diese sind seitdem ehrenamtlich für das NDC tätig.  
132 Sie führen die Projektstage durch, organisieren verschiedene  
133 Informationsveranstaltungen und Infostände, konzipieren und entwickeln neue  
134 Projektstage und evaluieren in regelmäßigen Abständen ihre Arbeit.

135 Waren es zunächst nur TeamerInnen aus den Reihen der KooperationspartnerInnen,  
136 finden zunehmen auch zuvor nicht gesellschaftspolitisch aktiv gewesene junge  
137 Erwachsene den Weg zu den Teamschulungen. Während der einwöchigen Schulungen  
138 erhalten die TeilnehmerInnen eine kompetente und umfassende Ausbildung in  
139 Rhetorik und Präsentationstechniken und werden auf den Umgang mit Konflikten und  
140 Gruppenarbeiten in Schulklassen vorbereitet. Zudem müssen sich die zukünftigen  
141 TeamerInnen in die Inhalte und Ziele der Projektstage A-C einarbeiten.

142 Junge Menschen kommen zu jungen Menschen, um fernab vom klassischen  
143 Frontalunterricht die SchülerInnen mit ihren Bedürfnissen in den Mittelpunkt der  
144 Projektstage zu stellen.

145

146 ***Die Projektstage des NDC***

147 Die Projektstage „Für Demokratie Courage zeigen“ haben zum Inhalt, die  
148 demokratische Kultur und den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen zu stärken.  
149 Das Netzwerk will Jugendlichen und jungen Erwachsenen Mut machen, nicht weg zu  
150 sehen, wenn andere rassistische Vorurteile haben und Gewalt gegenüber Mitmenschen  
151 ausüben. Es sollen Wege aufgezeigt werden, wie ein gewaltfreies Miteinander von

152 Kulturen, Meinungsunterschiede und Konflikten, möglich ist. Jährlich werden etwa  
153 150 Projektstage durchgeführt, mehr sind finanziell derzeit nicht möglich.(PT'en s.  
154 Anhang)

155  
156  
157  
158

### 159 *Meinung der bisherigen TeilnehmerInnen und öffentlich Wahrnehmung*

160 Bisher wurden über 4000 Jugendliche in RLP erreicht.  
161 Basierend auf einer umfassenden wissenschaftlichen Evaluation der Projektstage durch  
162 die Universität Mainz zeigt sich, dass die Konzeption und die Methodik in die richtige  
163 Richtung gehen. Ein Großteil der der Jugendlichen, die an den Projekttagen  
164 teilgenommen haben, sind sehr zufrieden. So geben knapp 90% der befragten  
165 SchülerInnen an, dass die Projektstage Mut machen, die eigene Meinung zu äußern und  
166 dass die TeilnehmerInnen gute Anleitungen erhalten, wie man im Alltag couragiert  
167 handeln kann. Bestätigung für die Arbeit des Netzwerks sind auch mehrere gewonnene  
168 Preise und Auszeichnungen<sup>11</sup>, wie beispielsweise ein Preis im Rahmen des  
169 bundesweiten Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“.

170

### 171 *Das Netzwerk auf Bundesebene-„coporate identity“*

172 Gegründet wurde das Netzwerk ursprünglich 1998 in Sachsen anlässlich des Einzugs  
173 der NPD in den sächsischen Landtag. Mittlerweile gibt es das Netzwerk in fast allen  
174 Bundesländern<sup>12</sup>. Die Vernetzung der Landesnetzstellen untereinander drückt sich  
175 beispielhaft am angeglichenen Design der Internet-Auftritte und der Konzeptidentität  
176 der Projektstage/Inhalte aus. Konzepthoheit liegt bei der Landesnetzstelle Sachsen,  
177 die, wie bereits erwähnt, Initiator des Netzwerkes war.

178 Die Netzwerk-TrägerInnen sind je nach Land unterschiedlich. So findet man  
179 angefangen von der DGB-Jugend, den LandesschülerInnenvertretungen über uns Jusos,  
180 die AWO-Jugend, etliche Jugendorganisationen<sup>13</sup>, die alle das gleiche Ziel eint: Den

---

<sup>11</sup> Preise und Auszeichnungen bundesweit: Seit 1999 ist der (jetzt ehemalige) Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, Schirmherr des Projektes.

Am 25. Oktober 2001 für mutiges Verhalten, vorbildliches Engagement und Standhaftigkeit in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus der 2. Preis der Otto Brenner Stiftung .

Am 9. Dezember 2001 zeichnete die Deutsche UNESCO-Kommission anlässlich der Verleihung des Walter-Mertineit-Preises das Netzwerk für Demokratie und Courage für seine beispielhafte Initiative zur Förderung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in der außerschulischen Jugendarbeit mit einer besonderen Anerkennung aus. Am 25.04.2003 wurde dem Projekt für demokratisches Engagement in Mannheim der Willi Bleicher Preis überreicht. Das sächsische Kultusministerium zeichnet die TeamerInnen-Qualifizierung des NDC am 24.11.2005 mit dem Innovationspreis Weiterbildung 2005 aus.

Seit dem 12.12.2005 darf sich das NDC zu den Preisträgern des Heinz-Westphal-Preises des Bundesjugendringes zählen.

<sup>12</sup> Projektstage wurden im Jahr 2005 in den ostdeutschen Bundesländern, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saarland und auch in einigen Departements in Frankreich angeboten.

<sup>13</sup> KooperationspartnerInnen in RLP: LandeschülerInnenvertretung (LSV), Grüne Jugend (GJ), AWO-Jugend, DGB-Jugend, Bund deutscher Katholischer Jugend (BDKJ), Falken RLP und Jusos RLP

181 Nazis und Faschisten, die unsere demokratische Grundordnung bedrohen, elementare  
182 Menschenrechte beschmutzen, den Nährboden zu entziehen und die zu stärken, die  
183 für Demokratie und Menschenrechte eintreten.

184

### 185 **3. Zusammenfassung:**

186

187 1. Zivilgesellschaftliche Strukturen und bürgerliches Engagement für Demokratie  
188 und gegen Rechtsextremismus finden wir auf allen Ebenen. Als erfolgreiches  
189 Beispiel sei das NDC genannt.

190

191 2. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist zunächst mal ein Kampf für unsere  
192 Demokratie. Eine Stärkung derer, die gewillt und mutig genug sind, Courage zu  
193 zeigen, bedeutet gleichzeitig eine Schwächung derer, die unsere Demokratie in  
194 ihren Wurzeln bedrohen.

195

196 3. Um die Wurzeln unserer Demokratie zu stärken bedarf es nicht nur des  
197 Engagements vieler Ehrenamtlicher, sondern ebenso einer langfristigen und  
198 kontinuierlichen Förderung von Projekten, beispielsweise durch Aufstockung  
199 der finanziellen Mittel in den jeweiligen Haushalten.

200

201 4. Wer diese finanziellen Mittel dadurch kürzen will, dass er Mittel gegen  
202 Linksextremismus davon abzweigen möchte, der verkennt die Gefahr, die vom  
203 Rechtsextremismus ausgeht, wertet rechte Bedrohung insgesamt ab.

204

205 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

206

**Projektstage des NDC**

**PT A: Schublade offen! Am Anfang war das Vorurteil.**

Ein Projekttag zum Thema Rassismus, Migration und couragiertem Handeln.

Für Jugendliche ab 14 Jahre

**PT B: Monolizien - die dunkle Seite der Macht...**

Ein Projekttag zu Diskriminierung und dem Umgang mit Macht.

Für Jugendliche ab 16 Jahre

**PT C: „We are different!“**

Ein Projekttag zur Vielfalt von Jugendkulturen, zu Rechtsextremismus, Gewalt und Courage.

Für Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren

**PT D: Diversity! Alle gleich, Alle anders?“**

Ein Projekttag über Dich, die Gruppe und die Gesellschaft!

Für Jugendliche ab 16 Jahre

**PT E: „Europe unlimited“**

Ein Projekttag zum Europa der Zukunft und was das mit Dir zu tun hat.

Für Jugendliche ab 16 Jahren

**Das NDC in Zahlen (bundesweit):**

-900 ehrenamtliche TeamerInnen in 55 Teamschulungen ausgebildet

-2.300 Projektstage durchgeführt

-45.000 SchülerInnen erreicht

-55 ausgebildete ehrenamtliche TrainerInnen führten Teamschulungen durch

-200 Teamtreffen und Fortbildungen für TeamerInnen zur Qualitätssicherung durchgeführt

-300 öffentliche Auftritte (Präsentationen, Workshops, Podiumsdiskussionen etc.) wahrgenommen

208

1  
2  
3 **Migration- Integration - Antirassismus**  
4 **Konsequent gegen Rassismus und Diskriminierung!**  
5

6 Die Landeskonzferenz möge beschließen:  
7

8 **Grundsätze:**

- 9     ▪ Migration ist an erster Stelle kein Problem, sondern normal. Das gilt auch für  
10 die Migration nach Deutschland. Deutschland ist ein Einwanderungsland, nicht  
11 erst seit gestern.  
12     ▪ Es gibt nicht zu viele „AusländerInnen“ in Deutschland! Es gibt nicht und gab  
13 nie eine „Invasion“ von MigrantInnen nach Deutschland, weder im Bereich der  
14 Arbeitsmigration noch bei Asylsuchenden oder AussiedlerInnen.  
15     ▪ Beim Thema Zuwanderung denken wir nicht als erstes an Probleme,  
16 Kriminalität und Wohlstandskonkurrenz, sondern an Vielfalt, Bereicherung und  
17 eine selbstverständliche Sache. Bei Flüchtlingen orientieren wir uns zunächst  
18 an deren Recht auf Schutz und Hilfe, nicht am Bedürfnis einiger Deutscher,  
19 „unter sich“ zu sein.  
20     ▪ Rassismus der gesellschaftlichen Mitte und Rechtsextremismus sind im  
21 Vergleich zu mangelnden Integrationsbemühungen von MigrantInnen die  
22 weitaus größeren Probleme in Deutschland!  
23     ▪ Unser Antirassismus speist sich u.a. aus unserem Engagement für universale,  
24 für alle Menschen gültige Menschenrechte. Diese gelten für Menschen mit und  
25 ohne Migrationshintergrund, und sie müssen von beiden respektiert werden.  
26 Unsere Befürwortung und Akzeptanz von Vielfalt und Multikultur schließt daher  
27 die Akzeptanz menschenverachtender und Grundrechte verletzender  
28 kultureller Praktiken und Sichtweisen aus. Kulturelle Vielfalt im Rahmen eines  
29 menschenrechtlichen Universalismus ist das Leitbild. Mit deutscher „Leitkultur“  
30 hat das nichts zu tun.  
31     ▪ Die zentrale gesellschaftliche Konfliktlinie ist weiterhin die zwischen Arm und  
32 Reich, zwischen Klassen und Milieus, nicht zwischen Aus- und InländerInnen!  
33 Darauf müssen wir Jusos in den Integrations- und Migrationsdebatten immer  
34 wieder verweisen! Wir müssen uns dagegen wehren, dass mit  
35 ausländerInnenfeindlichen rassistischen Parolen von den tatsächlichen  
36 Spannungen und Konflikten abgelenkt wird.  
37

38 **Antidiskriminierung:**

- 39     ▪ Die Schlechterstellung und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer  
40 Herkunft und ihres Migrationshintergrundes lehnen wir ab. Unsere Position ist  
41 konsequent antirassistisch. Wir verteidigen die Rechte von MigrantInnen in  
42 Deutschland.  
43     ▪ Für eine starke Antidiskriminierungsgesetzgebung, die MigrantInnen u.a.  
44 gesellschaftliche Gruppen am Arbeitsplatz und anderswo schützt. Das neue



45 Gleichbehandlungsgesetz ist für deutsche Verhältnisse eine Errungenschaft,  
46 nicht nur für MigrantInnen. Jetzt kommt es auf die Umsetzung und eine  
47 Verbesserung im Sinne der MigrantInnen an!

- 48 ▪ Schulung von PolizeibeamtInnen, SachbearbeiterInnen in  
49 AusländerInnenbehörden und allen Ämtern, die Leistungen gewähren, sowie  
50 Sensibilisierung für das Thema Migration. Wer mit MigrantInnen zu tun hat,  
51 über Anträge und Leistungen entscheidet oder gar Kontrollen durchführt, muss  
52 über ein Mindestmaß an interkultureller Kompetenz, Sensibilität und Empathie  
53 verfügen. Das ist derzeit keineswegs gegeben. Schikane und Demütigung von  
54 MigrantInnen aufgrund von Inkompetenz und Unwillen von BeamtInnen und  
55 Behörden ist inakzeptabel und rassistisch!

56

### 57 **Flucht, Asyl, Illegalisierte Einwanderung:**

- 58 ▪ Kein Mensch ist illegal! So genannte „illegale Einwanderung“ ist das Produkt  
59 einer ausländerInnen- und menschenfeindlichen Einwanderungs- bzw.  
60 Abschottungspolitik. Wir setzen uns für die Rechte von illegalisierten  
61 MigrantInnen ein. Hätten Deutschland und die EU eine liberalere  
62 Einwanderungspolitik, müssten weniger Menschen ihr Schicksal in die Hände  
63 von SchleuserInnen legen. Die tausenden Toten an den EU-Außengrenzen (Ost-  
64 und Mittelmeergrenze) seit Ende des Kalten Krieges (hunderte jedes Jahr)  
65 haben die EU und gerade auch Deutschland zu einem großen Teil zu  
66 verantworten.
- 67 ▪ Es ist nicht hinnehmbar - gerade für die SPD - , dass Deutschland auf EU-Ebene  
68 zu den treibenden Kräften zählt, wenn es um den Aufbau der Festung Europa  
69 geht - sowohl bei der Aufrüstung der Außengrenzen (Beitrittsländer, deutsche  
70 Ostgrenze, Verhinderung einer auf hohem Niveau harmonisierten Asylpolitik)  
71 als auch bei den Ausläufern der Festung Europa im Innern (Flughafenverfahren,  
72 Ausreisezentren, Residenzpflicht) und außerhalb der EU (Finanzierung der  
73 Grenzaufrüstung z.B. in Gibraltar durch die EU, Lager für Asylsuchende in  
74 Afrika).
- 75 ▪ Ziel der Asyl- und Flüchtlingspolitik - ob in Bund oder Land - muss es sein, sich  
76 am sozialdemokratischen Grundwert der internationalen Solidarität zu  
77 orientieren und den hier lebenden Flüchtlingen eine Lebensperspektive für ein  
78 selbst bestimmtes und sozial abgesichertes Leben zu ermöglichen. Wir fordern  
79 die Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens während der Aufenthaltszeit  
80 in Deutschland. Dies umfasst die Gewährung von Wohnraum, finanzielle  
81 Mindestversorgung mit Bargeld nicht Sachleistungen -, in der Höhe, die auch  
82 Deutsche beanspruchen können, gleiche medizinische Versorgung wie für  
83 deutsche Staatsangehörige, Ermöglichung des Schulbesuchs, Sprachkurse,  
84 psychologische Betreuung, Zugang zum Arbeitsmarkt.
- 85 ▪ Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Aufstockung der Leistungen.  
86 Flüchtlingen steht mindestens der Sozialhilfesatz zu. Sach- sind durch  
87 Geldleistungen zu ersetzen. Das Bundessozialhilfegesetz und andere  
88 Vorschriften sind so zu ändern, dass Flüchtlinge nicht schlechter gestellt

- 89 werden als deutsche Anspruchsberechtigte. Sonderzuweisungen aufgrund ihrer  
90 besonderen Erfahrungen und Bedürfnisse (wie z.B.) psychologische Betreuung  
91 sind ihnen zu gewähren.
- 92 ▪ Zurücknahme des Asylkompromisses von 1993. Abschaffung bzw. Aussetzung  
93 der Drittstaatenregelung, auch auf europäischer Ebene. Wiedereinführung des  
94 Grundsrechts auf Asyl.
  - 95 ▪ Abschaffung des Flughafenverfahrens, der Residenzpflicht für Asylsuchende,  
96 und von Abschiebegefängnissen und Ausreisezentren.
  - 97 ▪ Beendigung der derzeitigen Abschiebepaxis. Keine Abschiebungen bei Nacht  
98 und Nebel und keine Trennung von Familien durch Abschiebung.
  - 99 ▪ Ersetzen der „Kettenduldungen“ durch einen sicheren Aufenthaltsstatus  
100 mindestens für Familien, die seit drei oder mehr Jahren in Deutschland leben.  
101 Grundsätzlich sollte es ein Bleiberecht auch für Alleinstehende, Eltern, Kinder  
102 geben, unabhängig von Erwerbstätigkeit und Bezug von Sozialleistungen.
  - 103 ▪ Die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution dürfen in Deutschland  
104 nicht länger kriminalisiert werden. Sie müssen eine Aufenthaltserlaubnis  
105 erhalten und die Möglichkeit haben, die TäterInnen vor deutschen Gerichten  
106 zur Verantwortung zu ziehen!

### 107 108 **Arbeitsmigration / Freizügigkeit EU:**

- 109 ▪ Wir begrüßen grundsätzlich die Freizügigkeit von ArbeitnehmerInnen.  
110 Arbeitsmigration über Staatsgrenzen hinweg ist ein Ausdruck von Flexibilität  
111 der MigrantInnen und ihrer Bereitschaft, sich auf die Lebens- und  
112 Arbeitsumstände in ihrer neuen Heimat einzulassen. Wir sehen sie zunächst als  
113 Chance für MigrantInnen und Aufnahmeländer.
- 114 ▪ Gleichzeitig sehen wir das Problem des Drucks auf Löhne und  
115 ArbeitnehmerInnenrechte in den Zielländern, der dadurch entsteht, dass  
116 ArbeitgeberInnen die Chance nutzen, MigrantInnen zu schlechteren  
117 Bedingungen und niedrigeren Löhnung beschäftigen. Sinnvoller als die  
118 Freizügigkeitsbegrenzung, wie sie jetzt in der EU gilt, wäre allerdings ein  
119 Entsendegesetz, das effektiv Mindeststandards für die Beschäftigung von  
120 ArbeitsmigrantInnen festlegt.
- 121 ▪ Forderungen nach Begrenzung der Freizügigkeit, vor allem gegenüber den  
122 osteuropäischen Ländern, folgen sehr oft einer ausländerInnen- und daher  
123 generell migrationsfeindlichen Sichtweise. Unser Verständnis für berechnigte  
124 Ängste vor Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit hören dort auf, wo sie in  
125 ausländerInnenfeindliche und rassistische Ressentiments übergehen.

### 126 127 **Internationales / deutsche Außenpolitik / Festung Europa:**

- 128 ▪ Deutschland sollte auf internationaler Ebene von einem Vorreiter der Festung  
129 Europa zu einer Vorreiterin einer vergemeinschafteten, liberalen  
130 Migrationspolitik werden.
- 131 ▪ Die Bundesregierung soll in Zukunft auf ihr Vetorecht bei Asylfragen verzichten  
132 und nicht länger einer europaweiten Lösung im Interesse der MigrantInnen im

133 Weg stehen. Leitziel einer gemeinsamen EU-Politik muss die (Wieder-)  
134 Herstellung des Grundrechts auf Asyl sein.

- 135 ▪ Wir fordern die „Einführung eines europäisch vereinleichten Asylrechts, dass  
136 allen Menschen Asyl gewährt, deren Leib und Leben in Gefahr ist, ohne  
137 Berücksichtigung der Gründe für die Gefährdung“ (zit. aus C 3, S. 50 des  
138 Beschlussbuchs des BUKO 2006).
- 139 ▪ Beendigung militärisch-polizeilicher Gewaltanwendung an den EU-  
140 Außengrenzen, inkl. Abriss von Mauern, Sicherheitszäunen und  
141 Selbstschussanlagen.

142

### 143 **Integration und Staatsbürgerschaft:**

- 144 ▪ Aus unserer Sicht fügt es der Demokratie großen Schaden zu, dass Millionen von  
145 EinwohnerInnen, die seit vielen Jahren in der Bundesrepublik leben oder gar  
146 hier geboren sind nur sehr eingeschränkt am politischen Leben beteiligt sein  
147 können, weil Ihnen als AusländerInnen das Wahlrecht und elementare  
148 Grundrechte vorenthalten werden.
- 149 ▪ Wer in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt hat, muss alle Rechte erhalten!  
150 Dafür darf es keine Voraussetzungen geben, die nicht auch für vermeintliche  
151 „Abstammungsdeutsche“ gelten!
- 152 ▪ Die deutsche Staatsbürgerschaft solle langfristig vom Abstammungsprinzip  
153 gelöst werden. Als Schritt dahin ist für die Grundwerte des Territorialprinzips  
154 (Staatsbürgerschaft bei Geburt, Definition der Staatsbürgerschaft durch Werte  
155 statt durch Abstammung) zu werben. AussiedlerInnen in Deutschland behalten  
156 selbstverständlich Ihr Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft.
- 157 ▪ Weitere Vereinfachung des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft. Die  
158 doppelte Staatsbürgerschaft muss grundsätzlich ermöglicht werden.
- 159 ▪ Wir fordern das aktive und passiven Wahlrecht auch für dauerhaft in  
160 Deutschland lebende Nicht-EU-StaatsbürgerInnen. Das kommunale Wahlrecht  
161 wäre dazu ein erster Schritt.

162

### 163 **Unterstützung antirassistischer Arbeit / Keine Verharmlosung!**

- 164 ▪ Sicherstellung einer umfassenden Förderung antirassistischer Arbeit und  
165 Projekte. Dies muss zum einen weiterhin Modellprojekte umfassen, zum  
166 anderen aber gerade auch bestehende, bewährte Maßnahmen und Projekte wie  
167 das Netzwerk für Demokratie und Courage (bundesweit und in RLP).
- 168 ▪ Klare Worte der PolitikerInnen aller Parteien bei rechtsradikalen Parolen,  
169 Straf- und Gewalttaten. Achtsamkeit und keine Verharmlosung rechtsradikaler  
170 Aktivitäten - auch nicht durch kommunale Verwaltungen aus Angst vor  
171 Stigmatisierung und aus falsch verstandener Toleranz. Keine Toleranz gegen  
172 Rechts.
- 173 ▪ Keine Verharmlosung von Rassismus und Rechtsextremismus durch  
174 Gleichsetzung mit „Linksextremismus“, auch und gerade nicht bei öffentlichen  
175 Förderprogrammen.

176

## 177 **Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz:**

- 178     ▪ Die Bilanz des Landes Rheinland-Pfalz in der AusländerInnenpolitik ist  
179        widersprüchlich. Während die Arbeit der AusländerInnenbeauftragten des  
180        Landes und der Rheinland-Pfälzischen Initiative für Integration (RIFI) ebenso  
181        positiv zu bewerten sind wie die Unterstützung des Netzwerks für Demokratie  
182        und Courage, ist das Land mit Abschiebegefängnis und Ausreisezentrum  
183        gleichzeitig Vorreiter einer Flüchtlings- und Asylpolitik, die sich gezielt gegen  
184        die Betroffenen und gegen Integration richtet.
- 185     ▪ Wir sprechen uns als Jusos dafür aus, dass das Ausreisezentrum Trier und die  
186        sog. Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige in Ingelheim geschlossen  
187        werden. Beendung des „Modellprojekts“ in Rheinland-Pfalz (Ingelheim, Trier),  
188        da es sich dabei um eine gezielte Maßnahmen zur Verhinderung der Aufnahme  
189        von Asylsuchenden und zur Verhinderung von Integration handelt, die  
190        Rassismus fördert, ImmigrantInnen kriminalisiert und in die Illegalität  
191        abdrängt. Für uns als linker sozialistischer Jugendverband in der  
192        Sozialdemokratie stellt dieser Vorgang eine massive Verletzung  
193        rechtsstaatlicher Grundsätze dar.
- 194     ▪ Im Falle der Ausreise aus der Bundesrepublik oder der freiwilligen Rückkehr in  
195        das Herkunftsland müssen Flüchtlinge Hilfestellungen erhalten. Das von der  
196        Landesregierung dazu entwickelte Programm begrüßen wir ausdrücklich, da  
197        den Menschen bei der Rückkehr in ihr Herkunftsland eine notwendige Starthilfe  
198        und Unterstützung gewährt wird. Der Ausbau dieses Programms, eine  
199        weitergehende Hilfe über Geldzuweisungen hinaus, etwa in Form von  
200        beratender und unterstützender Sozialarbeit, sowie die Vernetzung mit  
201        Initiativen für Menschenrechte im Herkunftsland sowie Schulungen der Polizei  
202        und anderer MitarbeiterInnen behördlicher, staatlicher Stellen, halten wir  
203        allerdings für nötig. Letzteres wird bereits im Rahmen der Bekämpfung von  
204        Zwangsprostitution auf Bundesebene praktiziert.
- 205     ▪ Grundsätzlich wissen wir zu würdigen, dass Rheinland-Pfalz seine rechtlichen  
206        Möglichkeiten im Rahmen der Asylgesetzgebung im Sinne der Asylsuchenden  
207        ausschöpft. Die von uns geforderte Schließung des Ausreisezentrums Trier und  
208        der Abschiebehaft in Ingelheim wäre daher nur weiter konsequent.
- 209     ▪ In den Debatten über ein Bleiberecht für Flüchtlinge, wie es unter anderem  
210        von Pro Asyl gefordert wird, erwarten wir von der SPD- Landesregierung in  
211        Rheinland-Pfalz, dass sie sich für einen sicheren Aufenthaltsstatus, für eine  
212        Lebensperspektive und gegen Kettenduldungen stark macht.

213

## 214 **Aufgaben der Jusos in der SPD:**

- 215     ▪ Die Jusos haben auf dem Bundeskongress einen zwei umfassende  
216        Grundlagenanträge zu Migration und Integration verabschiedet und wollen auch  
217        in den nächsten Monaten intensiver an diesem Thema arbeiten und Positionen  
218        entwickeln. Für die Jusos Rheinland-Pfalz wird es wichtig sein, sich mit den  
219        darin enthaltenen Positionen auseinander zu setzen und diese ggf. auf die  
220        Landesebene und ihr eigenes politisches Handeln runterzubereiten.

- 221       ▪ Die Leitlinien der Bundespartei zur Integrationspolitik vom 10.7.06 begrüßen  
222 wir grundsätzlich. Die klaren Positionen zu Integration als beidseitiger Prozess,  
223 zur Bleiberechtsregelung für Geduldete, zu Ehrenmorden und Zwangsheirat und  
224 auch zur Einbürgerung sind sehr fortschrittlich. Dem gegenüber stehen aus  
225 unserer Sicht als sehr klare Minuspunkte des Papiers die im Stil der Agenda  
226 2010 gehaltenen Drohungen an MigrantInnen, die sich vermeintlich nicht  
227 integrieren wollen („Jene, die sich verweigern, unsere Sprache zu lernen,  
228 werden mit Sanktionen rechnen müssen“, „Zuwanderer, die sich  
229 Integrationsmaßnahmen verweigern, haben mit Sanktionen zu rechnen“).
- 230       ▪ Plattform der antirassistischen und antifaschistischen Arbeit im Landesverband  
231 ist die Landeskommision AntiFA/Inneres. Sie beschäftigt sich inhaltlich unter  
232 anderem mit Migration und Integration und koordiniert die Arbeit gegen  
233 Rechts. Als TrägerIn dieser immens wichtigen Themen ist sie vom Verband in  
234 besonderem Maße zu unterstützen.

235

236 *Begründung / Erläuterung:*

237

238

#### *Was ist Migration?*

239 Migration heißt Wanderung und findet statt, wenn Menschen sich entschließen, ihre  
240 Heimat zu verlassen, um ihren Lebensmittelpunkt an einen anderen Ort zu verlegen.  
241 Dass kann aus ganz unterschiedlichen Motiven, und es kann mehr oder weniger  
242 freiwillig oder auch gänzlich unfreiwillig passieren. Eher freiwillig findet z. B.  
243 Arbeitsmigration statt. Dazu gehört die Migration der so genannten „Gastarbeiter“  
244 nach Deutschland, aber auch die heute im Rahmen der EU-  
245 ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit geförderte Arbeitsmigration in Teilen Europas.  
246 Deutlichstes Beispiel für unfreiwillige Migration ist Flucht, z. B. vor Verfolgung, vor  
247 wirtschaftlichen oder natürlichen Katastrophen und vor Krieg.

248

249 Die wichtigsten Migrationsformen nach 1945 sind Arbeitsmigration, Migration von  
250 Familienangehörigen, Flucht, (v.a. freiwillige) Migration ethnischer Minderheiten,  
251 Migration von Studierenden, illegale Migration.

252

253 Bei Migration ist neben dem Grad der Freiwilligkeit und Not noch zu unterscheiden  
254 zwischen Binnenmigration und grenzüberschreitender oder internationaler Migration.  
255 Spezieller gilt diese Unterscheidung insbesondere für Flüchtlinge. 90% alle Flüchtlinge  
256 bleiben in der so genannten Dritten Welt (der größte Teil entfällt auf den asiatischen  
257 Kontinent), von den 10%, die ihr entkommen, kommt nur ein kleiner Teil in  
258 Deutschland an. Bei einem großen Teil der weltweiten Flüchtlinge handelt es sich um  
259 Binnenflüchtlinge, d.h. ihre Migration findet innerhalb der Grenzen ihres  
260 Heimatstaates statt. Der Grund dafür liegt einfach darin, dass die meisten Flüchtlinge  
261 gar nicht die finanziellen Mittel aufbringen können, den europäischen Kontinent zu  
262 erlangen. Wenn nicht enden wollende Flüchtlingsströme in die Bundesrepublik an die  
263 Wand gemalt werden, ist das nicht nur Augenwischerei, sondern auch  
264 rechtspopulistische Brandstiftung.

265 *MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund*  
266 MigrantInnen im engeren Sinn sind Menschen, die ihren Herkunftsort verlassen, um  
267 sich an einem anderen Ort niederzulassen. Gemeinsam mit Menschen, die schon lange  
268 Zeit in Deutschland sind und hier ihren Lebensmittelpunkt haben (z.B. „Gastarbeiter“  
269 seit 30 oder 40 Jahren), aber auch mit ihren Kindern, die hier geboren sind, können  
270 sie als „Menschen mit Migrationshintergrund“ bezeichnet werden. Denn die direkte  
271 oder indirekte (über Eltern und FreundInnen) Migrationserfahrung prägt die meisten  
272 Menschen und hat Einfluss auf ihre Ansichten, Wünsche, Bedürfnisse und  
273 Lebensweisen. AusländerInnen in Deutschland als „ausländische Mitbürger“ zu  
274 bezeichnen, ist irreführend, da ihnen ja im Regelfall die deutsche Staatsbürgerschaft  
275 und damit die vollen Rechte vorenthalten werden. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht  
276 hat die Einbürgerung erleichtert, sie ist aber immer noch viel schwerer als in  
277 Frankreich z. B.

278  
279 *Migration: An erster Stelle normal und OK*  
280 175 Millionen Menschen weltweit leben außerhalb ihrer Herkunftsorte, Tendenz  
281 steigend. Es gibt allein 12 Millionen grenzüberschreitende Flüchtlinge (Zahl v. 2004),  
282 von denen nur 2% nach Europa kommen (darunter 288.000 Asylanträge in EU, davon  
283 50.000 in BRD in 2003). Der Blick in die Geschichte Deutschlands und der Welt reicht  
284 aus, um zu sehen: Migration ist zunächst einmal ein ganz normales Phänomen.  
285 Historisch heißt das: zu allen Zeiten sind große Zahlen von Menschen in allen Teilen  
286 der Welt in verschiedene Richtungen gewandert (oder verschleppt worden), in der  
287 Regel in der Hoffnung, für sich und ihre Gemeinschaften bessere Lebensbedingungen  
288 zu erzielen, aber auch aufgrund von Zwang und Gewalt (z. B. Sklavenhandel).

289  
290 Migration ist keine Katastrophe, kein Problem, keine Anormalität an sich, und wenn  
291 überhaupt, dann schon gar nicht für die Aufnahmeländer, sondern eher für die  
292 MigrantInnen. Sie sind es, die eine Entscheidung fällen, ihre Heimat, inklusive  
293 FreundInnen, Bekannte, vertraute Kultur etc. zu verlassen, um an einem anderen Ort  
294 ganz neu anzufangen. Das haben im Prinzip alle MigrantInnen gemeinsam, nur das  
295 Ausmaß des Problems, mit dem sie fertig werden müssen, und die Zeit, die sie für  
296 eine Entscheidung haben, hängt davon ab, um welche Migrationsform es sich handelt.  
297 Flüchtlinge haben wenig Zeit und Entscheidungsfreiheit in sehr engen Grenzen; wer  
298 aus Deutschland als ArbeitsmigrantInnen in die USA oder nach England geht, hat hier  
299 ganz andere Freiheiten.

300  
301 *Einwanderungsland Deutschland*  
302 Auch Deutschland ist Migrationsgebiet. Die Bevölkerung, die sich heute in Deutschland  
303 findet, ist u.a. das Produkt historischer Migrationsprozesse. Zum einen haben sich  
304 viele Einwanderer hier niedergelassen bzw. wurden hierher eingeladen, nicht erst die  
305 „Gastarbeiter“ nach dem 2. Weltkrieg, vgl. z.B. die „Ruhrpolen“. Zum anderen sind  
306 viele „Deutsche“ auch zu MigrantInnen geworden, beispielsweise wanderten zwischen  
307 1820 und 1930 fast 6 Millionen Deutsche nach Nordamerika aus. Nach dem Zweiten  
308 Weltkrieg hat die junge BRD Millionen (!) von Vertriebenen und Flüchtlingen aus den

309 ehemaligen deutschen Ostgebieten aufgenommen und - erfolgreich - integriert, zu  
310 einer Zeit, als sie weitaus ärmer und als Demokratie unerfahrener wahr als heute. Das  
311 Beispiel zeigt, dass die Aufnahme und Integration einer hohen MigrantInnenzahl  
312 möglich ist, wenn der politische Wille da ist.

313  
314 Deutschland ist nicht, etwa wie ein Baum, organisch gewachsen. Genau das hat aber  
315 der deutsche Nationalismus, in Abgrenzung zum französischen Nations- und  
316 Staatsverständnis, stets behauptet: Zum einen hat man einfach - wider alle  
317 historische und aktuelle Migrationserfahrung - behauptet, Deutschland sei kein  
318 Einwanderungsland, zum anderen wollte man aber auch keines sein, weil man der -  
319 rassistischen - Idee anhing, dass ein idealer Staat einer sei, der eine nicht nur  
320 kulturell („Leitkultur“), sondern auch biologisch („Abstammungsgemeinschaft“)  
321 homogene, einheitliche Bevölkerung habe (Die Ausländerbeauftragte der  
322 Bundesregierung hatte 1979 die BRD als „Einwanderungsland“ bezeichnet, sie blieb  
323 aber damals die einzige). Erst vor wenigen Jahren haben SPD und CDU auf der Ebene  
324 der Bundespolitik formal anerkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, also  
325 ein Land, in das erstens kontinuierlich MigrantInnen kommen, die nicht bald wieder  
326 gehen - wie man es bei den Gastarbeitern dachte - und ein Land, das dies auch als  
327 Realität akzeptiert. Aus der Akzeptanz und Anerkennung von Einwanderung nach  
328 Deutschland erwächst die zuvor weit gehend blockierte Möglichkeit, bei der  
329 Migrationspolitik über den Tellerrand der Begrenzung und Abschottung zu schauen und  
330 *gestaltende* Politik zu betreiben. Im Grunde ist das Zuwanderungsgesetz ein Versuch,  
331 diese Möglichkeit zu nutzen - ein Versuch, der aber aus vielen Gründen scharf zu  
332 kritisieren ist.

333  
334 Im Gegensatz zu Deutschland und in vielerlei Hinsicht auch im Gegensatz zu den  
335 anderen Ländern Europas, stehen Migrationspolitik und Sichtweise auf Einwanderung  
336 in „klassischen“ Einwanderungsländern, d.h. v.a. USA, Kanada und Australien.  
337 Während in Europa und gerade in Deutschland Zuwanderung *an erster Stelle* als  
338 Problem gesehen wird, wird sie z.B. in den USA *an erster Stelle* als Normalität und  
339 eher als Chance, nicht nur für die ZuwandererInnen, sondern auch für das  
340 Aufnahmeland, wahrgenommen.

341  
342 Auf der anderen Seite zeigen die Beispiele der GastarbeiterInnen-Anwerbungen in der  
343 deutschen Geschichte, dass die BRD bzw. das deutsche Reich durchaus zu  
344 pragmatischer Einwanderungspolitik aus wirtschaftlichen Erwägungen in der Lage  
345 waren, wenn man der Ansicht war, dass dies wirtschaftlich notwendig war. Stets war  
346 allerdings davon ausgegangen worden, dass sich die Zugewanderten am ökonomischen  
347 Bedarf Deutschlands orientieren und wieder „heimkehren“ würden, sobald dieser  
348 Bedarf nicht mehr gegeben wäre. Als man nach dem 2. Weltkrieg die „Gastarbeiter“  
349 anwarb, interessierte sich in Deutschland eben deshalb niemand für deren  
350 Integration. Das Gastarbeiter-Modell symbolisiert die Natur der deutschen  
351 Einwanderungspolitik seit dem 19. Jahrhundert, die grundsätzlich nicht die  
352 Integration von MigrantInnen anstrebt. Das AusländerInnen sich integrieren müssten

353 und der Staat dabei zu helfen hat, ist eine relativ neue Entdeckung der deutschen  
354 Migrationspolitik. Das europäische Gegenmodell dazu bildete bereits im 19. Jh.  
355 Frankreich, dass MigrantInnen zum Bleiben einlud und ihre Kinder automatisch zu  
356 FranzöslInnen machte.

### 357 **Integration - Leit- und Multikultur**

358 Kultur ist ein dynamisches Phänomen, das sich auch ohne Migration ständig wandelt.  
359 Wenn MigrantInnen im Zielland ankommen, sind sie gezwungen, sich mit der Kultur zu  
360 arrangieren, die sie dort vorfinden. Gleichzeitig stellt Zuwanderung eine  
361 Herausforderung für die Bevölkerung dar, die sich schon im Land befindet.  
362 Grundsätzlich wirkt sich daher Migration auf beide Gruppen aus, die MigrantInnen und  
363 die bereits Ansässigen. Dabei ist der Anpassungs- und Integrationsdruck auf die  
364 MigrantInnen ungleich größer, da sie sich in der Minderheit befinden und rechtlich  
365 ungleich behandelt werden.

366  
367 Integration ist daher nicht Anpassung der MigrantInnen an eine „Leitkultur“.  
368 Integration ist ein zweiseitiger Prozess. Das ist einmal eine Tatsache. Es ist zum  
369 anderen eine Forderung. Erfolgreiche Integration zeigt sich auf zwei Ebenen: Zum  
370 einen darin, dass MigrantInnen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben  
371 erfolgreich teilhaben können, zum anderen darin, dass die ansässige Bevölkerung  
372 diesen Prozess anerkennt und befürwortet. Eine ausländerInnenfeindliche Haltung der  
373 deutschen Bevölkerung (ca. 60% meinen nach Umfragen, dass es generell zu viele  
374 AusländerInnen in Deutschland gebe), wird von MigrantInnen verständlicherweise  
375 nicht als Einladung zu mehr Integration wahrgenommen.

376  
377 Erfolgreiche Teilhabe von MigrantInnen hat bestimmte Voraussetzungen, u.a. die  
378 Beherrschung der Sprache und bestimmter Regeln und Umgangsformen. Gemessen  
379 werden kann der Integrationsgrad beispielsweise an der Teilhabe der MigrantInnen an  
380 Bildung und Einkommen (oder weiterer Wohlstandindikatoren). Schaut man sich die  
381 Zahlen dazu an, ist klar: Es gibt für einen großen Teil der MigrantInnen  
382 Integrationsdefizite. Diese sind aber nicht einseitig den MigrantInnen anzulasten, und  
383 die MigrantInnen selbst sind es, die darunter am meisten zu leiden haben.

384  
385 In der migrationspolitischen Debatte in Deutschland wird den MigrantInnen oft  
386 generell eine fehlende Anpassungswilligkeit unterstellt. Dabei wird oft eine Leitkultur  
387 vorausgesetzt, bei der klar sei, wie eine Anpassung an sie auszusehen habe. Rassismus  
388 und AusländerInnenfeindlichkeit in Deutschland werden in der Debatte gleichzeitig  
389 weitgehend ausgeblendet, so dass selbst die Bild-Zeitung die Lage so darstellen kann,  
390 als ob in Deutschland integrationsunwillige MigrantInnen auf eine offene und tolerante  
391 Gesellschaft stoßen würden, die ihnen diese Integration leicht machen würde. In  
392 Wirklichkeit existiert ein deutlich fehlender Integrationswille seitens der Deutschen  
393 selber, z.B. bei der Wohnraumplanung. So genannte „Ghettobildung“, wo sie nicht  
394 nur rassistisch herbei geredet wird, wird so gezielt bzw. fahrlässig produziert. Sie  
395 wird zudem durch Mittelschicht-Deutsche gefördert, die Stadtteile mit hohem



396 MigrantInnenanteil meiden. Gerade soziale Brennpunkte bedürfen einer verbesserten  
397 Aufmerksamkeit im stadtplanerischen Aufgabenbereich.

398  
399  
400  
401

## 402 **Migrationsraum / Festung Europa, Deutsche und Europäische** 403 **Migrationspolitik**

404 Migrationspolitisch steht die EU für eine widersprüchliche die Position: Während  
405 Migration im Innern (EU-Raum, Binnenmarkt) grundsätzlich gefördert und erleichtert  
406 wird, unternehmen die EU und ihre Mitgliedstaaten intensive Bemühungen, um  
407 Migration von außen in den EU-Raum mit aufwendigen Mitteln zu verhindern. Bei der  
408 Osterweiterung wurde dieser Gegensatz jedoch - unter deutscher,  
409 sozialdemokratischer Führung - aufgeweicht. Obwohl die Beitrittsländer jetzt zur EU  
410 gehören, wurde eine Begrenzung der Freizügigkeit für ihre ArbeitnehmerInnen bis  
411 2011 vereinbart.

412  
413 Während des Kalten Krieges genossen „Schleuser“ ein hohes Ansehen, nämlich dann,  
414 wenn sie als „Fluchthelfer“ MigrantInnen über die Westgrenze des Ostblocks halfen.  
415 Permanent hat man den kommunistischen Staaten vorgehalten, dass sie keine  
416 Reisefreiheit gewährleisteten. Zurecht hätten die BürgerInnen des Ostblocks erwarten  
417 können, dass ein Ende des Kalten Krieges Freizügigkeit für alle mit sich bringen  
418 würde. Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich Europa und gerade Deutschland  
419 jedoch von ihrer historischen Verantwortung verabschiedet. Während die Ostblock-  
420 Grenzen Menschen Menschen an der Auswanderung hindern sollten, zielen die von  
421 Deutschland stark forcierten EU-Grenzen darauf, Einwanderung abzuhalten. Für die  
422 Grenzabschottung der EU nach außen wie auch für ihren Widerspruch zwischen  
423 Migrationsförderung und -Verhinderung steht heute v.a. das Schengener abkommen,  
424 1985 als Abkommen einzelner Regierungen gestartet und seit 1999 Bestandteil des EU-  
425 Rechts. Es koppelt die Freizügigkeit im EU-Innern mit der Aufrüstung der EU-  
426 Außengrenzen und der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, u.a. mit der  
427 Einführung von Datenbanken über MigrantInnen.

428  
429 Deutschland schottet wie andere europäische Länder seine Grenzen für Flüchtlinge  
430 und Asylsuchende ab. Dies findet zum einen auf der rechtlichen Ebene (z.B.  
431 Asylkompromiss von CDU und SPD 1993, Schengener Abkommen), zum anderen durch  
432 das Handeln von Polizei und Behörden statt. Das hat auch tödliche Folgen: An den  
433 deutschen Ostgrenzen starben zwischen 1993 und 2005 mind. 121 Menschen bei dem  
434 Versuch, nach Deutschland einzuwandern. An allen deutschen Außengrenzen ergeben  
435 sich zusammen 162 Tote im gleichen Zeitraum (Mindestens 80 Menschen starben  
436 darüber hinaus 1993-2005 bei rassistischen Übergriffen (Quelle: [www.anti-  
437 rar.de/doku/titel.htm](http://www.anti-rar.de/doku/titel.htm))).

438

## 439 **Deutsche Asylpolitik / Asylkompromiss von SPD und CDU**

440 Mit dem Asylkompromiss zwischen SPD und CDU, der eine Grundgesetzänderung  
441 möglich machte, ging die Bundesrepublik von einem relativen liberalen zu einem sehr  
442 restriktiven und unliberalen Asylrecht über. Bis zur Änderung des Grundgesetzes hieß  
443 Artikel 16a GG: „politisch verfolgte genießen Asylrecht“, was jedoch schon damals  
444 fehlerhaft war, da es u.a. nichtstaatliche (Taliban) und geschlechtsspezifische  
445 Verfolgung als Asylgrund ausschloss. Seit dem Asylkompromiss wird der GG-Artikel  
446 jedoch von ausführlichen Ausführungen dominiert, wer sich auf dieses Recht nicht  
447 berufen könne. Durch das Konzept „sicherer Drittstaaten“, wozu alle Nachbarländer  
448 erklärt wurden, kann seitdem niemand mehr Asyl in Deutschland erhalten, unabhängig  
449 vom Fluchtgrund, der oder die auf dem Landweg einreist. Da der Vorwurf des  
450 „Asylmissbrauchs“, nicht nur rassistisch, sondern auch falsch ist, folgt daraus zwar ein  
451 dramatischer Rückgang der AsylbewerberInnenzahlen, gleichzeitig jedoch eine  
452 Zunahme von Versuchen, Deutschland illegal zu erreichen, sowie eine Konzentration  
453 von Asylsuchenden auf den Luftweg. Die Bundesrepublik fängt Asylsuchende, ebenfalls  
454 seit 1993, an den Flughäfen mittels eines „Flughafenverfahrens“ ab, das  
455 beschleunigte Fallprüfung und Ausweisung ermöglichen soll, also eine Maßnahme zur  
456 gezielten Verhinderung von Integration darstellt.

457  
458 Der Asylkompromiss war mit der seit den 80er Jahren zunehmenden Zahl von  
459 Asylsuchenden in Deutschland begründet worden. Die Grundgesetzänderung war die  
460 zentrale Antwort von SPD und CDU auf die rassistischen Gewalttaten nach der  
461 Wiedervereinigung. Der Asylkompromiss konnte von Rechtsextremen daher als Erfolg  
462 Ihrer Politik verbucht werden, den Ihnen letztlich die SPD unter Björn Engholm  
463 ermöglicht hatte, die sich bis kurz zuvor gegen die entsprechende Forderung der  
464 CDU/CSU gewandt hatte. Es handelt sich um eines der traurigsten Kapitel in der  
465 jüngeren Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

466

## 467 **Illegalisierung und illegale Zuwanderung**

468 Als „illegale Einwanderer“ werden jene MigrantInnen bezeichnet, die sich ohne  
469 Aufenthaltserlaubnis in einem Land aufhalten. Wer „illegal“ ist und wer nicht, ist  
470 liegt daher zunächst in der Definitionsmacht des Aufnahmestaates. Restriktive  
471 Einwanderungs- und Asylgesetze und Praktiken wie Abschiebehaft und Ausreisezentren  
472 treiben Menschen in die Illegalität. Illegalität ist zunächst ein Problem der  
473 betroffenen MigrantInnen. Sie sind bei der Einreise (Abhängigkeit von SchleuserInnen,  
474 Lebensgefahr bei Einreiseversuch und an Grenzen) und beim Aufenthalt  
475 (Gesundheitsversorgung, Sicherung des Lebensunterhalts) enormen Risiken und  
476 ständiger Unsicherheit ausgesetzt. Im Gegensatz zu tausenden „schwarz“ arbeitenden  
477 Deutschen, die damit ihr Einkommen aufbessern, findet hier „Schwarzarbeit“ - wenn  
478 überhaupt - aus Mangel an Alternativen statt.

479

## 480 **Staatsbürgerschaft**

481 Bis zur Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts 1999 galt in Deutschland ein  
482 weitgehend reines Abstammungsprinzip, während in den meisten vergleichbaren

483 westlichen Ländern (v.a. Frankreich, Großbritannien, USA) das Territorialprinzip bzw.  
484 Mischformen bestehen. Mit der dahinter stehenden Annahme, DeutscheR sei, in  
485 wessen Adern deutsches Blut fließe, und der automatischen Folge, dass Millionen  
486 Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben oder gar hier geboren sind, die  
487 Staatsbürgerschaft vorenthalten wird, ist das Abstammungsprinzip als Grundlage des  
488 Staatsbürgerschaftsrechts strukturell rassistisch. Die rot-grüne Bundesregierung hat  
489 die Geltung des Abstammungsprinzips aufgeweicht und in das  
490 Staatsbürgerschaftsrecht Elemente des Territorialprinzips eingeführt. Dadurch werden  
491 u.a. Einbürgerungen erleichtert und eine (vorübergehende) doppelte  
492 Staatsbürgerschaft ermöglicht. Nichtsdestotrotz liegt der besondere Charakter der  
493 deutschen Diskussion darin, dass Einbürgerung als Abschluss des Integrations- und  
494 Anpassungsprozesses von MigrantInnen betrachtet wird, während sie etwa nach dem  
495 Verständnis in Frankreich und den USA an deren Anfang steht. Entsprechend hoch sind  
496 die Hürden, die in Deutschland zur Einbürgerung diskutiert und aufgebaut werden.  
497 Der Baden-Württembergische Integrationstest ist dabei ein besonders offen  
498 rassistisches und zugleich absurdes Beispiel.

499

### 500 **Zuwanderungsgesetz 2004**

501 Mit dem Zuwanderungsgesetz haben die beiden großen deutschen Parteien anerkannt,  
502 dass es sich bei Deutschland um ein Einwanderungsland handelt. Das ist ein  
503 grundsätzlicher Fortschritt. Nichtsdestotrotz ist das Zuwanderungsgesetz in vielerlei  
504 Hinsicht in Frage zu stellen. Es handelt sich in erster Linie um ein  
505 Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz. Es bleibt nicht nur weit hinter den Forderungen von  
506 antirassistischer Organisationen (u.a. Pro Asyl) zurück, sondern auch hinter denen von  
507 weiten Teilen der deutschen Wirtschaft, die eine Liberalisierung der  
508 Einwanderungsgesetzgebung befürwortet.

509

### 510 **Antidiskriminierung**

511 In Deutschland gab es bis vor kurzem keine explizite  
512 Antidiskriminierungsgesetzgebung, aufgrund der MigrantInnen (u.a. Gruppen) oder  
513 ihre InteressenvertreterInnen gegen Diskriminierung (z.B. durch ArbeitgeberInnen)  
514 klagen können. Großbritannien und die USA beispielsweise sind hier weiter. Die EU  
515 hat jetzt eine Richtlinie beschlossen, die von Deutschland umzusetzen war, lange Zeit  
516 aber insbesondere von der CDU blockiert wurde. Eine ursprünglich sogar über die EU-  
517 Vorgaben hinaus reichende rot-grüne Vorlage ist jetzt in der großen Koalition zu  
518 einem Kompromiss - dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) - zurecht  
519 gestutzt worden. Dieses ist seit 16. August 2006 in Kraft.

520

### 521 **Schengen-Raum: Freizügigkeit vs. Grenzregime der EU**

522 Im Jahre 1997 wurde beschlossen, das Schengener Abkommen von 1985 in den  
523 Amsterdamer Vertrag zu integrieren. Die vier Grundfreiheiten der Europäischen Union  
524 wurden somit Schritt für Schritt umgesetzt. Zu diesen Freiheiten gehört auch die der  
525 freien Bewegung für Waren und auch für BürgerInnen der EU innerhalb des  
526 Gemeinschaftsraums. Durch die Abkommen von Schengen wurden die Ländergrenzen

527 *zwischen* den Mitgliedsstaaten de facto abgeschafft. Dank dieses Schengener  
528 Durchführungsübereinkommens kommt es den UnionsbürgerInnen jedenfalls so vor,  
529 wenn sie ohne Grenzkontrollen quer durch Europa fahren können. Es ist auch nicht  
530 verwunderlich, dass die Menschen diesen Aspekt, zusammen mit dem Euro, am  
531 ehesten mit der Europäischen Union assoziieren und das Wegfallen der  
532 Grenzkontrollen durchweg als eine der positivsten Entwicklungen der EU angesehen  
533 wird.

534 Leider hat diese große Erleichterung für die EU BürgerInnen einen gravierenden  
535 Nachteil: Mit dem gemeinsamen „Schengen - Raum“ entstand auch eine gemeinsame  
536 Außengrenze der Europäischen Union. Diese wurde in den letzten Jahren immer  
537 dichter und zu einem nahezu unüberwindlichen Hindernis für Menschen, die in Länder  
538 der EU gelangen wollen. Die Ausgrenzen der EU wurden soweit ausgebaut, das man  
539 heute von der „Festung Europa“ sprechen kann. Begründet wurde dies u.a. mit der  
540 Angst, illegale EinwanderInnen könnten in den Schengen - Raum gelangen und dann  
541 ungehindert durch die EU - Staaten reisen, um illegal zu Arbeiten.

542

### 543 **Grenzregime der EU am Mittelmeer und seine Opfer:**

544 Gerade aus den afrikanischen Ländern des Südens wollen viele Menschen den  
545 vermeintlich sicheren Hafen Europa erreichen. Nicht nur die Armut treibt sie voran -  
546 viele Menschen treibt politische Verfolgung in ihren Heimatländern, fürchten sich vor  
547 Folter, der Nichtbeachtung ihrer Menschenrechte. Viele Frauen fliehen vor sexueller  
548 Ausbeutung oder Misshandlung. Viele dieser Menschen nehmen oft monatelange,  
549 gefährliche und beschwerliche Wege auf sich, um an die Nordgrenze des afrikanischen  
550 Kontinents zu gelangen. Sie geben sich oftmals in die Hände skrupelloser  
551 SchlepperInnen. Mit oft nicht mehr als Nussschalen, versuchen diese Menschen dann  
552 das Mittelmeer zu überqueren - ans spanische Festland oder zu den italienischen Inseln  
553 rund im Lampedusa. Die Mitgliedsstaaten sehen sich seit den letzten Jahren mit  
554 wachsenden Flüchtlingsströmen konfrontiert. Ihre Reaktion darauf war unter anderem  
555 die Verstärkung der Patrouille im Mittelmeer. Gerade die bevorzugten Routen, mit  
556 verhältnismäßig wenigen Gefahren, werden durch die GrenzschützerInnen besonders  
557 bewacht. Die Menschen weichen daher auf gefährlichere Routen aus. Das erklärt,  
558 warum in den letzten Monaten immer mehr Menschen ihr Leben auf dem Mittelmeer  
559 verlieren.

560 Die Bestrebungen der EU gehen aber weit über Patrouillen hinaus. Die Außengrenzen  
561 der spanischen Enklaven auf dem afrikanischen Kontinent gehören zu den  
562 Bestbewachteten der Welt. Die Grenzzäune wurden auf bis zu elf Meter Höhe  
563 erweitert - neuerdings wird an der Grenze auch schon mal scharf geschossen.

564 In den Auffanglagern, in die die Menschen kommen, die es mit viel Glück geschafft  
565 haben, das Festland zu erreichen, wartet eine unmenschliche Bürokratie auf sie. Im  
566 Eilverfahren wird über Asylgesuche entschieden - die Zahl derer, denen es bewilligt  
567 wird, ist verschwindend gering. Oftmals werden Menschen in Länder abgeschoben, in  
568 welchen ihre Lage mehr als nur unsicher ist. Die praktizierten Drittstaatenregelungen  
569 tun hier ihr übriges.

570 Auch gibt es - u.a. damals vom SPD-Minister Otto Schily forcierte - Überlegungen,  
571 Auffanglager bereist auf afrikanischem Boden zu installieren.

572  
573 **Rheinland-Pfälzische Zuwanderungs- und AusländerInnenpolitik -**  
574 **„Ausreisezentren“ für Flüchtlinge und Abschiebehaft**

575 „Ausreisezentren“ sind Lager für Flüchtlinge und MigrantInnen, die aufgrund  
576 fehlender Papiere nicht abgeschoben werden können. In den „Ausreisezentren“  
577 landen Menschen, denen behördlicherseits unterstellt wird, ihre Herkunft zu  
578 verschleiern und an der Passbeschaffung nicht mitzuwirken. Sie werden dort zentral  
579 untergebracht, mit dem Ziel, solange rückkehrorientiert „beratend“ auf sie  
580 einzuwirken, bis sie „freiwillig“ ausreisen. Das mag harmlos klingen, in der Realität  
581 verbirgt sich dahinter für die betroffenen Menschen aber ein Alptraum. Auf sie wird  
582 extremer psychischer Druck ausgeübt. Die Insassen unterliegen der regelmäßigen  
583 Meldepflicht, sie sind in ihrem Bewegungsraum eingeschränkt und werden  
584 fortwährend kontrolliert.

585 Diese Einrichtungen stehen in einem direkten Kontext mit der Änderung des  
586 Grundrechts auf Asyl von 1993. Diese Verfassungsänderung bedeutete eine massive  
587 Verschlechterung der Lage von Asylsuchenden. Sie reduzierte, insbesondere durch die  
588 Einführung der Drittstaatenregelung, die Standards des Flüchtlingsschutzes in der BRD  
589 und sorgte für die politisch gewünschte Verringerung der Zahl von Flüchtlingen.  
590 Andererseits kam es jedoch zu einem Anwachsen einer Gruppe von Asylsuchenden,  
591 deren Asylbegehren nach der neuen deutschen Rechtslage zwar ablehnend beschieden  
592 wurden, die jedoch nicht sofort abgeschoben werden konnten und einen  
593 Duldungsstatus erhielten.

594 In Rheinland-Pfalz existieren das Ausreisezentrum in Trier sowie das  
595 Abschiebegefängnis, die sog. „Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige“, in  
596 Ingelheim. Faktisch handelt es sich dabei um Einrichtungen, die massiv und unter  
597 humanitären Gesichtspunkten unvertretbar in menschliche Freiheitsrechte und somit  
598 in das Grundrecht der Menschenwürde eingreifen. Hier werden Asylsuchende  
599 systematisch unter psychischen Druck gesetzt, um deren Ausreise zu beschleunigen,  
600 nicht selten mit dem Ergebnis, dass Flüchtlinge in die „Illegalität“ und somit in die  
601 ungesicherte Existenz getrieben werden.

602 Nach deutscher Rechtslage ist ein Aufenthalt bis dort zu 18 Monaten möglich.  
603 Menschen, die kein Verbrechen begangen haben, sondern aus Gründen der Verfolgung  
604 und ökonomischen Not in der Bundesrepublik um Asyl nachsuchen, werden damit  
605 kriminalisiert.

606 Erfahrungen zeigen, dass die Insassen nach mehrmonatigem Aufenthalt in  
607 „Ausreisezentren“ und/oder der Abschiebehaft Symptome psychischer Störungen  
608 aufweisen. So leiden sie vielfach unter Depressionen sowie Angst- und  
609 Panikzuständen.

1  
2  
3 **Auge um Auge - Zahn um Zahn?!?**  
4 Der „neue“ Terrorismus und seine verheerenden Folgen  
5 für unsere freiheitliche Demokratie  
6

7 **Die Konferenz möge beschließen:**  
8

9 Anlässlich des fünften Jahrestages der verheerenden Anschläge vom 11. September  
10 2001 verurteilen die Jusos Rheinland-Pfalz jegliche Art terroristischer Akte gegen  
11 andere Menschen, gleich welcher Nationalität, Religionszugehörigkeit oder politischer  
12 Ausrichtung.  
13

14 Zugleich sprechen sie sich gegen die im Zuge der Terrorabwehr von westlichen  
15 Regierungen erlassenen Gesetze aus, die hart erkämpfte bürgerliche Grundrechte wie  
16 das Recht auf richterliche Anhörung oder das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie  
17 den Rechtsstaat aushöhlen.  
18

19 Unter Folter erzwungene „Geständnisse“ mutmaßlicher Angehöriger terroristischer  
20 Vereinigungen erachten die Jusos Rheinland-Pfalz als ebenso unzulässig wie das  
21 Festhalten von Verdächtigen auf rechtsfreiem Raum und ohne die Erlaubnis, einen  
22 Anwalt zu konsultieren, wie von den USA zur Zeit in Guantánamo praktiziert.  
23

24 Sie stellen keine geeignete politische Antwort auf die bestehenden Gefahren dar,  
25 sondern schüren im Gegenteil zusätzlichen Hass auf „die westliche Welt“ in den  
26 arabischen Ländern und tragen so mit zur Rekrutierung neuer potentieller Attentäter  
27 bei.  
28

29 Die rheinland-pfälzischen JungsozialistInnen befürworten eine transparente  
30 Informationspolitik der deutschen Behörden sowie eine strafrechtliche Verfolgung  
31 Terrorverdächtiger innerhalb der festgelegten Grenzen des Rechtsstaates, um die  
32 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sowie die anderer Staaten vor einem  
33 terroristischen Anschlag bestmöglich zu schützen.  
34

35 Übertriebene Panikmache unter der Bevölkerung und einen Generalverdacht gegen  
36 alle Muslime oder Araber lehnen sie dagegen entschieden ab! Dagegen erachten es die  
37 Jusos Rheinland-Pfalz als wichtig, die Ursachen islamistischen Terrorismus zu  
38 bekämpfen. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die wachsende  
39 Perspektivlosigkeit junger Menschen in den arabischen Ländern und den muslimischen  
40 Gemeinden Europas, die, durch eine hohe Arbeitslosigkeit und eine schlechte  
41 allgemeine wirtschaftliche Lage bedingt, viele erst in die Arme fundamentalistischer  
42 „Heilsbringer“ treibt.  
43

44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87

## Begründung:

Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon in New York und Washington, D.C. waren der schwerste Anschlag, den Terroristen bis dato verübten. Tausende unschuldige Menschen in den betroffenen Gebäuden und in den als Waffen missbrauchten Passagiermaschinen wurden am 11. September 2001 getötet. Der 11. September, von islamistischen Fundamentalisten aus dem Umfeld von Osama Bin Ladens verübt, stellt auch in seiner medialen Reichweite einen nie da gewesenen Fall dar. Die Bilder der einstürzenden Türme des World Trade Centers gingen live über die Welt und konnten so ihre dramatische Wirkung in allen Wohnzimmern entfalten.

Mit der von Osama Bin Laden 1998 auferlegten *Fatwa*, in der er die Muslime zum „*Jihad*“ aufrief - zum Heiligen Krieg gegen alle Christen und Ungläubigen - hat er sich als ernst zu nehmender Verhandlungspartner für alle Zeiten disqualifiziert. Menschen, die lediglich Hass, die Zerstörung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Tod anders Gläubiger predigen, verurteilen die Jusos Rheinland-Pfalz auf das Schärfste!

## „Propaganda der Tat“ oder: Terrorismus als Kommunikationsstrategie

Terrorismus ist kein neues Phänomen. So wurde der Begriff „la terreur“ bereits während der Französischen Revolution geprägt. Das wesentliche Element ist die „*Propaganda der Tat*“. Dies bedeutet, dass terroristische Aktivitäten immer darauf ausgerichtet sind, politische Ziele durch die Ausübung oder die Androhung von Gewalt mit einem hohen Grad an öffentlicher Aufmerksamkeit durchzusetzen - *Terrorismus als Kommunikationsstrategie*, bei der unschuldige Opfer oftmals nicht nur als Kollateralschäden, sondern als Garantie dafür dienen, dass die verbundene „Botschaft“ möglichst breite Kreise erreichen wird.

Dabei variieren die politischen Ziele der terroristischen Gruppen erheblich. Einige, wie die *IRA* oder die *ETA*, verfolgen autonomistische oder separatistische Ziele. Sie kämpf(t)en für eine höhere Selbstbestimmung ihrer ethnischen Minderheit oder einen eigenen Staat. Die sozialrevolutionäre deutsche *RAF* und die *Roten Brigaden* in Italien dagegen versuchten, gesellschaftliche, wirtschaftliche und wirtschaftliche Strukturen zu ändern und damit eine ideologische Neuausrichtung zu erreichen.

Als neueste Form ist seit den achtziger Jahren der religiös motivierte Terrorismus hinzugekommen, dem unter anderem die islamistisch-fundamentalistische *al Qaida* Osama Bin Ladens zugerechnet wird. Diese Gruppen unterscheiden sich von den vorherigen vor allem in der wahllosen Opferauswahl: Ihre Angriffe richteten sich nicht gegen einzelne „Vertreter“ des Systems, sondern gegen eine große Gruppe von

88 Menschen (meist „Andersgläubige“). Auch sind sie seit den 90er Jahren nicht mehr auf  
89 eine bestimmte Region oder ein Land begrenzt, sondern agieren überregional, im  
90 Falle von al Qaida sogar international.

91  
92 Nach dem Psychiater und Terrorismusexperten Dr. Frederick Hacker ist es das erklärte  
93 Ziel von Terroristen, „einzuschüchtern und durch Einschüchterung zu herrschen und  
94 zu kontrollieren. Sie wollen beeindrucken. Sie treten vor einem und für ein Publikum  
95 auf und bemühen sich um Beteiligung der Zuschauer.“<sup>14</sup> Die Anschläge des 11.  
96 Septembers waren so sorgfältig gestaltet, dass sie die Aufmerksamkeit der  
97 elektronischen Medien und der internationalen Presse auf sich ziehen würden. Dieses  
98 „Angebot“ wurde von den Fernsehanstalten bereitwillig angenommen.

99  
100 Verbunden mit der ungeheuren Ausschachtung persönlicher Schicksale und der  
101 perversen Jagd nach den dramatischsten Livebildern wurde besonders in den ersten  
102 Tagen und Wochen nach dem Anschlag in den westlichen Ländern eine düstere und  
103 totale Endzeitstimmung produziert, die in keiner Relation zu den tatsächlichen  
104 Auswirkungen der Tat stand - „*Apokalypse Now*“, gesendet rund um die Uhr, ohne  
105 Aussicht auf Entkommen.

106

## 107 Die fatalen Reaktionen auf 9/11

108

109 Es ist ein Irrglaube, zu denken, verschärfte Sicherheitsgesetze würden die Gefahren  
110 eines neuerlichen terroristischen Anschlages gänzlich ausmerzen. Allein in einem  
111 totalitären Überwachungsstaat mit vollkommener Kontrolle über alle Bürgerinnen und  
112 Bürger sowie die Medien und das ganze öffentliche und private Leben wäre dies  
113 möglich.

114

115 Aufgabe einer Regierung (und ihren Behörden) in einer freiheitlichen Demokratie wie  
116 der Bundesrepublik Deutschland kann es daher nur sein, innerhalb der Grenzen des  
117 Rechtsstaates verdächtige Personen zu überwachen und bei einer konkreten  
118 Gefahrenlage einzugreifen. Daneben muss sie die Bevölkerung aber auch über die  
119 immer bestehenden Risiken aufklären, die in unserer Gesellschaft der „Preis“ der  
120 Freiheit sind.

121

122 Mit übertriebener Panikmache spielt sie dagegen in die Hände der Terroristen, deren  
123 erklärtes Ziel es gerade ist, unsere demokratische Grundordnung zu zerstören und die  
124 sich über alle Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens hinweg setzen.

125

126 Bereits mit dem neuen Luftsicherheitsgesetz, von dem damaligen  
127 Bundesinnenminister Otto Schily 2005 initiiert, wurde in der Bundesrepublik versucht,  
128 Menschenleben gegeneinander aufzurechnen. Dies ist absolut unzulässig! Auch die  
129 Aussage des SPD(!)-Ministers in einem Interview mit dem Magazin *Der Spiegel*, „wer

---

<sup>14</sup>In: Hoffman, Bruce: Terrorismus – der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt. Frankfurt am Main, 2003.



130 (von den Terroristen, d. Verf.) den Tod liebt, kann ihn haben“, hat in und außerhalb  
131 seiner eigenen Partei zu recht großes Kopfschütteln ausgelöst.

132  
133  
134  
135  
136 **„Auge um Auge, Zahn um Zahn“ - das kann und darf in unserer Gesellschaft nicht**  
137 **zur ultima ratio werden!**

138  
139 Katastrophaler waren jedoch die Reaktionen der US-amerikanischen Administration  
140 auf die Anschläge in ihrem Land. Verständlicherweise schockiert über das  
141 Geschehene, wurden in der Folgezeit von der Regierung Bush mit Hilfe des Kongresses  
142 und Senats Gesetze erlassen, die sich in sehr dunkelgrauen Zonen des Rechtsstaates  
143 bewegen und die über ihr eigentliches Ziel, der Verhinderung eines weiteren  
144 Anschlages, weit hinaus schießen. (Randbemerkung: Die Vorlagen zum National  
145 Patriot Act, in dem die neuen Gesetze verankert sind, waren lange vor dem 11.  
146 September 2001 in neokonservativen Think Tanks ausgearbeitet worden. Ein Wink des  
147 Schicksals, das sich nun die Möglichkeit bot, sie aus der Schublade zu nehmen...)

148  
149 Mit der Schaffung eines rechtsfreien Raumes in Guantánamo Bay auf Kuba hat die US-  
150 Regierung eindeutig gegen die Genfer Konvention verstoßen. Nach ihr steht allen  
151 Menschen das Recht auf eine richterliche Anhörung und auf einen Anwalt zu. Es ist  
152 daher scharf zu verurteilen, dass des Terrorismus verdächtige Gefangene mehrere  
153 Jahre unter diesen menschenunwürdigen Bedingungen und ohne einen wirklich  
154 konkreten Verdacht festgehalten werden!

155  
156 **Wer hat Angst vorm schwarzen Mann? - Kein Generalverdacht gegen Araber und**  
157 **Muslimen!**

158  
159 „Männlich, zwischen 18 und 30 Jahre alt, arabisches Aussehen, Studierender der  
160 Naturwissenschaften, regelmäßiger Besuch einer Moschee? Sehr verdächtig! ... Liebe  
161 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Herzlich Willkommen beim Instrument  
162 der Rasterfahndung.

163 Falls bei Ihnen eine Übereinstimmung in mehreren dieser Punkte gefunden werden  
164 konnte, müssen wir Sie darüber in Kenntnis setzen, dass sie in dringendem Verdacht  
165 stehen, mit einer terroristischen Vereinigung zu sympathisieren oder mindestens mit  
166 fundamentalistisch-islamistischem Gedankengut.

167 Falls Sie sich wundern, warum andere Fahrgäste ängstlich nach unten schauen, sobald  
168 Sie den Linienbus betreten - auch in Teilen der Bevölkerung liegt leider ein  
169 Generalverdacht gegen Sie vor!“

170  
171 Die teilweise hysterisch geführte Debatte um angebliche oder tatsächlich existierende  
172 studentische Terrorzellen verkennt, dass die meisten an deutschen Universitäten  
173 eingeschriebenen arabischen Studierenden nicht ins Land kamen, um sich einer

174 terroristischen Vereinigung anzuschließen oder um in Deutschland Anschläge zu  
175 verüben. Sie möchten einfach nur studieren! Sie bleiben ohne konkreten Anhaltspunkt  
176 in einem Raster hängen; begründet lediglich durch eine zufällige teilweise  
177 Übereinstimmung mit den Eigenschaften von bereits identifizierten Terroristen. Die  
178 Folge dieses explizit oder implizit ausgesprochenen Generalverdachtes: Ausgrenzung.  
179 Eine verantwortungsvolle und nachhaltige Integrationspolitik sieht anders aus!  
180 Doch nicht nur gegenüber den muslimischen Gemeinden in Europa und den USA  
181 herrscht diese einseitige Sichtweise: Die Berichterstattung der Medien suggeriert allzu  
182 oft das Bild, die gesamte arabische Welt bestünde aus potentiellen Attentätern, die  
183 lediglich auf einen Anruf Osama Bin Ladens oder einer seiner Schergen warten, um ihr  
184 bislang bürgerliches Schläferleben aufzugeben und sich und Unschuldige bei der  
185 nächsten Gelegenheit in die Luft zu jagen.

186

187 **Nicht jeder Muslim ist ein Islamist! Und nicht jeder Islamist ist ein Terrorist...**

188

189 Da ist zum einen zu unterscheiden zwischen *Islam* und *Islamismus*:

190

191 *Islam* bedeutet die freiwillige und völlige Hingabe an den Willen Allahs und wird in  
192 seiner ursprünglichen Form als Religion des Friedens verstanden; Islam leitet sich aus  
193 dem arabischen *salaam* (Frieden) ab, *Muslim* bedeutet „der sich Gott Hingebende“. In  
194 den meisten muslimischen Ländern gibt es ein säkulares Staatswesen, das heißt, die  
195 Trennung von Staat und Religion.

196

197 *Islamisten* dagegen sehen Religion, Recht und Politik als Einheit. Ihr zentrales  
198 Anliegen ist, den Islam, so wie sie ihn verstehen, zur Grundlage und Richtschnur allen  
199 Denkens und Handelns zu machen und auf diese Weise individuelles Verhalten und  
200 öffentliche Ordnung, Wirtschaft, Recht, Politik und Kultur alleine auf den Islam zu  
201 gründen.

202

203 Die politische Bewegung des Islamismus entstand 1928 mit der Gründung der  
204 *Muslimbruderschaft* in Ägypten. Ihr Hauptziel war der Kampf gegen westliche  
205 Invasion. In den arabischen Ländern des Nahen Ostens erlangten sie allerdings vor  
206 allem durch ihr ausgeprägtes soziales Engagement große Beliebtheit unter der  
207 größtenteils armen Bevölkerung. In den von ihr gegründeten und betriebenen Schulen,  
208 Sportvereinen und anderen sozialen Treffpunkten können sie bis heute praktisch  
209 „nebenbei“ ihre Ideologie verbreiten. (Diese Strategie verfolgten übrigens auch die  
210 *Hisbollah* im Libanon und die *Hamas* in Palästina sehr erfolgreich!)

211

212 Die muslimische Revolution im Iran 1979 verschaffte der Bewegung zusätzliches  
213 Selbstbewusstsein. Zunehmende wirtschaftliche Probleme und politische Ohnmacht  
214 gegenüber den Supermächten verstärkten diese Entwicklung, und so hat sich der  
215 politische Islamismus mittlerweile in fast allen islamischen Ländern fest etabliert.

216

217 Zum anderen ist *Terrorismus* dabei nur eine angewandte Strategie der Islamisten, um  
218 ihr Ziel- den Regimesturz und die Etablierung eines islamistischen Staates - zu  
219 erreichen. In ihrem Selbstverständnis sehen sich sie immer als Opposition zu den  
220 bestehenden Verhältnissen bzw. den „Herrschenden“. So bestimmt hauptsächlich der  
221 Kampf gegen das bestehende Regime im eigenen Land ihr Handeln. In den meisten  
222 Fällen wird dies mit gewaltfreien Mitteln versucht.

223  
224 Falls dies nicht gelingt, kann es zu einer Brutalisierung kommen, und radikale  
225 Splittergruppen nehmen den Kampf mit terroristischen Mitteln auf, so zum Beispiel  
226 *Ansar al-Islam* im kurdischen Teil des Irak oder *al Gama' a al Islamiyya* in Ägypten.  
227 Seit den 90er Jahren versuchen einige Gruppen vermehrt, überregional Anschläge zu  
228 verüben, so vor allem *al Qaida* und ihre Unterorganisationen.

### 229 230 **Fazit: Weder Relativierung noch Panikmache!**

231  
232 Das „Potential“ solcher Gruppen innerhalb der arabischen Bevölkerungen wird auf  
233 etwas unter 1% geschätzt. Dies ist ein durchaus Besorgnis erregender Wert. Eine  
234 sinnvolle Strategie der dadurch bedrohten westlichen Welt kann jedoch nicht darin  
235 bestehen, mit demütigenden Bildern aus Guantánamo oder Abu Ghuraib den Stolz von  
236 Araberinnen und Arabern mit Füßen zu treten! Dies schürt lediglich zusätzlichen Hass  
237 gegen die „westliche Welt“ sowie ihre „Wasserträger“ in den arabischen Staaten und  
238 wird immer mehr junge Menschen in die Arme der gewaltbereiten Islamisten treiben.  
239 Die Debatte um die Absetzung der Mozart-Oper „Idomeneo“ in Berlin hat allzu sehr  
240 verdeutlicht, dass die Angst vor möglichen Anschlägen bürgerliche Grundrechte, die in  
241 Jahrhunderten hart erkämpft wurden, in ihren Grundfesten erschüttern lässt. Doch  
242 darin liegt die eigentliche Gefährdung der Demokratie! Das allzu schnelle Loslassen  
243 von heute selbstverständlichen Freiheiten, ob nun von Theaterintendantinnen,  
244 Regierungen, PolitikerInnen oder den „normalen“ Bürgerinnen und Bürgern, sowie die  
245 damit verbundene Aushöhlung der BürgerInnenrechte in den westlichen Demokratien  
246 ist der eigentliche Skandal seit den Anschlägen des 11. Septembers.

247  
248 Ein Generalverdacht gegen alle arabischen Menschen wirkt wie eine sich selbst  
249 erfüllende Prophezeiung. Denn er missachtet und untergräbt die durchaus  
250 vorhandenen säkularen, westlich orientierten Bewegungen in den arabischen Ländern  
251 und macht jede Friedensinitiative innerhalb dieser Länder von vorneherein zunichte!

252  
253 Zuletzt können die Terroristen nur durch Verbreitung der Nachrichten über den Terror  
254 und die Gräueltaten unter einem möglichst großen Publikum die maximale  
255 Hebelwirkung erzielen, die sie benötigen, um den von ihr gewollten fundamentalen  
256 politischen Wandel durchzusetzen.

257  
258 Wir Jusos Rheinland-Pfalz fordern daher einen entspannteren Umgang der Politik mit  
259 dem Thema Terrorismus sowie eine ausgewogene Berichterstattung der Medien!

1  
2  
3 **REITs - Heuschrecken auch in unseren Wohnzimmern**

4  
5 **Die Landeskonzferenz möge beschließen:**

6  
7 Auch unsere **Kommunen** vor Ort in Rheinland-Pfalz sind von einer Neuerung auf dem  
8 Immobilienmarkt **betroffen**. Alle größeren Gebietskörperschaften sind beteiligt an  
9 Immobilienfonds, die schon bald in eine neue Anlageform - **REITs** - übergehen  
10 könnten.

11  
12 **Was ist REITs eigentlich?**

13  
14 REITs ist die Bezeichnung für Real Estate Investment Trusts. Damit wird eine in den  
15 angelsächsischen Ländern bezeichnete Form der Immobiliengesellschaften  
16 bezeichnet. Real Estate ist dabei die englischsprachige Bezeichnung für Immobilien.  
17 Real Estate Investment Trusts (REITs) sind also eine Rechtsform für  
18 Investmentgesellschaften (Trusts), die insbesondere in Immobilien oder Teilsegmente  
19 des Immobilienmarktes investieren. Sie ist in den USA die übliche Rechtsform auf dem  
20 Immobilienmarkt. Diese Gesellschaften schütten 80% bis 95% ihrer Gewinne an ihre  
21 AnteilseignerInnen (GesellschafterInnen) aus und sind als börsennotierte  
22 Unternehmungen am Aktienmarkt handelbar. In Deutschland dagegen finden bisher  
23 Investitionen in Immobilien vorwiegend in offenen oder geschlossenen  
24 Immobilienfonds statt, die nicht bzw. nur in sehr geringem Umfang über Immobilien-  
25 AGs an den Finanzmärkten gehandelt werden.

26  
27 **Was ist jetzt das besondere an dieser Investitionsform?**

28  
29 Durch die hohe Ausschüttungsquote sind diese Unternehmungen steuerlich besonders  
30 begünstigt. Der Fiskus ist angehalten seine Einnahmen bei den AnteilseignerInnen zu  
31 generieren; d.h. die Besteuerung findet bei den GesellschafterInnen durch die  
32 individuelle Einkommensteuer statt. Und das ist einer der Hauptknackpunkte dieses,  
33 bereits im Koalitionsvertrag angedachten, Unternehmenskonzeptes. Die Besteuerung  
34 der Gewinne ist nämlich so nicht mehr gewährleistet. Die Einnahmen können schlicht  
35 verschwiegen werden, da es keine Kontrollmitteilungen, wie etwa bei  
36 unselbstständiger Arbeit, an die Finanzämter gibt - also schlicht Steuerbetrug  
37 erleichtert wird. Noch viel schwieriger sieht die Sache aus, wenn die  
38 AnteilseignerInnen aus dem Ausland, besonders aus dem nicht EU-Ausland kommen.  
39 Die Besteuerung durch den deutschen Fiskus ist hier nicht gewährleistet - ein  
40 **gefundenes Fressen für international tätige SpekulantInnen**. Sitzen die  
41 AnlegerInnen also im Ausland, könnte der steuerliche Zugriff nach den Spielregeln des  
42 internationalen Steuerrechts zu einem Griff ins Leere werden. Insbesondere für  
43 ausländische AnlegerInnen oder vermögende Deutsche, die ihre steuerlichen  
44 Verhältnisse über das Ausland und damit über Doppelbesteuerungsabkommen

45 gestalten können, könnten REITs eine hochinteressante Anlageform sein, um ihre  
46 Steuerlast im Inland deutlich zu verringern. Damit nicht genug: Der potentielle  
47 Wunschzettel der REITs-BefürworterInnen enthält auch die **Befreiung von Gewerbe-**  
48 **und Grunderwerbsteuern** für die Gesellschaften.

49  
50 Eine zusätzliche Verlockung besteht in den interessanten Investitionsmöglichkeiten in  
51 den deutschen Wohnungsmarkt. In Deutschland gibt es ein beachtliches nicht aus- und  
52 abgeschöpftes Wertpotential. Es geht zurück auf eine solide, relativ gut erhaltene  
53 Bausubstanz, verknüpft mit nur vergleichsweise moderaten Renditen. Das Mietniveau  
54 ist im internationalen Vergleich relativ niedrig. Dementsprechend ergibt sich ein nicht  
55 unerhebliches Potential für Mieterhöhungen und damit verbunden, möglicherweise  
56 auch die Abschöpfung beachtlicher Wertsteigerungen bei Wohnimmobilien. Denn auch  
57 die Verkehrswertermittlung von Immobilienobjekten orientiert sich am (oft  
58 steigerbaren) Jahresmietniveau. Zugleich ist die Quote der MieterInnen unter den  
59 WohnraumnutzerInnen in Deutschland mit 57 % hoch. **Hier ist also eine Menge**  
60 **Spielraum für zukünftige Renditeerwartungen.**

61  
62 Ein weiterer pikanter Effekt ist die steuerliche Freistellung stiller Reserven, die sich  
63 in vielen Immobilienfonds über die Jahre hinweg angehäuft haben. Sollte REITs  
64 eingeführt werden ist angedacht bei Umwandlung der Fonds in eine  
65 Investmentgesellschaft diese stillen Reserven<sup>15</sup> steuerfrei aufzudecken und als  
66 gezeichnetes Kapital in die Bilanzsumme der neuen Unternehmungen zu übertragen.

67

## 68 **Das Ende für die soziale Wohnungspolitik**

69

70 Die (Miet-) Sozialbindung bei diversen Wohnungsobjekten läuft innerhalb der nächsten  
71 fünf bis zehn Jahre aus und viele Kommunen sehen sich zur Überwindung von  
72 Haushaltsengpässen gezwungen, ihren Wohnungsbestand in relativ großem Umfang zu  
73 privatisieren, was in einigen großen Städten bereits geschehen ist. Hier gäbe es mit  
74 REITs eine große Nachfrage nach Sozialwohnung, die dann auch zu  
75 Spekulationsobjekten werden würden. Sollte es also zur Anwendung von REITs auch  
76 auf dem deutschen Immobilienmarkt kommen, droht es zu einer Neuausrichtung der  
77 Interessenslagen zu kommen. Renditeerwartungen stünden dann vor den Interessen,  
78 angemessenen Wohnraum auch für sozial schwächer gestellte Bevölkerungskreise zu  
79 fairen Preisen bereitzustellen und soziale Durchmischung einer Ghettoisierung  
80 vorzuziehen. Darüber hinaus besteht bei auf kurzfristige Renditeerwartung fixierten  
81 Investmentgesellschaften und einer Ausschüttungsquote von mehr als 90% kein Anreiz  
82 und kein Spielraum für nötige Bestanderhaltung. Sprich Investitionen in die  
83 Erneuerung von Wohnraum zu tätigen sind nicht lukrativ, da sie die  
84 Renditeerwartungen schmälern oder gar nicht möglich sind, da die Gesellschaften

---

<sup>15</sup> Stille Reserven entstehen im deutschen Bilanzwesen nach HGB durch das strikte Realisationsprinzip. Vorhandene Vermögensgegenstände (VGG) werden zum Anschaffungswert in der Bilanz geführt – Wertsteigerungen werden nicht zugeschrieben (Anschaffungswertprinzip). Hieraus entsteht eine Differenz zwischen Buchwert und wahren Wert des VGG.

85 über keine finanziellen Mittel dazu verfügen. So könnte der Kapitalstock im  
86 Immobilienbereich binnen weniger Jahre aufgezehrt sein. Dass es sich hierbei nicht  
87 um unerhebliche Summen handelt zeigen Schätzungen, nach denen in Deutschland ein  
88 Vermögen in Höhe von 3000 Milliarden Euro als Spekulationsmasse für REITs zur  
89 Verfügung stehen würde.

90

### 91 **Unsere Forderungen**

92

93 REITs darf in Deutschland nicht zur Einführung gelangen. Frankreich hatte bei der  
94 Realisierung mit Steuerausfällen von mehr als 2 Milliarden Euro umzugehen. Die SPD  
95 muss in der Großen Koalition auf die Frage nach einer Sicherstellung der  
96 Besteuerungsgrundlage und der Frage nach Vorteilhaftigkeit für den inländischen  
97 Immobilienmarkt drängen. Beides ist mit REITs nicht zu bewerkstelligen. Die SPD muss  
98 sich dabei im Laufe der REITs-Diskussion besonders an ihre Grundsätze zur  
99 Wohnungspolitik erinnern lassen. Wohnen verstehen wir Jusos und  
100 SozialdemokratInnen immer noch als Grundrecht. Soziale Teilhabe, ein würdiges  
101 Leben und nicht zuletzt eine Chance zum sozialen Aufstieg wird durch eine  
102 bezahlbare und bewohnbare Wohnung erst ermöglicht. Die SPD hat dieses  
103 Grundbedürfnis daher unter sozialen Teilhabegesichtspunkten politisch  
104 auszugestalten. Die Wohnungsbaugenossenschaften und gemeinnützigen TrägerInnen  
105 wurden und müssen unter diesem Gesichtspunkt von der SPD stets gestärkt werden.

106

107 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

## **Zukunft der kommunalen Finanzausstattung**

- Finanzierung der Gemeinden zukunftssicher gestalten -

Die Landeskonferenz möge beschließen:

### **Analyse der heutigen Einkommenssituation der Kommunen**

Die bedeutendste steuerliche Einnahmequelle der Kommunen ist die Gewerbesteuer<sup>16</sup>. In den letzten Jahren konnten die meisten Gemeinden wieder recht zufrieden mit den Einnahmen aus dieser Steuer sein. Das war insbesondere in den Jahren 2001 bis 2003 anders; hier versiegte die Einnahmequelle der Gemeinden. Grund dafür waren die stagnierenden Umsätze des Einzelhandels und ein Rückgang der allgemeinen wirtschaftlichen Dynamik.

Die Einnahmesituation der meisten Kommunen durch die Gewerbesteuer ist durch eine starke **Schwankung der Steuereinnahmen** im Zeitverlauf gekennzeichnet. Zu dieser hohen Konjunkturereagibilität des Gewerbesteueraufkommens kommt eine uneinheitliche Allokation, die zu Lasten von Kommunen mit geringem Gewerbesteueraufkommen geht. So erhalten Gemeinden, die keine Gewerbebetriebe in ihrem Geltungsbereich angesiedelt haben, auch keine Einnahmen aus der Gewerbesteuer. In viele Ortsgemeinden siedeln schon heute keine Gewerbeunternehmen mehr an. Das fängt beim Lebensmittelladen an und hört nicht beim mittelständischen Handwerksunternehmen auf. Diese Ortsgemeinden werden zu reinen „Wohngemeinden“. Darüber hinaus hat sich, durch die zahlreichen Eingriffe des Gesetzgebers, wie etwa Freibetragsregelungen, die Gewerbesteuer in den letzten Jahren zu einer de facto „Großbetriebssteuer“ entwickelt.<sup>17</sup>

Kommunen übernehmen aber im Staat die wichtigen Leistungen der Daseinsfürsorge für die BürgerInnen, die unabhängig von der Finanzkraft der einzelnen Kommune gewährleistet sein muss. Außerdem stellt die Nachfrage der Kommunen, das heißt ihre Ausgaben für Investitionen und vielfältige Leistungen, eine maßgebliche **Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage** dar, woraus im weitergehenden Sinne auch Arbeitsplätze geschaffen werden können. Damit wird klar: Kommunen erbringen wichtige Leistungen für die BürgerInnen und Bürger und stützen mit ihren Investitionen die Wirtschaftstätigkeit.

**Für diese notwendigen Investitionen**, die im Bereich der Leistungen der Daseinsfürsorge über den Zeitverlauf konstant bleiben bzw. kaum konjunkturellen

---

<sup>16</sup> Neben der Gewerbesteuer und dem Anteil an der Einkommensteuer finanzieren sich die Gemeinden oft über kommunalspezifische Abgaben, wie der Hundesteuer oder Gebühren für Leistungen, die den BürgerInnen zur Verfügung gestellt werden, sowie über Zuweisungen des Landes.

<sup>17</sup> Dabei ist für natürliche Personen und Personengesellschaften ein Freibetrag von 24.500 € zu berücksichtigen. Für Gewerbeerträge bis 72.500 € gelten für diese Gruppe weiterhin ermäßigte Steuermesszahlen.

39 Schwankungen unterworfen sind, brauchen die Kommunen aber eine konstante  
40 **konjunkturabhängige** Einnahmebasis.

41 **Die Situation der Kommunen sieht aber oftmals anders aus**

42  
43 Werden Investitionen dann durchgeführt, wenn die Einnahmebasis der Kommunen  
44 gerade gut ist, also die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sprudeln, so wirken diese  
45 prozyklisch, d. h. die bestehenden Konjunkturschwankungen werden durch die  
46 Nachfrageentscheidungen der Kommunen verstärkt. Verfolgt man aber eine  
47 Wirtschaftspolitik, die auf gesamtwirtschaftliche Nachfrageausfälle reagieren möchte,  
48 passt ein solches Vorgehen der Kommunen nicht ins Konzept bzw. wäre die Nachfrage  
49 der Kommunen in wirtschaftlich schwachen Zeiten angemessener. Will man den  
50 Konjunkturverlauf möglichst glätten, so sind zusätzliche Investitionen der Kommunen,  
51 also zusätzliche Nachfrage, in Zeiten, in denen die Nachfrage ohnehin schon  
52 beträchtlich ist, unerwünscht. So führt ein Mehr an Nachfrage nicht zu positiven  
53 Effekten des „Ankurbelns“ der Wirtschaftskraft. Könnten die Kommunen jedoch ihre  
54 planbaren Investitionen in Zeiten mäßiger wirtschaftlicher Dynamik verlagern, so  
55 könnten sie eine nachfragestabilisierende Wirkung entfalten, negative wirtschaftliche  
56 Entwicklungen also abfedern.

57 Zudem sind viele Unternehmungen durch oft tradierte, ökonomisch nicht begründbare  
58 Ausnahmen, wie etwa für niedergelassene Ärzte oder SteuerberaterInnen, von eben  
59 dieser Gewerbesteuer befreit.

60

61 **Einnahmesituation der Gebietskörperschaften verbessern**

62

63 Dass die Einnahmesituation der Kommunen verbessert werden muss, zeigt folgende  
64 Betrachtung. Die Investitionen der Kommunen an den gesamten öffentlichen  
65 Investitionen betragen ungefähr 60%. Sie machen also noch immer den größten Anteil  
66 an der staatlichen Investitionsnachfrage aus.

67 Doch sind die Ausgaben der Gemeinden in den letzten Jahren besorgniserregend  
68 gesunken. Seit 1992 sind die Ausgaben für Sachinvestitionen, wie beispielsweise in  
69 Gebäude, Straßen und andere Infrastrukturprojekte, um 40% gesunken. Seit nunmehr  
70 zwei Jahren sind die Sachinvestitionen niedriger als die Abschreibungen; sprich die  
71 Reinvestitionen sind geringer als die Abschreibungen. Das heißt, dass die der  
72 öffentliche Kapitalstock aufgezehrt wird. Das Ergebnis zeigte sich und zeigt sich noch  
73 immer in einer anhaltenden Wachstumsschwäche der gesamten Volkswirtschaft.

74

75 Entschließt man sich nun das Einnahmesystem der Kommunen neu zu gestalten, sollte  
76 man sich die verschiedensten Interessenslagen betrachten. Aus Sicht der Gemeinden  
77 sollte das System folgende Eigenschaften besitzen:

- 78 • Fiskalische Ergiebigkeit, was die Höhe der Einnahmen direkt betrifft.
- 79 • Eine geringe Konjunkturreakibilität, um die notwendigen Aufgaben der  
80 kontinuierlichen Daseinsfürsorge zu bewältigen.
- 81 • Zudem möchten die Gemeinden umfassende Hebesatzrechte um eine möglichst  
82 weit reichende Gestaltbarkeit zu erlangen.



- 83       • Aus Sicht der Steuerpflichtigen sollte das Steuersystem möglichst transparent  
84       und einfach sein. Gerechtigkeitsaspekte führen zu Forderungen wie dem  
85       Leistungsfähigkeitsprinzip und der Willkürfreiheit.

86  
87 Betrachtet man die Gewerbesteuer in ihrer jetzigen Ausgestaltung unter diesen  
88 Beurteilungskriterien, weist diese einige Defizite aus. Geht man daran, das  
89 Einnahmesystem neu zu gestalten, sollte man nicht zuerst auf die zu erhebenden  
90 Steuersätze fixiert sein. Wichtigster Gesichtspunkt sollte das zu erzielende  
91 **Steueraufkommen** sein. Hier muss gelten, dass die Kommunen ein kontinuierliches,  
92 ausreichendes Finanzaufkommen erhalten.

93  
94 **Eine zentrale Forderung**, die wir an eine bedarfsorientierte Reform der kommunalen  
95 Finanzen haben, ist die garantierte **Einkommensstabilität** für Gemeinden über den  
96 Zeitverlauf. Es ist erforderlich, dass die Einnahmen gegenüber heute auch noch  
97 gesteigert werden. So müsste auch daran gedacht werden, Kommunen vermehrt über  
98 Zuweisungen zu finanzieren, wenn die Steuereinnahmen doch einmal ausfallen  
99 sollten. Dies wäre nur konkludent, stellt man die Einnahmestabilität so in den  
100 Fordergrund seiner Reformbestrebungen. In Rheinland-Pfalz gibt es, neben dem  
101 kommunalen Finanzausgleich, bereits einen Beistandspakt des Landes mit den  
102 Kommunen, der sich aus einem Stabilisierungsfond speist.

103 Die **Gewerbesteuerfreiheit** der freien Berufsgruppen muss **eingestellt** werden. Auch  
104 diese Berufsgruppen müssen einen gerechten Beitrag zur Finanzierung des  
105 Gemeinwesens beitragen. Sie müssen zur Finanzierung der kommunalen Ausgaben  
106 direkt herangezogen werden, da sie kommunale Einrichtungen und Infrastruktur  
107 genauso nutzen. Bislang werden viele Berufszweige von der Gewerbesteuer befreit.  
108 Dies ist ökonomisch nicht begründbar - vielmehr spiegelt diese Struktur tradierte  
109 Willkür wider.

110  
111 Durch den Wegfall diverser Verrechnungsmöglichkeiten der Gewerbesteuer mit der  
112 individuellen Einkommensteuer sowie einer steuerrechtlichen Gleichstellung von  
113 Kapital- und Personenunternehmungen, sehen wir eine deutliche Vereinfachung bei  
114 der Besteuerung. Wir wollen hier aber nicht der allseits angepriesenen  
115 Entbürokratisierung das Wort reden, sehen aber, dass in den Finanzämtern und  
116 Kommunalverwaltungen viele MitarbeiterInnen durch die Erfassung und Verrechnung  
117 der Gewerbesteuer mit den individuellen Einkommenssteuern gebunden sind. Diese  
118 ließen sich sinnvoller an anderer Stelle, zum Beispiel der Bekämpfung von  
119 Steuerhinterziehung, einsetzen.

120 Des Weiteren darf es zu **keinen Nettoentlastungen** der Unternehmen kommen. Im  
121 Gegenteil, der Unternehmenssektor muss wieder mehr zur Finanzierung des  
122 Gemeinwesens herangezogen werden. Unternehmungen haben für die Nutzung der  
123 kommunalen Infrastruktur in den letzten Jahren, durch massive steuerliche  
124 Erleichterungen, keinen angemessenen Beitrag mehr geleistet. Die Politik war und ist  
125 immer noch, in der Gestalt der Großen Koalition aus Union und SPD, die einem  
126 zentralen Denkfehler in ihrer Wirtschaftspolitik unterliegt. Steuerliche Entlastungen

127 führen eben nicht automatisch zu mehr Investitionen - darüber hinaus gibt es keinen  
128 Automatismus zwischen Investitionen und der Schaffung neuer Arbeitsplätzen. Das  
129 eine solche Politik nicht zielführend ist, konnten wir zu genüge in den letzten Jahren  
130 beobachten.

131

### 132 **Kritik am derzeitigen Hebesatzrecht**

133

134 Generell kann man das kommunale Hebesatzrecht auch kritisch betrachten. Die  
135 meisten Gemeinden nutzen dies schon heute nicht. Sie halten sich größtenteils an die  
136 Vorgaben, die von den Kreisverwaltungen an sie getragen werden. Ein Unterschreiten  
137 der Vorgaben ist schon deshalb nicht möglich, das sonst monetäre Unterstützung  
138 seitens des Kreises und des Landes ausbliebe. Die allermeisten Ratsmitglieder kleiner  
139 Ortsgemeinden können auch gar nicht abschätzen, was genau ein Hebesatz ausmacht,  
140 d.h. wie der Hebesatz die Gewerbesteuer letztlich beeinflusst. Es ist durchaus  
141 angebracht zu bezweifeln, ob Kommunen Steuern in ihrer Höhe überhaupt  
142 beeinflussen sollten.

143 Ein weiter reichendes Hebesatzrecht bei anderen zu schaffenden kommunalen  
144 Steuern lehnen wir grundlegend ab. Wir Jusos Rheinland-Pfalz sind gegen einen  
145 destruktiven Wettbewerbsföderalismus und wollen diesen Wettbewerb auch nicht auf  
146 niedriger, also kommunaler Ebene, durch die Hintertür einführen.

147

148 Steuergerechtigkeit muss auch gerade auf kommunaler Ebene gelten. Die  
149 Einnahmehasis der Kommunen muss gestärkt und die Sonderrechte einzelner  
150 Berufszweige müsse aufgehoben werden. Die Jusos Rheinland-Pfalz erwarten von  
151 einer Reform der Finanzierung des Gemeinwesens, dass Kommunen in Zukunft ihre  
152 Investitionen auch antizyklisch tätigen können oder zumindest weniger prozyklisch  
153 agieren, um somit Stütze in einer auf dynamisches Wachstum ausgelegter Wirtschafts-  
154 und Konjunkturpolitik darstellen.

155

156 **Weitere Begründung erfolgt mündlich.**

1  
2  
3 Die Landeskonzferenz möge beschließen:  
4

5 Für ein Umdenken in der Welthandels- und Entwicklungspolitik und den Aufbau einer  
6 globalen Entwicklungspartnerschaft  
7

8 Die Bundesregierung wird aufgefordert die nachstehenden entwicklungspolitischen  
9 Forderungen umzusetzen:  
10

- 11 1. Die Bemühungen zur Erreichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen,  
12 insbesondere des Aufbaus einer globalen Entwicklungspartnerschaft, sollen  
13 intensiviert werden.  
14
- 15 2. Die Bundesrepublik Deutschland soll Impulse für eine Wiederbelebung der  
16 Welthandelsrunde unter geänderten Vorzeichen geben und sich dabei gegen die  
17 bisherigen Liberalisierungs- und Deregulierungstendenzen und für faire und auf  
18 die Bedürfnisse der einzelnen Entwicklungsländer abgestimmte Handelsregeln  
19 einsetzen.  
20
- 21 3. Der Anteil des Entwicklungshilfeeinsatzs soll noch in dieser Legislaturperiode  
22 mindestens auf die von den Vereinten Nationen geforderten 0,7 % des  
23 Bruttonationaleinkommens erhöht werden.  
24

25 Zu 1.:

26 Mit den im September 2000 verkündeten Millenniumszielen hat sich die  
27 Weltgemeinschaft ehrgeizige entwicklungspolitische Ziele gesetzt. Die Umsetzung  
28 erweist sich jedoch wie so oft in der Geschichte als mangelhaft. Um der  
29 selbstauferlegten Verpflichtung, die Ziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen,  
30 nachzukommen, ist eine enorme Kraftanstrengung aller Beteiligten notwendig.  
31 Konkrete Einzelprogramme der Geberländer spielen eine wichtige Rolle und sind  
32 grundsätzlich fortzusetzen. Dennoch bedarf es vor allem einer besseren Koordination  
33 und Kooperation, um Mittel der Entwicklungshilfe effizient einzusetzen und  
34 nachhaltige Fortschritte zu sichern.

35 Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesem Zusammenhang gefordert, ihr bisheriges  
36 Engagement in Kooperation mit den europäischen Partnern und den Vereinten  
37 Nationen zu erweitern und sich für den Ausbau global vernetzter Entwicklungshilfe  
38 einzusetzen. Aber auch auf nationaler Ebene ist die Abstimmung einzelner  
39 Entscheidungen notwendig. Durch die Globalisierung hat nicht nur die Abhängigkeit  
40 zwischen den Staaten und Regionen der Welt zugenommen, sondern auch eine  
41 stärkere Verflechtung der verschiedenen Politikfelder untereinander. Eine sinnvolle  
42 Entwicklungspolitik muss sich daher um die Kohärenz politischer Entscheidungen  
43 bereits auf nationaler Ebene bemühen. Eine erfolgreiche Entwicklungspartnerschaft  
44 sollte zudem auf der Umsetzung des Konzeptes von „good governance“ beruhen.

45 „*Good governance*“ erhebt dabei den Anspruch, dass Entwicklungshilfe auch mit  
46 Reformen der lokalen Systeme verbunden sein muss, und definiert unter anderem  
47 demokratische und rechtsstaatliche Reformen als Kriterien für weitergehende  
48 Förderung. Auf diese Weise kann der Gefahr eines Missbrauchs von Entwicklungshilfe  
49 entgegengetreten und eine langfristige strukturelle Veränderung angestoßen werden.

50  
51 Zu 2. :  
52 Systemweite Reformen sind eine essentielle Voraussetzung, um die Ursachen von  
53 Armut, Krankheit und Unterentwicklung zu bekämpfen und eine nachhaltige  
54 Entwicklungsstrategie gewährleisten zu können. Nachdem es am 24. Juli 2006 erneut  
55 nicht gelungen war, im Kreise der G-6 Handelsminister (EU, USA, Brasilien, Indien,  
56 Japan, Australien) einen Kompromiss über die wichtigsten Verhandlungsmodalitäten  
57 im Agrar- und Industriezollbereich zu finden, wurden die Verhandlungen zur Doha  
58 Welthandelsrunde zunächst auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Diese Entwicklung  
59 offenbart zum wiederholten Male die Defizite bei der Aufstellung globaler  
60 Regelwerke, die allzu oft an nationalen Egoismen scheitern. Unabhängig davon wie  
61 man zum möglichen Scheitern der heftig kritisierten Handelsrunde stehen mag, ergibt  
62 sich hier eventuell die Chance auf eine Weichenstellung. Die bisher überwiegend  
63 vertretenen ökonomischen Lehren der reinen Marktliberalisierung und Deregulierung  
64 als Weg zu weltweitem Wohlstand haben sich als Irrweg herausgestellt. Zum einen  
65 wurden in den vergangenen Jahrzehnten die asymmetrischen Handelsbeziehungen  
66 zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht wesentlich verbessert, zum  
67 anderen zeigt sich, dass sich die Industrieländer nicht an ihren eigenen Maßstäben  
68 messen lassen. Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen  
69 (Unctad) spricht sich in ihrem Ende August 2006 veröffentlichten Jahresbericht  
70 ausdrücklich gegen bloße Deregulierung und für einen größeren Spielraum der  
71 Regierungen von Entwicklungsländern bei Interventionen an Devisenmärkten,  
72 Zinssätzen, Handel und Kapitalbewegungen aus. Die Bundesregierung sollte diese  
73 Position aufgreifen und sich für eine neue Welthandelsrunde unter geänderten  
74 Vorzeichen einsetzen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Schaffung und  
75 Einhaltung fairer und transparenter Verhandlungsverfahren zu achten. Internationale  
76 Regelungen müssen demokratisch legitimiert und unter stärkerer Einbeziehung der  
77 Entwicklungs- und Schwellenländer formuliert werden.

78 Darüber hinaus ist eine Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen sowie ihrer Partner-  
79 und Unterorganisationen bei entwicklungspolitischen und weltwirtschaftlichen  
80 Themen anzustreben. Die Vereinten Nationen verfügen über bestehende Strukturen,  
81 die weitaus effektiver und effizienter genutzt werden könnten. In diesem  
82 Zusammenhang sind die Industrieländer gefordert ihren finanziellen Verpflichtungen  
83 nachzukommen und ihre Politik nicht aus machtpolitischen Gründen an den Vereinten  
84 Nationen vorbei zu gestalten.

85  
86 Zu 3. :  
87 Seit langem wird von den Vereinten Nationen die Erhöhung des Entwicklungshilfeetats  
88 (Official Development Assistance, ODA) der Industrieländer gefordert. Als eine

89 Zielmarke wurden dafür 0,7 % des Bruttonationaleinkommens avisiert. Die EU hat sich  
90 auf einen Stufenplan mit 0,56 % bis zum Jahr 2010 und 0,7 % bis zum Jahr 2015  
91 geeinigt. Die Bundesrepublik sollte als größte Volkswirtschaft in Europa mit gutem  
92 Beispiel vorangehen und noch in dieser Legislaturperiode die Erhöhung auf 0,7 %  
93 umsetzen.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22

## Vorschriften für die Wahl zum Juso-Landesvorstand

Die Landeskonzferenz möge beschließen:

Bei der Wahl des Juso-Landesvorstandes RLP ist darauf zu achten, dass alle KandidatInnen sich mit den Werten und Traditionen der Sozialdemokratie auskennen. Um dies zu kontrollieren, wird bei der Vorstellung der KandidatInnen verlangt, dass er/sie eine Strophe der Internationalen vorträgt. Hierzu muss außerdem der/die Landesgeschäftsführer/in anwesend sein und jeden Vortrag mit einer kleinen Handspielorgel musikalisch begleiten.

Die Auswahl der Strophe hat durch ein Mitglied des aktuellen Regionalvorstandes der Jusos Rheinland zu erfolgen.

Darüber hinaus haben folgende Personen Auswahlrecht, so lange sie Mitglied der SPD sind und nicht für den Landesvorstand kandidieren oder selbigem angehören: Marcus Heintel, Ralf Schiemann, Tobias Zejewski, Marcel Kempe, Tanja Machalet, Andrea Nahles, Sonja Pellin und Bernd Kühn.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23

## Landesausschuss in der Fläche

Die Landeskonzferenz möge beschließen:

Sachdarstellung: In den vergangenen Jahren war es üblich, dass der Landesausschuss, als höchstes Gremium zwischen den Landeskonzferenzen und Zusammentreffen aller Unterbezirke, abwechselnd in verschiedenen Unterbezirken in der Fläche von RLP getagt hat.

In den letzten 2 Jahren konzentrierten sich diese Sitzungen allerdings auf Mainz und das Mainzer Umland, was nicht im Sinne der in der Fläche liegenden Unterbezirke sein kann, da immer dieselben Teilnehmer weite bzw. kurze Fahrtstrecken in Kauf nehmen müssen.

Wir wünschen uns von der Landeskonzferenz ein Votum, dass das Landesausschusspräsidium aufgefordert wird, wieder mit den Sitzungen in die Fläche zu gehen und hierzu Orte in der Fläche von Nord- und Süd-Rheinland-Pfalz als Tagungsorte in betracht gezogen werden und die Konzentration auf Mainz eingeschränkt wird. Die Tagungsorte müssen mit dem ÖPNV gut zu erreichen sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24

**Die Konferenz möge beschließen:**

Die Juso-Landeskonferenz fordert die SPD-Landesregierung als Auftraggeberin des Schienenpersonennahverkehrs in Rheinland-Pfalz auf, dafür Sorge zu tragen, dass zukünftig für Bahnreisende, die sich unmittelbar nach ihrem Einstieg bei der ZugbegleiterIn melden wieder die Möglichkeit eröffnet wird ihren Fahrschein im Zug zu lösen. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert sicherzustellen, dass in jedem von ihr in Auftrag gegebenen Zug mindestens eine ZugbegleiterIn mitfährt.

**Begründung:**

Die jetzige Regelung alle Reisenden, die ohne einen Fahrschein einen Zug betreten als "Schwarzfahrer" zu betrachten, ungeachtet der Tatsache, ob sie sich unverzüglich nach dem Einstieg bei einer ZugbegleiterIn gemeldet haben oder nicht ist ungerecht, kundenfeindlich und hält der gegenwärtigen Rechtsprechung zu Folge auch einer gerichtlichen Überprüfung kaum stand, denn defekte oder schwer bedienbare Fahrkartenautomaten sind wohl kaum den Fahrgästen anzulasten.

Eine sinnvolle Maßnahme zur Bekämpfung des "Schwarzfahrens" ist hingegen der flächendeckende Einsatz von ZugbegleiterInnen, der darüber hinaus auch den Sicherheitsinteressen und Servicebedürfnissen der Fahrgäste gerecht wird.

Daher ist im Sinne einer Förderung des ÖPNV das Nachlösen von Fahrscheinen wieder zu ermöglichen und die Anzahl der eingesetzten ZugbegleiterInnen zu erhöhen.



I 1

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7

(Der Initiativantrag I1 lag bis zur Fertigstellung des Protokolls dem Protokollführer weder in digitaler noch in schriftlicher Form vor. Daher wird diese Seite zum nachträglichen Einfügen des Antrages freigehalten.)

## Nein zu Zwangsprostitution - Mehr Verantwortung den Freien

Die Landeskonzferenz möge beschließen:

Frauen und Menschenhandel ist die moderne Form der Sklaverei.

Die rechtlose Situation der Betroffenen zeigt sich nicht nur darin, dass sie gegen ihren Willen festgehalten und zu Arbeiten gezwungen werden, sondern auch in der Vorenthaltung von Bezahlung, Nahrungsentzug, psychischer und physischer Misshandlung, fehlender Freizeit und Accordarbeit, Isolation, Körperverletzung, sexueller Gewalt oder weiteren Menschenrechtsverstößen.

Frauen werden länderübergreifend zur Prostitution gezwungen. 800 000 Menschen werden jährlich Opfer von grenzüberschreitendem Menschenhandel, 90 Prozent davon sind Frauen und Mädchen, die meisten werden sexuell ausgebeutet.

Das Lagebild Menschenhandel des Bundeskriminalamtes für das Jahr 2005 weist 642 Opfer aus, doch die Dunkelziffer ist auch nach Meinung von ExpertInnen wesentlich höher.

Die Frauen werden unter falschen Versprechungen angeworben und weltweit, in den meisten Fällen zum Zweck der Prostitution, als Ware „gehandelt“. Außerhalb der eigenen Landes nimmt man ihnen den Pass ab und sorgt so verstärkt für Abhängigkeit und Machtlosigkeit. Insbesondere Sprachbarrieren und die oben beschriebenen Menschenrechtsverletzungen, der physischer und psychische Druck, Drohungen gegen die zurückgebliebenen Angehörigen verstärken die hilflose Situation.

Hinzukommt, dass es in den meisten Fällen an einer konsequenten Strafverfolgung fehlt bzw. die Frauen unter den gegebenen Umständen nicht bereit sind auszusagen. Zu groß ist die Angst vor ihren Zuhältern, zu groß die Angst, nach dem Verfahren zur Rechenschaft gezogen zu werden. Auch Scham vor der eigenen Situation, Angst um die zurückgebliebene Familie bringen Frauen dazu, keine Aussage zu machen. Die Annahme des Angebots des Zeugenschutzprogrammes stellt zumeist eine zu große Hürde dar, da alle Verbindungen aus der Vergangenheit auch zu Angehörigen und Freunden abgebrochen werden müssen. Kein Bleiberecht, die bloße Duldung und die damit verbundene Perspektive lassen zudem die Frauen schweigen..

Wir begrüßen die Initiative von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, Freier mit in die Verantwortung zu nehmen und sie zu betrafen, falls sie „Dienste“ von Zwangsprostituierten in Anspruch nehmen.

Freier machen sich der sexuellen Nötigung strafbar, sobald sie es mit einer Zwangsprostituierten zu tun haben.

44 Freier sind diejenigen, die den Frauen mit am Nächsten kommen. Ängstlichkeit,  
45 körperliche Misshandlungsspuren, die Tatsache, dass die Frauen nicht selbst mit ihren  
46 Kunden verhandeln, Sprachdefizite, sind Anzeichen für Zwangsprostitution.  
47 Freier gehen somit immer das Risiko ein, einer Prostituierten zu begegnen, die zu  
48 ihrer Arbeit gezwungen wird. Die Männer müssen sich ihrer Verantwortung bewusst  
49 werden und die Dienste von Zwangsprostituierten nicht nur ablehnen, sondern auch  
50 den Umstand der Zwangsprostitution zur Anzeige bringen.  
51 Frauen, die von Zwangsprostitution betroffen sind, müssen auch von ihnen als Opfer  
52 und vor allem als Menschen wahrgenommen werden und nicht wie bislang als Ware,  
53 die sie benutzen können.

54  
55 Darüber hinaus muss eine bessere medizinische und psychologische Betreuung der  
56 sowohl körperlich als auch seelisch misshandelten Frauen gewährleistet werden.

57  
58 Ebenso ist eine Zertifizierung für Bordelle sinnvoll, damit ist nicht nur eine bessere  
59 Kontrolle der „Betriebe“ gewährleistet, sondern ein offizieller  
60 „Dienstleistungsbetrieb“, der auf Freiwilligkeit beruht, erkennbar. Eine Zertifizierung  
61 soll mehr beinhalten, als nur den Nachweis der freiwilligen Anwesenheit und Tätigkeit  
62 der Frauen. Dazu gehören für uns die Prüfung der Gesundheitsfürsorge, der  
63 rechtlichen Verhältnisse im Betrieb, etc..

64  
65 Damit mehr Zwangsprostitutionsfälle aufgedeckt werden können, müssen alle  
66 möglichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die betroffenen Frauen nicht  
67 (spätere) Repressalien fürchten müssen.

68 Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, dass den betroffenen Frauen ein  
69 dauerhaftes Bleiberecht zum Schutze ihrer Person in Deutschland gewährt wird.

70

71 Wir Jusos fordern daher:

- 72 • Eine Bestrafung der Freier und unterstützen daher die Initiative der
- 73 Bundesregierung.
- 74 • Eine Zertifizierung für Bordelle.
- 75 • Den Ausbau des Opferschutz mit dauerhaftem Bleiberecht

76

77 **Begründung erfolgt mündlich.**

1  
2  
3 Die Landeskonzferenz möge beschließen:  
4

5 Der jüngste Konflikt zwischen Israel und Libanon macht die besondere Brisanz der  
6 politischen Situation im Nahen Osten deutlich. Die Jusos Rheinland-Pfalz halten die  
7 folgenden Mittel für eine erfolgreiche Lösung des Konfliktes für notwendig:  
8

9 *I. Die strukturellen Konfliktursachen in der Region müssen aufgelöst werden.*  
10

- 11 1) Die internationale Gemeinschaft wird aufgefordert, sich um eine Aufhebung der  
12 strukturell ungerechten Verteilung von Wohlstand und Partizipationschancen zu  
13 bemühen.  
14 2) Die Europäische Union (EU) und die Bundesregierung werden aufgefordert, ihre  
15 arabischen Partner zu einer Demokratisierung ihrer Systeme und zur Errichtung  
16 eines inklusiven Sozialstaates anzuhalten. Sie werden aufgefordert, ihre  
17 westlichen Verbündeten, insbesondere die USA, zu einer entsprechenden  
18 Politik anzuhalten.  
19 3) Die internationale Gemeinschaft wird aufgefordert, sich stärker um den Aufbau  
20 demokratischer Strukturen in Irak zu bemühen. Dieser darf nicht einem  
21 einzelnen Staat überlassen bleiben. Die EU und die Bundesregierung werden  
22 aufgefordert, auf eine stärkere Rolle der Vereinten Nationen beim Aufbau zu  
23 drängen.  
24 4) Die internationale Gemeinschaft wird aufgefordert, sich um eine friedliche  
25 Bearbeitung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu bemühen. Die  
26 Bundesregierung wird aufgefordert, die Außenpolitik der rot-grünen Koalition in  
27 diesem Feld weiterzuführen.  
28 5) Die internationale Gemeinschaft wird aufgefordert, langfristig eine  
29 multilaterale Sicherheitsstruktur im Nahen Osten zu schaffen, die allen Staaten  
30 die Möglichkeit zur friedlichen Konfliktlösung bietet. Die Bundesregierung wird  
31 aufgefordert, ihre bestehenden Kontakte in dieser Richtung zu nutzen.  
32 6) Die internationale Gemeinschaft wird aufgefordert, die Bildung von Strukturen  
33 zu unterstützen, die Libanon die Ausübung seiner Souveränität ermöglichen. Sie  
34 wird insbesondere aufgefordert, Libanon bei der Errichtung eines gerechten  
35 Sozialsystems zu unterstützen.  
36

37 *II. Der Einsatz der UNIFIL-Mission kann nur die Basis für eine langfristige*  
38 *Friedenssicherung bieten. Er muss möglichst schnell zu einer Stabilisierung*  
39 *des Libanon führen.*  
40

- 41 1) Die UNIFIL-Mission wird aufgefordert, ihren Einsatz unter Beachtung der UN-  
42 Resolution 1701 so schnell wie möglich erfolgreich zu beenden.

- 43 2) Die multinationale Marineeinheit unter deutscher Führung wird aufgefordert,  
44 von den ihr zu Verfügung stehenden Optionen in einer Weise gebrauch zu  
45 machen, die die möglichst gewaltfreie Durchführung des Einsatzes ermöglicht.  
46 3) Sie wird weiterhin aufgefordert, bei der Durchführung ihres Einsatzes die  
47 Souveränität des Libanons zu achten.  
48 4) Die Bundesregierung wird aufgefordert wegen der besonderen historischen  
49 Verantwortung Deutschlands auch weiterhin von der Entsendung deutscher  
50 Bodeneinheiten in den nahen Osten abzusehen.  
51 5) Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Einsatz der Vereinten Nationen  
52 auch über 2007 hinaus durch die Entsendung von Bundeswehreinheiten zu  
53 unterstützen.

54  
55 *III. Die deutsche Politik in diesem Konflikt muss auf sozialdemokratischen*  
56 *Grundwerten beruhen. Eine einseitige Konzentration auf militärische*  
57 *Mittel ist in diesem Zusammenhang unzulässig.*

- 58  
59 1) Die Bundesregierung wird aufgefordert, die multilaterale Strategie der  
60 rot-grünen Bundesregierung für eine langfristige Stabilisierung des Nahen  
61 Ostens weiter zu verfolgen. Die Vereinten Nationen müssen dabei  
62 zentrale Bedeutung erhalten.  
63 2) Die SPD wird aufgefordert, sich aktiv an der Diskussion um  
64 Einsatzkriterien für internationale Einsätze der Bundeswehr zu  
65 beteiligen. Diese müssen Grundwerte sozialdemokratischer Außenpolitik  
66 widerspiegeln.

67  
68 **Begründung:**

69  
70 Der Konflikt zwischen Israel und dem Libanon im Sommer diesen Jahres hat wieder  
71 einmal vor Augen geführt, welches Gewaltpotential in den unbearbeiteten Konflikten  
72 des Nahen und Mittleren Ostens liegt. Mit der Entführung der vier israelischen  
73 Soldaten und dem Beschuss israelischen Territoriums hat die radikal-islamische  
74 Hisbollah einen schweren Angriff gegen Israel geführt. Mit seinen Luftschlägen führte  
75 das israelische Militär einen harten Gegenangriff, der die Infrastruktur des Libanon  
76 nachhaltig geschädigt hat. Die gewaltsamen Aktionen beider Seiten haben vielen  
77 Menschen das Leben gekostet: Der im Entstehen begriffene Aufbau des Libanon, der  
78 sich gerade von seiner Vormacht Syrien emanzipiert hatte, wurde um Jahre  
79 zurückgeworfen. Die gesamte Region wurde in einem kritischen Zeitpunkt noch weiter  
80 destabilisiert. Die mit einem Beobachtermandat ausgestattete UNIFIL-Mission war  
81 gegenüber der Entwicklung machtlos und wurde selbst wiederholt zum, vollkommen  
82 passivem, Opfer von Militärschlägen und Plünderungen.

83  
84 **I. Kein Frieden ohne die Auflösung langfristiger Konfliktursachen**

85

86 Vor diesem Hintergrund ist es bedauerlich, dass sich die Vereinten Nationen erst spät  
87 zu einem Einsatz in der Region bekannten. Mit der in Resolution 1701 des UN-  
88 Sicherheitsrates vorgesehenen qualitativen und quantitativen Aufwertung der UNIFIL-  
89 Mission hat die Staatengemeinschaft ein wichtiges Signal für eine internationale  
90 Anwesenheit in Libanon gegeben. Damit haben die Vereinten Nationen einen großen  
91 Teil der Verantwortung für die friedliche Entwicklung im Libanon übernommen. Sie  
92 steht nun vor der Herausforderung, den Frieden zu bewahren und zu stabilisieren  
93 ohne selber zur Konfliktpartei zu werden. Dies kann der Staatengemeinschaft nur  
94 dann gelingen, wenn sie auch die Wurzelprobleme des Konfliktes bearbeitet, und sich  
95 nicht auf die militärische Absicherung des, instabilen, status-quo beschränkt. Eine  
96 solche Bearbeitung der grundlegenden Ursachen muss aus folgenden Punkten  
97 bestehen:

- 98
- 99 1) Auf globaler Ebene müssen die Ursachen der Radikalisierung großer Teile der  
100 islamischen Bevölkerung bekämpft werden. Diese Ursachen liegen auch in einer  
101 ungerechten Verteilung des globalen Wohlstandes. Hier ist der Westen  
102 aufgefordert, eine gerechte Verteilung der weltweiten Ressourcen  
103 herzustellen. Dies kann beispielsweise durch die immer wieder geforderte  
104 Besteuerung internationaler Finanztransaktionen geschehen.  
105
  - 106 2) Auf regionaler Ebene werden diese Konflikte verstärkt durch eine unsensible  
107 Außenpolitik westlicher Staaten. Hier ist der Westen, in erster Linie also EU  
108 und USA, dazu aufgefordert Einfluss auf ihre Verbündeten in der Region,  
109 insbesondere Ägypten und Saudi-Arabien, auszuüben, damit in diesen Staaten  
110 eine echte Demokratisierung und eine nachhaltige soziale Inklusion gelingen  
111 kann. In seiner gegenwärtigen Bündnispolitik ist der Westen zu sehr der  
112 Bündnispartner autoritärer Regime, als das er von der um ihre Möglichkeiten  
113 betrogenen Bevölkerung nicht als Gegner wahrgenommen werden könnte. Dies  
114 muss geändert werden, auch im Interesse eines Gelingens des Friedens im  
115 Libanon.  
116
  - 117 3) Zudem muss sich der Westen dringend um eine nachhaltige Stabilisierung des  
118 Iraks bemühen. Dieser Konflikt, der von radikalen Organisationen erfolgreich  
119 als „Kreuzzug“ gegen den Islam verkauft wird, treibt den anti-westlichen  
120 Kräften im Islam stetig neue Mitglieder zu. Der Irak dient terroristischen  
121 Organisationen nicht nur zu Propagandazwecken, sondern auch als sicherer  
122 Hafen und als Rekrutierungsfeld. Hier ist die Europäische Union aufgefordert,  
123 das Nation-Building im Irak nicht länger den USA zu überlassen, die in jeder  
124 Hinsicht vollständig versagt haben. Solange der Aufbau des Iraks nicht durch  
125 internationale Anstrengungen, insbesondere durch die UNO, begleitet wird,  
126 wird dieser Krisenherd jede friedliche Konfliktlösung im Nahen und Mittleren  
127 Osten gefährden.  
128

- 129 4) Der israelisch-palästinensische Konflikt stellt eine weitere Belastung des  
130 Friedens im nahen Osten dar. Die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen  
131 den beiden Bevölkerungsgruppen ist ein zentrales Propagandaelement für  
132 radikale Gruppen wie die Hisbolla und stärkt deren Position in der arabischen  
133 Welt nachhaltig. Zudem führt die gegenseitige Unsicherheit der beteiligten  
134 Gruppen zu einem strukturellen Misstrauen zwischen den arabischen Staaten  
135 und Israel. Die Auflösung dieses Konfliktes ist daher für jede erfolgreiche  
136 Friedenslösung im Nahen Osten unabdingbar. Ohne Einzelheiten einer solchen  
137 Lösung aufzeigen zu können, steht doch fest, dass die Gewährleistung  
138 gerechter Chancen für alle Bevölkerungsgruppen ein zentrales Element eines  
139 dauerhaften Friedens sein muss. Die Aushandlung dieses Friedens kann nur  
140 unter Begleitung des von der rot-grünen Regierung initiierten Nahost-Quartetts  
141 (UNO, EU, Russland, USA) und auf der Basis der *road-map for peace*  
142 stattfinden.
- 143
- 144 5) Insgesamt muss sich der Westen für eine multilaterale Sicherheitsstruktur  
145 einsetzen, die alle Staaten der Region umfasst. Ziel dieser Struktur muss es  
146 sein, Konflikte möglichst frühzeitig auf dem Verhandlungswege zu lösen.  
147 Langfristig kann eine solche Struktur Vertrauen unter den Staaten aufbauen und  
148 damit zu einer nachhaltigen Reduzierung der Konfliktpotentiale in der Region  
149 beitragen. Den ersten Schritt für den Aufbau einer solchen Struktur können,  
150 ggf. bilaterale, Sicherheitsabkommen zwischen den USA und/oder Israel  
151 einerseits und den arabischen Staaten andererseits sein. Hier können Ägypten  
152 und Jordanien als „ehrliche Makler“ dienen. Langfristig muss jedoch die  
153 Errichtung einer multinationalen Institution das Ziel sein. Hier kann der KSZE-  
154 Prozess als Vorbild dienen.
- 155
- 156 6) Auf nationaler Ebene muss die internationale Staatengemeinschaft Libanon in  
157 die Lage setzen, ein wirklich souveräne Politik zu gestalten. Die Strategie  
158 Syriens eigene soziale und religiöse Konflikte durch die Unterstützung der  
159 Hisbolla in den Libanon zu exportieren muss unterbunden werden. Hier ist der  
160 Westen aufgefordert, den Libanon bei seinem Prozess des eigenständigen  
161 „nation-building“ zu unterstützen. Allerdings muss der Westen auch  
162 Forderungen an den Libanon stellen. Die Stärke der Hisbollah beruht nicht  
163 zuletzt auf der langjährigen sozialen Exklusion der schiitischen  
164 Bevölkerungsgruppe. Diese Exklusion muss zugunsten einer gleichberechtigten  
165 Beteiligung der Schiiten an Wohlstand und Partizipationsmöglichkeiten des  
166 Libanon beendet werden. Hier ist der Westen aufgefordert, den Libanon bei  
167 der Errichtung eines wirksamen Sozialsystems personell und finanziell zu  
168 unterstützen.
- 169

## 170 II. Notwendig für eine nachhaltige Friedensstrategie: Stabilisierung 171 durch UNIFIL

172

173 Voraussetzung für die Bewältigung der strukturellen Konfliktursachen ist zunächst die  
174 Stabilisierung der Situation durch die internationale Gemeinschaft. Hierzu soll die  
175 Aufwertung der UNIFIL-Mission im Rahmen der Resolution 1701 dienen. Damit eine  
176 solche Stabilisierung gelingen kann, müssen folgende Punkte erfüllt sein:

177 1) Die Entwaffnung der Hisbollah muss schnell und effizient stattfinden. Die  
178 Hisbollah ist eine terroristische Vereinigung, die sich, anders als Beispiels weise  
179 die palästinensische Hamas, nicht als Interessenvertreterin einer unterdrückten  
180 Bevölkerungsgruppe versteht. Ihr Ziel ist ganz eindeutig die Vernichtung Israels  
181 aus ideologischen Motiven. Eine solche Gruppe kann nicht Partner eines  
182 Friedensprozesses sein. Der Westen sollte sich daher nicht scheuen, Partei  
183 gegen diese Gruppierung zu ergreifen und die Entwaffnung durch internationale  
184 Truppen durchführen lassen, solange die libanesische Armee hierzu alleine  
185 nicht in der Lage ist.

186  
187 2) Gleichzeitig muss die internationale Gemeinschaft Libanon bei der Errichtung  
188 eigenständiger und handlungsfähiger Sicherheitsorgane unterstützen. Die  
189 Entsendung deutscher Zollbeamter zur Ausbildung und Unterstützung des  
190 libanesischen Grenzschutzes stellt hierzu einen Schritt in die richtige Richtung  
191 dar. Ziel muss es sein, eine demokratisch legitimierte libanesische Regierung in  
192 die Lage zu setzen, ihre Sicherheit eigenständig und ohne Rückgriff auf  
193 paramilitärische Gruppen zu gewährleisten.

194  
195 3) Die Grenzübergänge nach Syrien müssen wirksam gesichert werden. Syrien  
196 unterstützt die Hisbollah mit Waffenlieferungen, um sein nationales radikales  
197 Potential zu exportieren. Syrien hat daher kein Interesse an einer friedlichen  
198 Entwicklung des Libanon. Diese kann daher nur dann gelingen, wenn das  
199 Störfeuer aus Damaskus möglichst reduziert wird. Hierzu gehört auch und vor  
200 allen Dingen die Verhinderung von Waffentransfers.

201  
202 4) In diesem Zusammenhang ist die Entsendung von 1.500 Marinesoldaten und  
203 deren geplante Aufstockung auf 2.400 Soldaten im Rahmen des multinationalen  
204 Marineverbandes unter Führung Deutschlands zunächst zu begrüßen. Positiv ist  
205 in diesem Zusammenhang die Aufhebung der angedachten räumlichen  
206 Beschränkung und die Einbeziehung des gesamten Seegebietes in den  
207 Aktionsradius der UN-Mission. Nur auf dieser Basis kann Waffenschmuggel auf  
208 dem Seeweg effektiv verhindert werden. Hier ist die Bundeswehr aufgefordert,  
209 die Handlungsoptionen, die ihnen die Einsatzregeln der Vereinten Nationen  
210 belassen möglichst so zu nutzen, dass der Einsatz möglichst ohne gewalttätige  
211 Auseinandersetzungen erfolgt. Ein robustes Mandat ist die unabdingbare  
212 Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung der Stabilisierung. Jenseits  
213 der reinen Selbstverteidigung müssen die entsprechenden Mittel jedoch  
214 defensiv verwendet werden.

215 5) Wichtig ist auch die Wahrung der libanesischen Souveränität. In diesem  
216 Zusammenhang ist die Tatsache zu beachten, dass der Marineeinsatz auf das



217 ausdrückliche Ersuchen der libanesischen Regierung hin stattfindet. positiv ist  
218 in diesem Zusammenhang außerdem die Anwesenheit libanesischer  
219 Verbindungsoffiziere auf den Marineeinheiten zu beurteilen. deren Zustimmung  
220 für eine Aktion der Einheiten notwendig ist. hier muss die Bundeswehr auf die  
221 strikte Einhaltung der libanesischen Entscheidungshoheit achten, will sie nicht  
222 die Souveränität eben dieses Landes unterhöhlen, das zu stabilisieren ihr Ziel  
223 ist.

224  
225 6) Positiv ist zudem die Tatsache, dass deutsche Truppen nicht im Rahmen der  
226 militärischen Grenzsicherung und der Entwaffnungsmission im Südlibanon  
227 eingesetzt werden. Auch wenn Deutschland, nicht zuletzt aufgrund der auf  
228 multilaterale Friedenssicherung ausgerichteten Außenpolitik der rot-grünen  
229 Bundesregierung, über einen guten Ruf bei allen Konfliktparteien verfügt: Die  
230 historische Verantwortung unseres Landes ist damit nicht aufgehoben. kein  
231 deutscher Soldat darf in eine Situation gebracht werden, in der er eventuell  
232 Gewalt gegen einen Bürger Israels anwenden muss.

233  
234 7) Das Scheitern der bisherigen UNIFIL-Mission und die Brisanz der politischen  
235 Entwicklungen in der Region macht deutlich, dass eine nachhaltige  
236 Friedenssicherung nur durch den langfristigen und engagierten Einsatz der  
237 internationalen Gemeinschaft gewährleistet werden kann. Daher ist die  
238 Bundesregierung dringend dazu aufgefordert, die Vereinten Nationen auch über  
239 das Jahr 2007 hinaus bei der Wahrnehmung ihres Mandates zu unterstützen. Die  
240 Einsatzdauer der deutschen Marineeinheiten muss, bei stetiger Beachtung des  
241 Parlamentsvorbehalts, entsprechend verlängert werden.

### 242 243 **III.: In Deutschland: Sozialdemokratische Werte müssen die** 244 **Außenpolitik leiten**

245  
246 Innerhalb Deutschlands wurde die Diskussion um den Einsatz hart und engagiert  
247 geführt. Wichtige Ergebnisse für uns sind dabei:

248  
249 1) Die rot-grüne Bundesregierung hat durch ihre kluge Strategie der multilateralen  
250 Einbindung möglichst aller Konfliktparteien und interessierter Akteure ( nicht  
251 zuletzt durch das Nahostquartett aus UNO, EU, Russland, USA), den Boden für  
252 eine friedliche Lösung der regionalen Konflikte bereitet. Nicht zuletzt die road-  
253 map, die nach wie vor die Basis für die Lösung des israelisch-palästinensischen  
254 Wurzelkonfliktes darstellt, ist ein konstruktives Ergebnis dieser Politik. Zugleich  
255 ist es der rot-grünen Regierung gelungen, die UNO zu einem zentralen Akteur  
256 innerhalb der Bemühungen zur Auflösung des Konfliktes zu machen. Die große  
257 Koalition ist daher dringend dazu aufgefordert, diese erfolgreiche Politik  
258 fortzusetzen. Der Einsatz militärischer Kräfte, so notwendig er in der  
259 unmittelbaren Situation auch sein mag, kann keinen Ersatz bieten für die  
260 nachhaltige Friedenssicherung. Diese kann aber nur durch die Anwendung

261 friedlicher Instrumente unter Einbeziehung aller Parteien gelingen. Die große  
262 Koalition muss daher den außenpolitischen Kurs der rot-grünen  
263 Bundesregierung fortsetzen und darf sich nicht hinter dem Feigenblatt der  
264 Entsendung militärischer Kräfte verstecken.

265  
266 2) Die CDU/CSU hat die Diskussion um den deutschen Einsatz genutzt, um die  
267 Formulierung eines Kriterienkataloges für die Auslandseinsätze der Bundeswehr  
268 zu fordern. dieser Forderung ist dann zuzustimmen, wenn sie die Entscheidung  
269 für internationale Einsätze nachvollziehbarer und damit kritisierbarer machen.  
270 Ein solcher Kriterienkatalog darf sich allerdings keinesfalls auf die Aufzählung  
271 technischer Merkmale des Einsatzmanagements beschränken. Hier ist die SPD  
272 dringend aufgefordert, sich in die Diskussion um einen solchen Kriterienkatalog  
273 einzuschalten. Sozialdemokratische Grundwerte müssen die Leitschnur unserer  
274 Außenpolitik sein und die Grundlage für Fragen von zentraler Bedeutung bilden.  
275 Ohne die Details eines solchen Kataloges hier aufzuführen zu können, muss dieser  
276 doch zumindest die folgenden zwei Punkt enthalten:

- 277 • Völkerrechtliche Legitimierung eines Einsatzes, wenn möglich durch ein  
278 Mandat des Sicherheitsrates
- 279 • Beschränkung eines solchen Einsatzes auf friedenssichernde,  
280 friedenschaffende und humanitäre Aufgaben (Petersberg-Aufgaben)

281  
282 Es ist zu hoffen, das der Einsatz der Vereinten Nationen zu einer Stabilisierung der  
283 Situation im Nahen Osten beiträgt. Die jüngsten Entwicklungen, insbesondere die  
284 aggressiven Äußerungen Syriens gegen Israel machen deutlich, dass die Stabilität in  
285 der Region noch nicht gesichert ist. das Engagement der internationalen  
286 Gemeinschaft ist vor diesem auch langfristig Hintergrund dringend notwendig. In  
287 diesem Zusammenhang können militärische Mittel die nachhaltige Friedenssicherung  
288 nicht gewährleisten. International legitimiert und mit Bedacht ausgeübt können sie  
289 jedoch die Basis schaffen für die eigentliche Aufgabe: den langfristigen Aufbau eines  
290 geglückten Friedens im Nahen Osten.

## Mehr Gerechtigkeit für Frauen im Beruf

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Trotz des hart erkämpften Gleichstellungsgebots im Grundgesetz Art. 3 Nr. 2 bestehen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern auch im Beruf.

Frauen werden trotz gleicher Bildung benachteiligt, indem sie bei gleichwertiger Arbeit weniger Lohn erhalten als Männer. Der Arbeitsmarkt ist sowohl vertikal als auch horizontal geschlechtsspezifisch aufgeteilt. Frauen werden eher auf Teilzeitbasis beschäftigt, während Männer auf Ganztagsbasis beschäftigt werden. Gerade jüngere Frauen werden aufgrund des Risikos eines kurzfristigen, vorübergehenden Arbeitsausfalls wegen Schwangerschaft auch vermindert eingestellt. Zudem werden Frauen schon beim Bewerbungsgespräch durch die widerrechtliche Frage, nach der zukünftigen Kinderneigung diskriminiert. Neben der Arbeitssphäre findet auch im Bildungsbereich Diskriminierung statt. Leistungsunterschiede in der Schule, geschlechtsspezifische Studienfachwahl, die geringe Frauenquote bei Professionen zeigen dies.

### Entgeltungsgleichheit

50 Jahre Lohnentwicklung unter dem Gleichheitsgrundsatz und noch immer gibt es geschlechtsbezogene Unterschiede bei den Arbeitsentgelten. Während die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ansonsten flexibel reagiert, z.B. mit Anpassung von Arbeitszeiten, Kündigungsschutz, Mitbestimmungsrechten, gibt es hier große Beharrungstendenzen.

Die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männer mit gleicher Qualifizierung und in selben Beschäftigungsfeldern mit identischer Berufserfahrung und gleichem Alter beträgt durchschnittlich 12 %. Das geht aus einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung hervor. In der Arbeitswelt überwiegen noch immer die Vorstellungen eines männlich dominierten Vollzeit-Alleinverdienermodells. Das „Ernährermodell“ führt dazu, dass Männer bei Lohnerhöhungen und Beförderungen signifikant bevorzugt werden.

Ein Industriekaufmann erhält monatlich im Schnitt 3.155 € und damit rund 430 € mehr als die Industriekauffrau. Auch bei den Werbedesignern liegen die Frauenverdienste mit 2652 € deutlich unter denen der Männer mit 3228 €.

Daher fordern wir:

- Einen gesetzlichen Mindestlohn. Dieser kann hier zumindest in den unteren Einkommensgruppen für eine sofortige Angleichung der Löhne von Frauen und Männern führen. Auch aus Aspekten der Geschlechtergerechtigkeit weist ein solcher Mindestlohn Vorteile auf. Ohne einen Mindestlohn wird die

45 geschlechtsspezifische Lohndifferenzierung im gesamten Lohngefüge nicht so  
46 schnell aufzuheben sein, da hier Vorbildfunktionen entwickelt würden.

47

#### 48 **Teilzeit ist weiblich**

49

50 Teilzeitarbeit wird heute hauptsächlich von Frauen geleistet. Nur ein Fünftel der  
51 Frauen arbeitet Vollzeit. 2004 betrug die durchschnittliche Wochenstundenzahl von  
52 Frauen 30,8 Stunden, bei Männern hingegen 40,2 Stunden. Zurückzuführen ist die  
53 signifikant höhere Teilzeitquote bei Frauen auf ein konservatives Familienbild, das bis  
54 heute sowohl in den Einstellungen als auch teilweise durch Gesetze weiter tradiert  
55 und gesellschaftlich festgeschrieben wird. Zwar bekommen Frauen Kinder, dennoch  
56 ist daraus nicht zu folgern, dass sie auch die Erziehungsarbeit leisten müssen. Jedoch  
57 besteht diese Arbeitsaufteilung in unserer Gesellschaft trotz Aufklärung und  
58 Emanzipation. Nach der Geburt der Kinder bleiben die meisten Frauen über den  
59 Mutterschutz hinaus zu Hause, um die Kinder zu betreuen, während der Mann  
60 ungeachtet der neuen familiären Situation weiterhin seiner (Vollzeit)Arbeit nachgeht  
61 und das Haushaltseinkommen erwirtschaftet. Zwar hat sich die Zahl der Männer, die  
62 Elternzeit nehmen, erhöht, dennoch liegt sie noch weit unter 10%. Frauen nahmen zu  
63 75% nach der Geburt ihres Kindes Erziehungsurlaub. Nur die Hälfte von ihnen (Westen)  
64 bzw. zwei Drittel (Osten) kehrten in den Beruf zurück.

65 Auch bei der Pflege von Angehörigen, unabhängig von der verwandtschaftlichen  
66 Beziehung, sind es die (Ehe-)Frauen, die ggf. ihren Beruf, ihre Arbeit aufgeben, um  
67 diese zu pflegen.

68

69 Daher fordern wir

- 70 • eine gerechte Verteilung der Arbeit in der Gesellschaft. Erwerbsarbeit- und  
71 Erziehungsarbeit dürfen nicht länger vom Geschlecht abhängig sein.
- 72 • eine staatlich flankierte Arbeitszeitverkürzung. Diese kann zum Abbau dieser  
73 Aufteilung beitragen.
- 74 • eine Flexibilisierung der Arbeitszeit zu Gunsten der ArbeitnehmerInnen
- 75 • mehr Ganztagsangebote sowohl für Kinder (ab Null!) als auch für zu pflegende  
76 Menschen
- 77 • Erwerbsauszeitphasen begleitenden Kontakt zum Betrieb und zur Arbeitswelt
- 78 • gesicherte Rückkehrregelungen nach Erwerbsauszeiten
- 79 • eine gesellschaftliche Diskussion über Karrierebedingungen und die Abkehr von  
80 der Orientierung am Vollzeit- und Überstundenbeschäftigungsmodell

81

#### 82 **Weniger Rente ist weibliche Realität**

83

84 Insgesamt kommen Frauen so im Durchschnitt ihrer Erwerbstätigkeit auf weniger  
85 Beitragsjahre. Dies führt gepaart mit geringeren Arbeitsentgelten zu weniger  
86 Anrechnungspunkte in den Sozialsystemen und damit zu geringeren Sozialleistungen  
87 vor allem einer niedrigen Rente. Dies führt dazu, dass Frauen im Alter ein erhöhtes  
88 Risiko zur Armut haben. Der größte Teil der BezieherInnen der so genannten

89 Altersgrundsicherung sind Frauen, d.h. sie sind trotz ggf. Witwenrente und ihren  
90 eigenen Rentenansprüchen nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern.  
91 Die oben beschriebene Lohndiskriminierung setzt sich somit auch in nicht  
92 Erwerbsphasen fort, die Abhängigkeit der Frauen vom Erwerbseinkommens des  
93 Mannes wird somit verstärkt.

94 Um dem entgegenzuwirken, fordern wir:

- 95 • eine Aufhebung der Lohndiskriminierung
- 96 • eine Einführung bzw. Erhöhung der Beitragspunkteansprüche in  
97 Erziehungszeiten bzw. währendberuflichen Auszeiten zur Pflege „Angehöriger“
- 98 • eine höhere Grundsicherung, um Altersarmut effektiv zu verhindern.

99

## 100 Weibliche Berufe - keine Vergangenheit...

101

102 Das einzige stichhaltige Unterscheidungskriterium von Männer- und Frauenberufen ist  
103 der gesellschaftliche Status der Arbeit und die damit verbundene  
104 Entgeltungleichheit. Dies kann man auch bei Untersuchung des Wandels von  
105 Berufsfeldern und den damit verbundenen Veränderungen im Ansehen und der  
106 Entlohnung gut nachvollziehen. Dabei ist durchweg festzustellen, dass Berufe, die  
107 einen höheren Stellenwert genießen, von Männern dominiert werden. Verlieren sie  
108 den hohen Status durch technische Innovationen z.B. wird das Feld meist Frauen  
109 „überlassen“. Ein Beispiel ist die Degeneration des Berufs des „Sekretärs“ mit  
110 kaufmännischen Betätigungsfeldern hin zur einfachen Schreibkraft, der „Sekretärin“.  
111 Frauen arbeiten häufiger in so genannten sozialen Berufen. Die typischen männlichen  
112 Berufe wie AutomechanikerIn oder ElektroinstallateurIn, aber insbesondere höhere  
113 Positionen mit Leitungsfunktion sind noch immer für die Frauenwelt schwer  
114 zugänglich.

115

116 Diese Zuordnung wird meist mit typisch weiblichen und männlichen Eigenschaften  
117 gerechtfertigt, die sich jedoch in der Argumentation als recht flexibel erweisen  
118 (weibliche Kommunikationsfähigkeit wird dann zu männlicher Überzeugungskraft z.B.  
119 in der Versicherungsbranche). Naturalisierungen zur Legitimation von  
120 Statusunterschieden sind nicht nachweisbar und werden von uns zurückgewiesen.

121 Doch nicht nur horizontal ist der Arbeitsmarkt aufgegliedert in typische Frauen- und  
122 Männerberufe, auch vertikal findet man die Aufteilung. Frauen in Führungspositionen  
123 sind noch immer unterrepräsentiert, wenn auch im öffentlichen Dienst aufgrund von  
124 verbindlichen Regelungen ein Wandel vollzieht.

125 Die duale Berufsausbildung ist männerdominiert. Hier sind Frauen mit etwas mehr als  
126 40% vertreten, weisen dafür aber häufiger als ihre männlichen Kollegen einen höheren  
127 Abschluss auf.

128 Bewerben sich heute eine Frau und ein Mann gleichzeitig auf eine Stelle als  
129 AutomechanikerIn werden sich die ArbeitgeberInnen in den meisten Fällen für den  
130 Mann entschieden. Dies wird oft mit „natürlichen“ Zuschreibungen begründet, nach  
131 denen Männer oder wie im sozialen Bereich Frauen diese Tätigkeiten besser ausführen  
132 könnten.

133  
134 Frauen sind bei Habilitationen immer noch unterrepräsentiert. An den Hochschulen  
135 gibt es deutlich weniger weibliche Professuren als männliche. Die höchste Form der  
136 professoralen Besoldung, die C4-Professur, ist nur noch mit etwa 5% weiblichen  
137 Aspirantinnen besetzt. Das, obwohl im Durchschnitt mehr Frauen als Männer Abitur  
138 machen. Auch bei den AbsolventInnen eines Hochschulstudiums sind Frauen  
139 mittlerweile gleich stark vertreten und erzielen zudem noch bessere  
140 Durchschnittsnoten. Das sich dies nicht gleichberechtigt im wissenschaftlichen Bereich  
141 fortsetzt ist ein Zeichen einer chauvinistisch geprägten, männerdominierten  
142 Wissenschaftswelt.

143  
144 Wir fordern,  
145 • dass ausbildende Betriebe und Hochschulen unterstützt durch staatliche Stellen  
146 Informationsveranstaltungen und spezielle Praktika für Frauen anbieten. Diese  
147 sollen dazu beitragen, dass typisch männliche Berufe für Frauen attraktiver  
148 werden.  
149 • Dass durch Anhebung der Bezahlung/ Entlohnung das gesellschaftliche Ansehen  
150 der sozialen bzw. typisch weiblichen Berufe gesteigert wird. Wir fordern die  
151 Gewerkschaften auf, sich dafür aktiv in den Tarifverhandlungen einzusetzen.  
152 • dass für ArbeitgeberInnen spezielle Schulungen oder  
153 Informationsveranstaltungen angeboten werden, die sie für  
154 geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Einstellung und im betrieblichen  
155 Alltag sensibilisieren.  
156 • Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, da freiwillige Lösungen hier  
157 nicht ausreichen und ausgereicht haben, um Gleichstellung von Frauen und  
158 Männern im Berufsleben zu erreichen.

159  
160 **Begründung erfolgt mündlich.**  
161

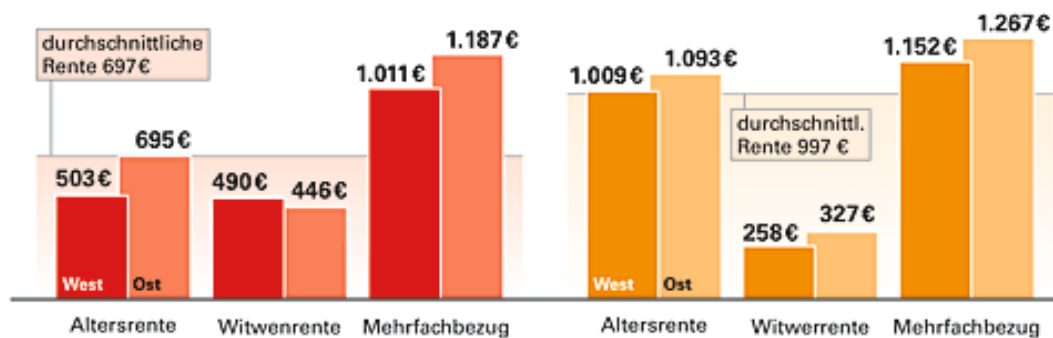
### Frauen verdienen weniger

Beruf	Brutto-Monatseinkommen*		Höhe des Frauenlohns im Vergleich zum Männerlohn
	Männer	Frauen	
Chemiker/in	4.824€	3.978€	82%
Elektroingenieur/in	4.507€	4.077€	90%
IT-Berater/in	4.493€	3.758€	84%
Wirtschaftswissenschaftler/in Diplomkauffrau/-mann	4.349€	3.674€	84%
Versicherungskauffrau/-mann	4.177€	2.855€	68%
Soziologe/in, Diplomsozialwissenschaftler/in	3.900€	3.344€	86%
Bankkauffrau/-mann	3.849€	2.893€	75%
Webdesigner/in	3.228€	2.652€	82%
Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/in	3.176€	2.745€	86%
Industriekaufrau/-mann	3.155€	2.723€	86%
Mediengestalter/in	3.107€	2.028€	65%
Personalsachbearbeiter/in	3.027€	2.815€	93%
Erzieher/in	2.650€	2.292€	87%
Bürokauffrau/-mann	2.639€	2.096€	79%
Krankenschwester, -pfleger	2.631€	2.230€	85%
Call Center Agent, Call Center Operator	2.387€	1.853€	78%
Einzelhandelskauffrau/-mann	2.246€	1.997€	89%
Kellner/in, Servierer/in	1.817€	1.525€	84%

### Frauen im Alter: Fast ein Drittel weniger Rente

11,5 Millionen **Rentenbezieherinnen** leben von monatlich...

8,5 Millionen **Rentenbezieher** leben von monatlich...



Datenbasis 2003; Quelle: WSI- FrauenDatenReport 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23

## **„Kein Bundeswehreinsatz im Inneren“**

**Die Landeskonzferenz möge beschließen:**

Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Mitglieder der Koalitionsregierung werden aufgefordert, sich Forderungen des Koalitionspartners nach einer Verfassungsänderung, die den Einsatz der Bundeswehr im Inland über die derzeit bestehenden Grenzen des Grundgesetzes hinaus legitimieren würde, vehement entgegen zu setzen.

Das grundgesetzlichen Trennungsgebot zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben ist als notwendiges Instrument zur Sicherung staatlicher Machtbalance zu bewahren. Eine Aufweichung dieses Grundsatzes ist auch nicht durch die Notwendigkeit der Terrorismusbekämpfung gerechtfertigt. Das Bundesverfassungsgericht hat derartigen Bestrebungen in seinem Urteil vom 15.02.2006 über das verfassungswidrige Luftsicherheitsgesetz eine klare Absage erteilt. Gerade vor dem Hintergrund der Bedrohung durch undemokratische und freiheitsfeindliche Kräfte ist ein Festhalten an der Werteordnung des Grundgesetzes geboten.

**Begründung erfolgt mündlich.**



- 1
- 2
- 3 **„Gutes Bier für gute Konferenzen“**
- 4
- 5 **Die Landeskonzferenz möge beschließen:**
- 6
- 7 Folgende Biersorten sind als Partygetränke für Landeskonzferenzen nicht zulässig und
- 8 zu ersetzen: Karlsberg, Warsteiner, Parkbräu
- 9
- 10 **Begründung: ´s schmeckt net!**